

Abschlussbericht

Neue Beteiligung und alte Ungleichheit? Politische Partizipation marginalisierter Menschen

Jan Kaßner und Norbert Kersting



Inhalt

Vorwort: Neue Beteiligung und alte Ungleichheit?	3
Zusammenfassung	5
Marginalisierung und Partizipation – ein wechselseitiges Verhältnis?	5
Forschungsfrage & Vorgehen.....	5
Ergebnisse: unterschiedliche Cluster der Motivation.....	6
Handlungsempfehlungen – Fazit	6
1 Einleitung: Politische Partizipation marginalisierter Menschen	7
2 Theoretische Einführung	9
2.1 Was ist Marginalisierung?.....	9
2.2 Politische Partizipation und ihre Ausprägungen	12
2.3 Marginalisierung und politische Partizipation.....	13
2.4 Informelle Organisationen als Kontexte der Beteiligung.....	14
2.5 Relevante Studien der aktuellen Marginalisierungs- und Engagementforschung	16
3 Mixed Methods als Forschungsdesign	19
4 Ergebnisse	22
4.1 Dementieren, Realisieren – Verhältnisse zur Marginalisierung.....	23
4.2 Marginalisierung als Kompetenz? Motive und Ressourcen für die Partizipation	25
4.3 Politische Partizipation? Politisierung zwischen Zynismus und Betroffenheit	32
4.4 Mobilisierung durch Homogenität: Die Auswirkung der organisationalen Gestaltung	34
4.5 Quartier als Plus	40
5 Zusammenfassung und Fazit: Empfehlungen für die Mobilisierung marginalisierter Menschen	42
Literaturverzeichnis	47
Abbildungsverzeichnis	52
Anhang: Befragungsmaterial	53
Anhang: Übersicht Organisationen und Befragungen	56

Vorwort – Neue Beteiligung und alte Ungleichheit?

Soziale Benachteiligung betrifft heute einen wachsenden Teil der Bevölkerung. Sie äußert sich u. a. in Langzeiterwerbslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen, kulturellen Erfahrungen des Abstiegs und mangelnden Aufstiegschancen. Oft haben allerdings Medienöffentlichkeit und Politik weniger das Vorhandensein von Ungleichheit, als Vielmehr die Nichtbeteiligung benachteiligter Gruppen sowie deren Skeptizismus gegenüber der Demokratie problematisiert.

In seiner autobiografischen Milieubeschreibung „Rückkehr nach Reims“, untersucht der Soziologe Didier Eribon den Aufstieg des Rechtspopulismus innerhalb der ehemaligen Arbeiterschaft an der französischen Peripherie. Dieser resultierte aus politischer Resignation dieses vom sozialen Abstieg betroffenen Bevölkerungsteils, speiste sich aber auch aus vorhandenen Stereotypen und Ressentiments. Menschen wandten sich vor allem vom Universalismus linker Parteien ab, weil sich deren Inhalte immer weniger mit der Benennung und Beseitigung von Ausgrenzung befassten. Die Sprache dieser Parteien entsprach nicht länger dem Milieu, dessen Emanzipation sie sich einst verschrieben hatten.

Auch andere gesellschaftswissenschaftliche Zugänge verweisen darauf, dass es bei der Abwendung marginalisierter Gruppen oft um den Verlust einer gemeinsamen Sprache geht. Diese Gruppen erleben das Vokabular politischer Repräsentantinnen und Repräsentanten als fremd und abgehoben. In der Folge sehen Benachteiligte Probleme des Gemeinwesens nicht länger als die ihren an. Auf der anderen Seite zeigen Studien zur Responsivität parlamentarischer Entscheidungen eine stetig sinkende Relevanz sozialer Themen in den Ergebnissen politischer Aushandlungen.

Demgegenüber müsste eigentlich die lokale Demokratie größeres Vertrauen genießen als ihre Geschwister in den Hauptstädten der Länder, des Bundes und Europas. Denn hier sind Repräsentantinnen und Repräsentanten oft greifbar, Entscheidungen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit und auch die Sprache weist oft eine lokale Färbung auf. Jedoch zeigten unter anderem empirische Analysen des vhw, dass auch unterhalb der Kommunalebene benachteiligte Gruppen Vorbehalte gegenüber den Beteiligungsangeboten von Zivilgesellschaft und repräsentativer Politik haben, während informelle Partizipationsformate kaum bekannt sind. Oft fühlen sich Menschen durch Lokalpolitik kaum angesprochen und zweifeln an deren Kraft zur Veränderung.

Daher musste in den Praxisforschungsprojekten des vhw zunächst der richtige Ausdruck und eine angemessene Tonalität entwickelt werden, um die Benachteiligten in den Quartieren für Beteiligungsprozesse zu gewinnen. In vielen Jahren wurden zahlreiche, teils kreative Lösungen gefunden, um die richtige Sprache zur Verständigung zu finden. Dazu gehörten zielgruppengerechte Einladungen sowie wertschätzend und reflexiv moderierte Dialoge. Anderswo gelang Ansprache mithilfe von Brückenbauerinnen und Brückenbauern, wie z. B. Kulturmittlerinnen, Stadtteilmüttern, Lehrerinnen und Lehrern oder Jugendsozialarbeiterinnen und -arbeitern. Die gewonnenen Perspektiven bereicherten diese Abwägungsprozesse und erhöhten die Legitimität der Entscheidungen.

Deutlich wurde, dass es Menschen braucht, die Brücken zwischen der Welt der Politik und den Realitäten benachteiligter Gruppen schlagen. Sie verfügen über Gebietskenntnisse, erfüllen Vorbildfunktionen und sprechen die Sprache der Menschen

vor Ort. Aber gerade politisch aktive Personen in marginalisierten Lagen sind in den Beteiligungsformaten meist in der Minderheit.

Das Potenzial dieser Gruppe untersuchte die Studie „Neue Beteiligung und alte Ungleichheit?“ im Auftrag des vhw. Das Forscherteam um Prof. Norbert Kersting und Jan Kaßner von der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster ging dabei verschiedenen Fragen nach. Sie betrachteten, wer diese aktiven Menschen sind, welche Rolle ihre individuelle Marginalisierungslage beim Ergreifen politischer Partizipation spielt und welche Strukturen ihre Beteiligung begünstigen. In Fallstudien kamen diejenigen zu Wort, die sich trotz sozialer Benachteiligung z. B. durch Erwerbslosigkeit, Frühverrentung, Behinderung oder Fürsorgeverantwortung als Alleinerziehende oft seit Jahren politisch einbringen. Die Autoren beleuchten zudem, wie sich politische Angebote und der räumliche Kontext benachteiligter Quartiere auf die Motivation sowie die Art und Weise auswirken, Politik selbst in die Hand zu nehmen.

Die vorliegende Studie ist als Debattenbeitrag zu verstehen, der einen Contra-Punkt setzt gegen die Zeichnung marginalisierter Gruppen als apathisch, politisch abstinenter oder als Mobilisie-

rungsmasse populistischer Akteure. Vielmehr zeigt sie, dass viele Aktive die Politik als Mittel zur Überwindung von Marginalisierungslagen durch gemeinsames Handeln sehen. Sie wollen sich mit sozialen Verhältnissen auseinandersetzen und sich selbst, den Menschen in ihrem Umfeld sowie der Gesellschaft helfen. Zudem leistet die Studie einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Beteiligungsformaten und liefert Handlungsempfehlungen für lokale Akteure der sozialen Arbeit und Gemeinwesenarbeit, für die Zivilgesellschaft sowie Initiativen und soziale Bewegungen.

Die Gesellschaft steht angesichts sich wandelnder Formen sozialer Ungleichheit immer wieder vor der Herausforderung, Inklusion in der politischen Partizipation zu gewährleisten. Bei der Politik liegt dabei nach wie vor die Beweislast zu zeigen, dass sie in der Lage ist, die konkreten Lebensbedingungen für Menschen zu verbessern.

Steffen Jähn und Dr. Thomas Kuder

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung

Zusammenfassung

Marginalisierung und Partizipation – ein wechselseitiges Verhältnis?

Die Studie beginnt mit der Feststellung, dass sich die partizipative Spaltung trotz einer beträchtlichen Anzahl an Innovationen im Bereich von Partizipationsinstrumenten fortsetzt. Demnach beteiligen sich sozial Benachteiligte in informellen Beteiligungsmöglichkeiten wesentlich seltener an der politischen Willensbildung, als andere gesellschaftliche Gruppen.

Im Anschluss daran nimmt die Studie in **Kapitel 2** eine theoretische Betrachtung der Konzepte Marginalisierung und Partizipation vor. Dort wird verdeutlicht, dass Marginalisierung als ein durch gesellschaftliche Strukturen bedingtes Verhältnis zu verstehen ist und daraus zumeist auch Benachteiligung in Sachen Mitwirkung an der politischen Willensbildung folgt.

Meist bleiben in diesen „neuen“ Beteiligungsmöglichkeiten alte Ungleichheiten im Wesentlichen bestehen. Niedrigschwellige partizipative Verfahren und demokratischen Innovationen, so lautet ein in Gesellschaft und Sozialwissenschaft häufig formulierter Vorwurf, gelingt es nur begrenzt, beteiligungsferne Gruppen politisch zu integrieren. Unter anderem dadurch nimmt die Zahl der politisch marginalisierten Gruppen in der Tendenz zu. Nicht nur im Bereich der repräsentativen Demokratie zeigt sich demnach eine sinkende Wahlbeteiligung in ärmeren Stadtteilen. Auch bei direktdemokratischen Verfahren wie zum Beispiel bei Referenden ist die Beteiligung selbst dann niedrig, wenn Themen aufgegriffen werden, die den Abbau sozialer Ungleichheit in den Vordergrund stellen. Auch im Rahmen von deliberativen Beteiligungsinstrumenten nehmen Teilnehmende benachteiligter sozialen Lagen seltener teil. Zudem beteiligen sie sich innerhalb dieser Formate weniger aktiv.

Diese partizipative Spaltung korreliert zudem in anderen Partizipationsfeldern mit einer zum Teil wachsenden sozialen, ökonomischen und kulturellen Marginalisierung. Bei der Definition dieser marginalisierten Gruppen bergen somit vertikale soziale Ungleichheiten wie zum Beispiel Einkommen, Vermögen, Bildung, wie auch horizontale primordiale Ungleichheiten wie zum Beispiel Geschlecht, Alter und Ethnie zentrale Risiken für eine Marginalisierung. Gruppen wie Langzeitarbeitslose, Menschen mit niedrigem Einkommen und Schulden, prekär Beschäftigte, Bildungsabbrecher, verwitwete Frauen, Pflegebedürftige, Unverheiratete und geschiedene Senioren, alleinerziehende Mütter, Obdachlose, Menschen mit geringem Versicherungs- und Vorsorgeschutz, Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und Migrierte mit unsicheren Aufenthaltsstatus können hierunter subsumiert werden. Die Liste zeigt, dass sich vertikale und horizontale Ungleichheiten häufig überlagern und verstärken.

Forschungsfrage & Vorgehen

Marginalisierung und politische Nicht-Beteiligung korrelieren auch in informellen Partizipationsformaten stark miteinander. Jedoch ergeben sich insbesondere Forschungsbedarfe bei den Fragestellungen:

- Wann und wie gelingt die Einbindung marginalisierter Gruppen?
- Was sind individuelle und organisatorische Inkubatoren und was sind Hemmnisse?

Die in **Kapitel 3** vorgestellte Herangehensweise an die empirische Untersuchung fokussiert sich auf informelle Nachbarschafts-Organisationen des Invented und Invited Space in den Stadttei-

len, konkret: Quartiersgremien und lokale soziale Bewegungsgruppen. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Regel finanziell und organisatorisch unabhängig durch Bürger und Zivilgesellschaft „von Unten“ initiiert werden und daher oft durch eine divergierende Ressourcenausstattung charakterisiert sind. In Bezug auf die Strategie gegenüber kommunalen Verwaltungen sind sie zum Teil konfrontativ, zum Teil aber auch als kooperierend einzustufen. Als Organisationen sind sie nicht nur auf kurzfristigen Protest, sondern eher auf langfristige kontinuierliche Beteiligung ausgelegt. Gemein ist ihnen ein relativ hoher Grad an Unabhängigkeit von Kommunalverwaltungen und politischen Parteien sowohl in ihren Agenda-Setting-Kompetenzen, als auch in der Entscheidungsfindung.

Ziel des Forschungsprojekts war die Identifikation von Erfolgsgeschichten politischer Partizipation innerhalb dieser Formate. Dabei wurden im Ruhrgebiet (als Metropolregion mit insgesamt stark ausgeprägten Marginalisierungsquoten) sowie in Hamburg (als Stadt mit großen Disparitäten zwischen wohlhabenden und benachteiligten Stadtteilen) Beteiligungsformate in benachteiligten Stadtteilen identifiziert.

In einem zweiten Schritt wurde dort mit Verantwortlichen und Aktiven Kontakt aufgenommen. Dabei wurde deutlich, dass sich die Identifizierung „aktiver Marginalisierter“ in Stadtteilorganisationen als problematisch erwies. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass Marginalisierte nur selten politisch aktiv sind. Erschwerend kommt hinzu, dass trotz deutlicher „phänotypischer“ Charakteristika multipler Marginalisierung in Form von Einkommen, Alter, Behinderung und Migration diese Charakteristika auf der individuellen Ebene von den Betroffenen nicht selbst wahrgenommen werden. So nahmen sich einige Interviewte, die etwa durch geringe Einkommen oder durch körperliche Einschränkungen, von Ausgrenzungsmechanismen betroffen sind, selbst nicht als benachteiligt wahr.

Ergebnisse: unterschiedliche Cluster der Motivation

Insbesondere die durch Interviews mit marginalisierten Aktiven, sowie die durch teilnehmende Beobachtungen gewonnene Ergebnisse verweisen auf unterschiedlich ausgeprägte Achsen der Beteiligung. In **Kapitel 4** werden verschiedene Cluster der individuellen Motivation zum Engagement verdeutlicht. Bei Vielen zeigte sich ein Bedürfnis nach sozialen Kontakten, Anerkennung und Bestätigung. Bei einigen Aktiven war die eigene Betroffenheit durch marginalisierten Lebenslagen oder auch „Schocks“, ausgelöst durch plötzlich eingetretene negative Lebensereignisse, ein zentrales Motiv. Elementar war meist aber eher eine auf den Nahraum zielende Gemein- und eine Gruppenwohlorientierung.

Politisch zeigt sich eine starke Tendenz in Richtung Zynismus. Viele marginalisierte haben lange zurückreichende Erfahrungen mit Engagement. Durch dieses Engagement wurden Lerneffekte erzielt, Fachwissen aufgebaut und vielfach auch die Persönlichkeit weiterentwickelt. Oft ist jedoch eine als gering empfundene Einschätzung der eigenen politischen Wirksamkeit ein Faktor, weshalb viele der Befragten ein eher zynisches Politikverständnis ausprägten. Dabei wird bei diesen Aktiven ein Unterschied zwischen Personen mit hohen formalen Bildungsabschlüssen

und anderen Engagierten offensichtlich. Erstere sehen in ihren Aktivitäten meist eher politisches Handeln, während letztere zunächst primär Menschen in ihrem Umfeld unmittelbar und konkret helfen möchten.

Deutlich werden darüber hinaus spezifische Rollenmuster. Marginalisierte waren seltener die Sprecher der Organisation, sondern eher die an handfester Beteiligung interessierten „Everyday maker“. Demgemäß zeigt die Studie, dass politische Partizipationsmöglichkeiten, wie auch bürgerschaftliches Engagement Chancen für marginalisierten Gruppen bieten, sich stärker zu vernetzen und durch Mitarbeit Kompetenzen zu entwickeln. In diesem Rahmen werden nicht nur neue Kontakte geknüpft. Partizipation und Engagement fungieren auch als Lernorte der Demokratie. Dort übernehmen Menschen nicht nur Verantwortung, ebenso werden mitunter erfolgreich Eigen- und Gruppeninteressen artikuliert.

Ökonomische Ungleichheiten sind in der Gesellschaft eklatant und setzen in informellen Instrumenten der Partizipation ihre Wirkmächtigkeit fort. Neben individuellen Faktoren stehen institutionelle Strukturen einer breiten politischen Beteiligung marginalisierter Gruppen eher im Wege. Die besonderen Inputs die diese Menschen leisten, werden oft nicht wahrgenommen. So fehlen weiterhin angepasste Partizipationsmöglichkeiten, die Interessen, Kompetenzen und Fähigkeiten des „marginalisierten Prekariats“ berücksichtigen. Diskriminierung und fehlende politische Anerkennung führt zu einem Verdrängungsprozess und hierüber zu einer politischen Entmutigung marginalisierter Gruppen. Niedrigschwellige Zugänge, stigmatisierungs- und diskriminierungsfreie Kontexte sind auf Seiten von Organisationen und Strukturen relevant und förderlich für eine breite Beteiligung.

Handlungsempfehlungen – Fazit

Auf Grundlage dieser Ergebnisse verweist die Studie in **Kapitel 5** auf verschiedene Ansätze zur Förderung politischer Partizipation Marginalisierter. So kann etwa die Bereitstellung von Personalmitteln sowie die Gewährleistung offener, barriere- und vor allem kostenfreier Räume unterstützend wirken. Es empfiehlt sich überdies, auf individuelle Bedarfe etwa durch Kinderbetreuung oder Nutzung von Online-Tools einzugehen. Durch eine faire Kommunikationsatmosphäre sowie Überbrückung unterschiedlicher Sprachfertigkeiten, etwa durch Kulturdolmetscher, können auch sonst schwer mobilisierbare Zielgruppen beteiligt werden. Schließlich trägt eine verbindliche Einbindung der jeweiligen Instrumente in übergeordnete Entscheidungsprozesse zu deren Glaubwürdigkeit bei.

Letztendlich ist es aber die soziale Ungleichheit selbst, der durch eine Politik des sozialen Ausgleichs entgegengetreten werden muss. Hier sind Maßnahmen zur aktiven Gleichstellung besonders von Frauen, Migranten und Menschen mit Behinderung zu unterstützen. Dadurch werden sie besonders darin bestärkt, sich aktiv und selbstbewusst in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

1 Einleitung: Politische Partizipation marginalisierter Menschen

Spätestens seit den 1990er Jahren nimmt die soziale Ungleichheit in Deutschland zu. Dies offenbart sich unter anderem in der Vermögensungleichheit: So besitzen heute die reichsten 10 % der Bevölkerung 60 % des Gesamtvermögens, während die ärmsten 20 % der Bevölkerung gar kein Vermögen aufbauen können. Zudem galten 2017 ca. 16 % der deutschen Bevölkerung als in relativer Armut lebend; sie verfügten also über weniger als 60 % des mittleren bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommens. Für diese Menschen wird es zunehmend schwerer, die Armut zu verlassen – bei gleichzeitig gestiegenem Risiko für die anderen, in Armut abzurutschen (vgl. Spannagel et al. 2018: 2 ff.).

Diese Entwicklung wird in Städten besonders offensichtlich: Der Strukturwandel von alten Industrien hin zu neuen ökonomischen Sektoren fördert in vielen Städten und Regionen gesellschaftliche Segregationsprozesse. Entstanden sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die ihrerseits zur Zunahme sozialer Ungleichheit beitragen. Hinzu kommt, dass die räumliche Verdichtung und die Herausbildung von Armut (neben anderen Ursachen) mit Migration, niedrigem Einkommen und Altersarmut zusammenhängt (vgl. Schnur 2018: 2, Pieper et al. 2019: 2). Sowohl diese ökonomisch schlechter gestellten Gruppen als auch weitere, von anderweitigen Ausgrenzungsrisiken betroffene Menschen besitzen häufig nicht dieselben Zugangsmöglichkeiten zu Arbeit, Bildung und sozialen Netzwerken wie besser gestellte Milieus, wodurch sie mit der Gefahr konfrontiert sind, multiplen Ungleichheiten ausgesetzt zu sein und resultierend gesellschaftlich marginalisiert zu werden (vgl. Kersting 2017b: 12; Böhnke 2008: 139 ff.).

Soziale Ungleichheit zeigt sich aber auch im politischen System, wenn die im Grundgesetz verankerte politische Gleichheit durch sozioökonomische Marginalisierungsprozesse bedroht wird. Dies betrifft nicht nur die Interessenvertretung und das repräsentative politische System, sondern auch eine direkte und deliberative Partizipation: Nimmt die soziale Ungleichheit und gleichzeitig die Komplexität des Partizipationssystems zu, ist das Risiko groß, Teile der Bevölkerung aus der Beteiligung auszuklammern (vgl. Schäfer 2015: 174 f.; Keim 2014: 184). Dann drohen die Interessen Marginalisierter im politischen Diskurs unterzugehen (vgl. von Winter/Willems 2000: 10). Die Gründe hierfür sind – wie auch die Ursachen für die soziale Ungleichheit – vielfältig und verstärken sich gegenseitig.

Festzuhalten bleibt, dass das Partizipationssystem im Laufe der Zeit komplexer geworden ist: Neben formalen Beteiligungsoptionen wie Wahlen und Parteimitgliedschaft wurden in Deutschland seit den 1960er Jahren aufgrund der Unzufriedenheit mit der politischen Entscheidungsfindung demonstrative Beteiligungsformen, u. a. über soziale Bewegungsgruppen, sichtbar und zunehmend genutzt (vgl. z. B. Roth 2016); in den 1990er Jahren installierten staatliche Akteure in Folge sinkender Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaftszahlen auf lokaler Ebene erste dialogische Beteiligungsformate als informelle Beteiligungsgremien, um den teils als Krisensymptomen gedeuteten Entwicklungen formaler Beteiligung entgegenzuwirken (vgl. Geißel et al. 2014b: 497; Kersting 2018: 89 f.). Die informelle dialogische Beteiligung gilt jedoch als ressourcenintensiv, z. B. im Hinblick auf Zeit und

rhetorischen Kompetenzen. Daher nimmt gerade bei langfristigen Verfahren die Gleichheit in der politischen Partizipation für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Vergleich zu bürgerlichen Milieus ab.

Dies bedeutet im Umkehrschluss allerdings nicht, dass marginalisierte Bevölkerungsgruppen gar nicht in informellen Gremien und Organisationen politisch aktiv sind. So gibt es eine Reihe von anzunehmenden Motivationen, die zur Beteiligung von Marginalisierten führen können und die bereits in ersten empirischen Studien bestätigt werden konnten: Informelle Beteiligung kann soziale Isolation aufheben und selbsttherapeutische Wirkungen erzielen, zur Umsetzung politischer Anliegen und der Etablierung neuer Kontakte dienen oder auch als Qualifizierungsmöglichkeit fungieren (vgl. u. a. Voigtländer 2015: 22).

Der politischen Partizipation marginalisierter Menschen in informellen Beteiligungsformen widmet sich dieses vom vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. initiierte und durch die Westfälische Wilhelms-Universität Münster durchgeführte Forschungsprojekt.¹ Es soll die speziellen Motivationen und Herausforderungen marginalisierter Menschen in ihrer politischen Beteiligung untersuchen und dabei im Besonderen Unterschiede in verschiedenen organisationalen Beteiligungsformen analysieren. Es verändert dabei die Perspektive weg von dem Lamento über Nicht-Beteiligung aufgrund von politischer Apathie und Zynismus hin zur Analyse der Erfolgsbedingungen bei der Inklusion von sogenannten beteiligungsfernen Gruppen und Individuen. Demzufolge stehen die folgenden Fragestellungen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses (s. Abb. 1):

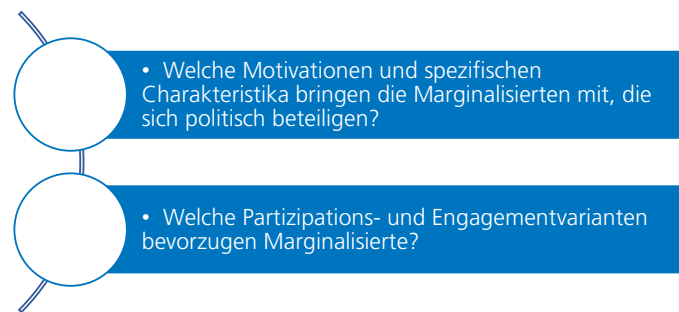


Abbildung 1: Fragestellungen, eigene Darstellung

Das Projekt erhofft sich wichtige Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie eine proaktive Beteiligung benachteiligter Personengruppen gelingt, womit die partizipative Praxis in Deutschland konstruktiv bereichert werden soll.

Zur Beantwortung dieser Fragestellungen werden die Ressourcenkombinationen untersucht, die die Beteiligung der Marginalisierten begünstigen. Auch sollen Wirkungsprozesse der Partizipation sowohl mit Blick auf das Individuum, den jeweiligen Gruppenkontext und die politische Entscheidungsfindung offengelegt werden, wodurch u. a. die erfolgreiche Inklusion der Marginalisierten in politische Beteiligungsprozesse gemessen werden kann. Dafür werden auch die Organisationen, in denen sich die Marginalisierten engagieren, auf ihre Mobilisierungsstrategien und Zugangsoptionen analysiert. Im Fokus dieses Projekts steht somit die informelle Beteiligung von Marginalisierten in politischen Organisationen, die auf die freiwillige Beteiligung

von Bürgerinnen und Bürgern angewiesen sind, bzw. deren Mitbestimmung und Interessendurchsetzung fördern wollen und konstitutiv Beteiligung ermöglichen (vgl. Schulte 2015: 32). Das Forschungsprojekt konzentriert sich dabei auf Organisationen, die im städtischen Kontext angesiedelt sind. Dieser kann als Experimentierfeld für Beteiligungsformate einen Rahmen für eine Vielzahl von Beteiligungsvarianten bieten, und verspricht deshalb aufschlussreiche Resultate (vgl. Kersting 2017a: 1) und offenbart gleichzeitig Marginalisierungsphänomene in seinen konkreten Ausmaßen. Die lokale Ebene schafft durch räumliche Nähe, sozialen Zusammenhalt, niedrige Transaktionskosten, die Einbettung der Beteiligung in den Alltag, die gut praktikierbare Transparenz von Nutzen und Kosten der Beteiligung sowie durch die einfache Verknüpfung zum bürgerlichen Engagement gute Bedingungen für kreative Beteiligungskonzepte (vgl. Geißel et al. 2014b: 497). Daher wird erwartet, dass randständige Bevölkerungsgruppen auf lokaler Ebene eher politische Interessen artikulieren können, weil sich dort mit relativ geringem Aufwand kollektive Ziele am besten erreichen lassen (vgl. von Winter 2000: 47; vgl. Kersting 2008, Voigtländer 2015: 51). Bevor diese Hypothesen im Rahmen der Ergebnisanalyse abschließend diskutiert werden können, sollen sie jedoch zunächst theoretisch eingebettet werden (Kapitel 2), worauf dann das methodische Vorgehen im dritten Kapitel dargelegt wird.

¹ Die Autoren bedanken sich für die Unterstützung durch Linda Rüthers und Lara Fregin als studentische Hilfskräfte.

2 Theoretische Einführung

Dieses Kapitel reflektiert existierende Ansätze der Partizipations- und Marginalisierungsforschung. Dafür soll in Kapitel 2.1 Marginalisierung definiert und von anderen Ungleichheitsbegriffen abgegrenzt werden. Kapitel 2.2 skizziert die wissenschaftliche Debatte der politischen Beteiligung und die für letztere notwendigen Ressourcen. In Kapitel 2.3 werden beide Themenfelder miteinander verknüpft, indem der Frage nachgegangen wird, welche Aussagen in Anlehnung an bisherige Arbeiten zur politischen Partizipation marginalisierter Bevölkerungsgruppen getroffen werden können. Die speziellen Bedingungen und Anforderungen an die Partizipationsstrukturen der Organisationen werden in Kapitel 2.4 unter Rückgriff auf Kerstings (2015b: 51) heuristische Unterscheidung in informelle Beteiligungsformen des Invented und Invited Space erörtert. Es folgt in Kapitel 2.5 die Diskussion des derzeitigen Forschungsstandes durch die Darstellung dreier Studien zum Engagement von sozial benachteiligten Menschen, die Anknüpfungspunkte für die vorliegende Studie bieten und die die Formulierung von Hypothesen erlauben.

2.1 Was ist Marginalisierung?

Bevor auf die speziellen Kontexte der Beteiligung von Marginalisierten näher eingegangen wird, muss zunächst geklärt werden, wer eigentlich die Marginalisierten sind. Generell existiert keine allgemein gültige Definition von Marginalisierung. Während Klima (2011: 421) unter Marginalisierte allgemein Personen fasst, „die auf der Grenze zwischen zwei Gruppen oder Klassen stehen und weder in die eine noch in die andere voll integriert

sind“, wird bei Lenz (2007: 40) eine stärkere Wertung vorgenommen, die auf dem Charakteristikum der attestierten gesellschaftlichen Abwertung durch Marginalisierung basiert, womit die Marginalisierten als sozial benachteiligte, eigene Gruppe erfasst werden. Kersting (1994, 1996) wiederum kritisiert das Konzept des „marginal man“ und der „Kultur der Armut“, das einen vereinfachenden sozialräumlichen Bezug und einen Fokus auf Marginalsiedlungen innehatte. Dabei konstatiert er zum einen soziale, ökonomische und politische Marginalisierungen, die sich wechselseitig bedingen (Kersting/Sperberg 2000). In Anlehnung an Perlman (1976) kritisiert er das lange Zeit dominierende Bild des politisch apathischen, phlegmatischen Marginalisierten („marginal man“), der im „Teufelskreis“ einer „culture of poverty“ (Lewis 1966) verhaftet ist. Vielmehr beruht politische Marginalisierung zum einen auf Ausgrenzungsprozessen durch das politische System und zum anderen auf Erfahrungen mangelnder Wirksamkeit der politischen Beteiligung.

Durch diese definitorischen Ansätze werden jedoch Parallelen zu Konzepten der sozialen Ungleichheit, Armut, multiplen Deprivation, Prekariat und Exklusion eröffnet. Auch stellen sich Fragen nach der Grenzziehung zur Marginalisierung selbst: Wann sind Menschen marginalisiert, wann sind sie es nicht? In der Unterscheidung von relativen Marginalisierungskonzepten, die Marginalisierung in Bezug zu anderen gesellschaftlichen Gruppen erfassen, gegenüber absoluten Konzepten, die Marginalisierung allein anhand notwendiger Güter zur sozialen Teilhabe festhalten, zeigt sich: Marginalisierungskonzepte sind stets normativ vom Forschungsinteresse geleitet (vgl. Groh-Samberg/Voges 2013: 61).

In diesem Forschungsprojekt sollen Personengruppen fokussiert werden, die aufgrund verschiedener Faktoren dem Risiko einer sozioökonomischen Marginalisierung ausgesetzt sind. Diese Voraussetzung wird von Böhnkes (2006b: 55) Definition von Marginalisierung aufgegriffen: „In der gegenwärtigen Debatte bezieht sich Marginalisierung allgemein auf Personen und Gruppen, die am Rande der Gesellschaft stehen bzw. nicht vollständig in die Gesellschaft integriert sind.“ Damit wird zum einen eine Abgrenzung zum Exklusionsbegriff vorgenommen, der sich nicht auf eine gesellschaftliche Randstellung, sondern auf die vollständige Ausgrenzung bezieht, worunter vor allem illegal in einem Land lebende Menschen gezählt werden (vgl. Lenz 2007: 38). Konträr zum Armutsbegriff und zur multiplen Deprivation wird vom Marginalisierungsbegriff zusätzlich zur Betrachtung der zur Verfügung stehenden Ressourcen die subjektive Perspektive stärker berücksichtigt: Gesellschaftlich marginalisiert ist, wer sich auch marginalisiert fühlt (vgl. Böhnke 2006a: 102). Denn die gefühlte Marginalisierung offenbart Differenzen in der Wahrnehmung sozioökonomischer Marginalisierung: So verursachen z. B. materielle Benachteiligungen und Erwerbslosigkeit eher bei Männern das Gefühl der Marginalisierung, während bei Frauen die Wahrnehmung der Randstellung durch fehlende soziale Unterstützungen und ein defektes Familienleben ausgelöst wird (vgl. Böhnke 2006b: 141). Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass einige Personen ihre Marginalisierung (noch) nicht realisieren, weshalb objektive Kriterien (Einkommensniveau, Anzahl sozialer Kontakte etc.) ebenso relevant sind. Zudem fühlen sich einige Menschen marginalisiert, obwohl sie anhand objektiver Maßstäbe (s. Kapitel 1) der Marginalisierung nicht zugerechnet werden würden (vgl. Abb. 2). Da so die Schwellenwerte zur Marginalisierung sowohl in der subjektiven als auch objektiven Erfassung schwer zu bestimmen sind (vgl. Groh-Samberg 2009: 41), versucht dieses Forschungsprojekt, diese verschiedenen, nicht immer trennscharfen Varianten der Marginalisierung aufzugreifen und durch die Beziehung zueinander zu kontextualisieren. Im Fokus stehen dabei zunächst sozioökonomische Benachteiligungen, die die politische Marginalisierung begünstigen (vgl. Kapitel 2.3).

In diesem Projekt wird politische Beteiligung im Kontext von Marginalisierung untersucht. Dies wird vom Konzept der Marginalität unterschieden, da von einer sozialen und politischen, also strukturell bedingten Randstellung, die prozesshaft geprägt ist, ausgegangen wird. Der Begriff der Marginalisierung konzentriert sich somit stärker auf das „Marginalisiert-Werden“ und verdeutlicht konträr zur Marginalität die Verantwortlichkeiten für die Marginalisierung auf Seiten der Gesellschaft (s. Kritik an der klassischen

Marginalitätsforschung und dem Konzept der Culture of Poverty in Kapitel 2.3). Gegenüber dem Prekariatsbegriff wiederum beschränkt sich Marginalisierung nicht nur auf ökonomische bzw. berufliche Faktoren (vgl. Marchart 2013: 9), sondern allgemein gesellschaftliche Benachteiligungsprozesse. Trotz vorhandener definitorischer Differenzen soll in dieser Studie vereinzelt Bezug zu Ansätzen aus diesen benachbarten Themenfeldern genommen werden, da häufig inhaltliche Überschneidungen bestehen. Beispielsweise liefert die Armutsforschung wichtige Impulse dafür, unter welchen Bedingungen ökonomisch instabile Lebenslagen zu Marginalisierung führen können.

Welche Faktoren begünstigen Marginalisierung? Hier ist zwischen individuellen und institutionellen Faktoren zu unterscheiden: Erstere finden sich insbesondere bei den Ressourcen, die auch die politische Beteiligung grundsätzlich erschweren – sozioökonomische Benachteiligung führt demnach auch zu politischen Benachteiligungen (s. Kapitel 2.2). Geringes Einkommen und Vermögen, geringes kulturelles Kapital wie auch fehlende Informationen und der Mangel an sozialen Beziehungen begünstigen relational sozioökonomische Marginalisierungsprozesse. Aber auch die wohnräumliche Segregation, das Misstrauen gegenüber Institutionen, das Gefühl der Desorientierung, der Mangel an Zeit, ein schlechter Gesundheitszustand und ein von Einsamkeit geprägter Familienstand gefährden die soziale, aber auch politische Teilhabe: Auf institutioneller Ebene können die fehlende Anerkennung sozialer Problemlagen und ausbleibende Partizipationsrechte für bestimmte Bevölkerungsgruppen (beispielsweise für Migrierte, für die der Übergang zur Diskriminierung fließend verlaufen kann) die sozioökonomische Marginalisierung durch politisch-institutionelle Benachteiligungen ergänzen.

Folgende gesellschaftliche Phänomene, die durch den Wechsel von Statuspassagen ausgelöst werden, sind von diesen Faktoren im Besonderen betroffen (vgl. Abb. 3). Darin äußert sich insbesondere eine sozioökonomische Marginalisierung, die sich aus finanzieller Armut, sogenannten Bildungsverlierern, erschwelter Teilhabe durch psychische und physische Belastungen und dem Wegbrechen sozialer Netzwerke ableitet. Die sozioökonomische Marginalisierung ist, wie oben erörtert, anhand objektiver Kriterien messbar, sodass bestimmten Bevölkerungsgruppen Wahrscheinlichkeiten, von sozioökonomischer Marginalisierung betroffen zu sein, zugeordnet werden können.² Dieses Forschungsprojekt konzentriert sich jedoch stärker auf die sozioökonomischen Faktoren, die dazu führen, dass bestimmte Personengruppen höhere Wahrscheinlichkeiten zur Marginalisierung aufweisen, um Stigmatisierungen zu vermeiden. Die obigen Faktoren wirken kumulativ, verstärken also das Marginalisierungsrisiko, wenn sie aufeinandertreffen, und können sich gegenseitig beeinflussen, sodass Marginalisierung häufig als multiple Marginalisierung in Erscheinung tritt. Dabei sind nicht immer der Bildungsstand und das Einkommen ausschlaggebend für sozioökonomische Marginalisierungsprozesse: Beispielsweise kann auch eine Akademikerin bzw. ein Akademiker nach einer langjährigen Haftstrafe gesellschaftlich marginalisiert werden.

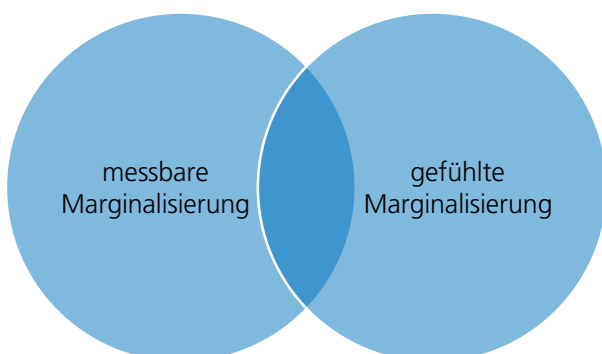


Abbildung 2: Varianten der Marginalisierung, eigene Darstellung

² Detaillierte Daten zum relevanten Marginalisierungsfaktor Armut sowie der tatsächliche Anteil der Bevölkerungsgruppen unter den in Deutschland lebenden Armen finden sich im aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes (vgl. Pieper et al. 2019: 34 ff.).



Abbildung 3: Marginalisierungsrisiken, eigene Darstellung

Die Faktoren führen zur sozioökonomischen Marginalisierung, wenn die dahinterliegenden Ressourcen als notwendig erachtet werden bzw. nicht mehr zur Verfügung stehen (vgl. Wansing 2007: 279). Daraus folgt, dass zur Identifizierung von Marginalisierten die individuellen Kontextfaktoren berücksichtigt werden müssen.

Die nachfolgende Auflistung verschiedener Marginalisierungsrisiken ist heuristisch strukturiert und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.³ Durch die Schnittstellen der multiplen Marginalisierung sind die einzelnen Risiken nicht ohne Berücksichtigung anderer Faktoren möglich.

Behinderungen und Erkrankungen

Behinderungen und Erkrankungen grenzen die zur Verfügung stehenden persönlichen Ressourcen für die sozioökonomische Teilhabe stark ein. Zudem wird auch politische Beteiligung häufig mangels erforderlicher Assistenzen bzw. fehlenden Unterstützungshilfen stark erschwert (vgl. Eschkotte/Schlatholt 2015: 171, dazu Kapitel 2.3). Psychische Erkrankungen erschweren den Zugang zur Erwerbstätigkeit und können mangels ausreichender Unterstützungsleistungen Armut fördern. Auch physische Behinderungen und Erkrankungen minimieren gerade bei spät auftretenden Beeinträchtigungen die Möglichkeit, an vorhandene Ausbildungen anzuschließen und führen so häufig in den Vorruhestand, der finanzielle Risiken implizieren kann (s. dazu Kapitel 4). Ebenso können soziale Netzwerke wegbrechen, wenn beispielsweise die Freizeitgestaltung durch die Erkrankung eingeschränkt werden muss, weil die Barrierefreiheit nicht immer gewährleistet ist. So weisen Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in Deutschland eine höhere Erwerbslosenquote, niedrigere Bildungsabschlüsse und kleinere Beziehungsnetzwerke auf (vgl. Wansing 2007: 281 ff.). Generell treten Behinderungen sehr heterogen auf, was die Marginalisierungsgefahr in ihrem Ausmaß beeinflusst (vgl. Kersting 2015a: 136). Dennoch schränken Behinderungen die Lebenschancen meist beträchtlich ein (vgl. Maschke 2007: 300), wodurch generalisiert ein hohes Risiko zur sozioökonomischen Marginalisierung besteht (vgl. Wansing 2007: 281).

Migration

Menschen mit eigener Migrationserfahrung weisen in Deutschland ein höheres Risiko zur Erwerbslosigkeit, geringeres Einkommen sowie niedrigere Bildungsabschlüsse auf (vgl. Boeckh 2008: 370 ff.). Dies gilt für Neuankömmlinge sowie Migrierte ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die sich in Deutschland ein neues Leben aufbauen möchten, aber mit konkreten Herausforderungen (Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Sprachbarrieren, unsicherer Aufenthaltsstatus etc.) zunächst zu kämpfen haben, was anfangs zu Armut durch die Annahme prekärer Arbeitsverhältnisse oder Erwerbslosigkeit führen kann (vgl. Janßen/Bohr 2018: 154 ff.).

Erwerbslosigkeit

Gerade die Langzeiterwerbslosigkeit bedroht soziale Zugehörigkeit und die soziale Identität: „In einer Gesellschaft, in der ‚Arbeit‘ als anthropologische Grundkonstante erscheint, [rüttelt] Erwerbslosigkeit an den Grundpfeilern der menschlichen Existenz [...]“ (Marquardsen 2012: 13). Neben dem Wegbrechen sozialer Beziehungen (vgl. ebd.: 109), die durch die Erwerbstätigkeit aufgebaut wurden, wirken sich insbesondere finanzielle Einbußen auf die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe aus, was sozioökonomische Marginalisierung begünstigt.

Alleinstehende und Alleinerziehende

Während in Partnerschaften Herausforderungen sozial und finanziell gemeinschaftlich gelöst werden können (vgl. Marquardsen 2012: 165 ff.), fehlt diese Möglichkeit alleinstehenden Menschen, wodurch sozioökonomische Marginalisierung droht.

³ Ergänzende Faktoren, die sich teilweise aus den hier aufgeführten Faktoren ergeben, finden sich u. a. bei Maschke (2007: 303), Böhnke (2006a: 109) und Noack (2014: 15 ff.). Diese können hier detailliert nicht wiedergegeben werden, wurden aber in der empirischen Fallauswahl auch nicht identifiziert (s. Kapitel 4).

Insbesondere wenn die Kontinuität einer gemeinschaftlichen Lebensweise durch Scheidung oder Verwitwung unterbrochen wird, kann dies finanzielle Risiken und Isolation fördern (vgl. Maschke 2007: 303). Die potentielle Gefahr gerade von Alleinerziehenden, die finanziellen Herausforderungen nicht mehr stemmen und gleichzeitig keine Zeit zur Bewältigung der Berufstätigkeit, der Kinderbetreuung, aber auch für die persönliche Freizeitgestaltung aufbringen zu können, ist daher gegeben.⁴

(Vor-)Ruhestand

Menschen, die langjährig berufstätig waren, können durch das gerade beim Vorruhestand plötzliche Wegbrechen des beruflichen Netzwerkes isoliert werden (vgl. Marquardsen 2012: 75). Der Vorruhestand korreliert, wie oben gezeigt, häufig mit anderen sozioökonomischen Marginalisierungsfaktoren, z. B. dem Gesundheitszustand. Daher steigt das Risiko, aufgrund finanzieller Einschränkungen und dem Zusammenbruch beruflich bedingter sozialer Kontakte und einem damit teilweise einhergehenden schlechten Gesundheitszustand sozioökonomisch benachteiligt zu werden. Doch auch Menschen, die regulär in den Ruhestand wechseln, weisen in Deutschland in den letzten zehn Jahren einen Anstieg der Armutsquote von ca. 33 % auf und sind somit von einer größeren Gefahr der sozioökonomischen Marginalisierung betroffen (vgl. Pieper et al. 2019: 34).

Betroffene häuslicher Gewalt und Straffälligkeit

(Langjährige) Gewalterfahrungen, insbesondere im intimen Nahraum, können traumatisierende Wirkungen entfalten und das Selbstwertgefühl einer Person massiv beeinträchtigen, was eine verminderte soziale Teilhabe befördert. Aber auch Täterschaften können sozioökonomische Marginalisierungsprozesse auslösen: im Jugendalter kann sich Kriminalität langfristig verstetigen und so eine marginalisierte Laufbahn fördern, ausgelöst durch ein schwieriges Umfeld, Bußgelder und daraus resultierenden finanziellen Schwierigkeiten, bis hin zu Gefängniserfahrungen aufgrund schwerwiegender Delikte, die die anschließende Erwerbssuche und den Aufbau eines stabilen sozialen Netzwerkes erschweren.

Abgebrochene Schulausbildung und/oder prekäre Beschäftigung

Ein Bildungsabschluss gilt in Deutschland als Grundlage für die Aufnahme einer finanziell stabilen und dauerhaften Beschäftigung. Ist dieser nicht erreicht, besteht das Risiko, in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzudriften, die Planungsunsicherheiten begünstigen. Prekäre Beschäftigung wiederum umfasst Phänomene, die sich vom Normalarbeitsverhältnis abgrenzen (vgl. Marchart 2013: 9). Diese zeichnen sich durch Unsicherheiten aus, die aus der ökonomischen Marginalisierung resultieren: Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg bei befristeten Stellen (vgl. Bödeker 2012: 24 f.), fehlendes betriebliches Mitbestimmungsrecht, Leiharbeitssektor und geringfügig entlohnte Beschäftigungen, aber auch Schattenwirtschaft führen dazu, dass das gesellschaftliche Integrationspotential, das die Erwerbstätigkeit innehat, wegfällt: „Prekarisierung schwächt das Integ-

rationspotential von Erwerbsarbeit, die immer noch über eine hohe normative Ausstrahlungskraft für alltagspraktische und symbolische Teilhabechancen verfügt“ (Freudenschuss 2013: 72).

Obdachlosigkeit

In der Obdachlosigkeit manifestieren sich Armutsprozesse in einem absoluten Erscheinungsbild. Die Ursachen für Obdachlosigkeit sind vielfältig: Erwerbslosigkeit und die Schwierigkeit, eine Wohnung zu finanzieren, Suchtkrankheiten, Trennungen und Traumata können die Obdachlosigkeit begünstigen. Diese forciert die bereits bestehenden sozioökonomischen Benachteiligungen: Soziale Netzwerke brechen rapide ab, der Gesundheitszustand verschlechtert sich, wodurch Marginalisierung bis hin zur absoluten gesellschaftlichen Exklusion drohen.

2.2 Politische Partizipation und ihre Ausprägungen

Konträr zum Marginalisierungsbegriff konnte sich für die politische Partizipation in den letzten Jahren eine deskriptive Definition etablieren, die im wissenschaftlichen Diskurs auf allgemeine Akzeptanz stößt (u. a. bei Hebestreit/Korte 2015; Holtmann 2015; Voss 2014; Vetter/Remer-Bollow 2017, Steinbrecher 2009, Kersting 2008). Sie wurde insbesondere von Kaase (u. a. 1995: 521) geprägt, der unter politischer Partizipation alle Tätigkeiten fasst,

„die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen. Aus dieser Begriffsbestimmung wird deutlich, daß [sic!] Beteiligung an der Politik vor allem als instrumentelles, zielgerichtetes Handeln aufgefaßt [sic!] wird, und zwar aus der Sicht des einzelnen Bürgers.“

Die Definition impliziert, dass nicht die Personen mit politischer Entscheidungsbefugnis als Anbieter von Partizipation, sondern die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der Partizipation stehen. Partizipation umfasst demnach die Aktivitäten von Menschen innerhalb der Bevölkerung, die diese freiwillig mit dem Ziel der politischen Einflussnahme ausüben. Politische Einstellungen ohne konkrete Aktivitäten werden von der Definition so ausgeblendet. Gleiches gilt für professionelle Tätigkeiten, z. B. Abgeordnetenmandate, weil die partizipative Tätigkeit auf freiwilligem Ehrenamt beruht.

Kersting (2017b: 21) unterscheidet zudem politische Partizipation von bürgerschaftlichem Engagement. Bürgerschaftliches Engagement konzentriert sich vorrangig auf die Erstellung sozialer Dienstleistungen in der Gemeinschaft. In dieser Studie wird Engagement zunächst als Basis und wichtiger Faktor für langfristige, nachhaltige politische Beteiligung angesehen. Zudem ermöglicht es einen niedrighschwelligsten Einstieg in Organisatio-

⁴ Eine höhere Wahrscheinlichkeit, von Armut betroffen zu sein, ist jedoch auch bei kinderreichen Paaren (3 oder mehr Kinder) gegeben (vgl. Pieper et al. 2019: 34).

Efficacy:

Die sogenannte *Internal Efficacy* beschreibt den Glauben in die eigenen Fähigkeiten, politische Sachverhalte verstehen, beurteilen und ausdrücken zu können. Die *External Efficacy* fokussiert hingegen das Vertrauen in die politische Wirksamkeit und die Responsivität der politischen Entscheidungstragenden gegenüber den Anliegen der Bevölkerung (vgl. Sulitzeanu-Kenan/Halperin 2012: 299).

nen, die wiederum als Artikulationsorgan politischer Beteiligung fungieren. Es zeigen sich aber auch Grenzbereiche zwischen politischer Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement (vgl. Munsch 2012: 1 f.). Auch bürgerschaftliches bzw. soziales Engagement kann neben explizit politischem Engagement Bestandteil politischer Partizipation sein, wenn es am Ende der politischen Beeinflussung durch eine Organisation dient und als solches wahrgenommen wird.

Politische Partizipation nutzt repräsentative, direktdemokratische demonstrative und deliberative Instrumente im Rahmen politischer Entscheidungsfindungsprozesse (s. partizipativen Rhombus bei Kersting 2017b). Um politisch partizipieren zu können, bedarf es insbesondere finanzieller, zeitlicher und sozialer Ressourcen, die eng miteinander verzahnt sind, sowie Bildung, die das Partizipationsverhalten über Zeit u. a. durch den Aufbau rhetorischer und fachlicher Kompetenzen stark beeinflusst und die Wahrnehmung der Efficacy fördert – unter der Bedingung, dass sich die Individuen institutionell beteiligen können und wollen. Denn relevant ist auch der Wille zur Beteiligung, der bei Isolation, fehlendem Politikinteresse und Apathie nicht gegeben ist (vgl. Brady et al. 1995: 271). Das politische Interesse bleibt jedoch stark durch Bildungsgrad, sozialen Status und Internal Efficacy-Bewusstsein beeinflusst (vgl. Bödeker 2012: 9). Mangelndes Internal Efficacy-Bewusstsein führt leicht zu politischer Apathie und hierdurch zu Disengagement. Mangelndes External Efficacy-Bewusstsein bewirkt dagegen politischen Zynismus, der ebenfalls zu Nichtbeteiligung führen kann (s. Kersting 2008).

Auch das Geschlecht, das Alter, Ost-/West-Habitus, Werte und Normen, Gelegenheitsstrukturen und Vertrauen beeinflussen das Ausmaß der politischen Beteiligung (vgl. Steinbrecher 2009: 58 ff.). Hieraus lässt sich ableiten, dass sich die Partizipation aus spezifischen individuellen Motivationen und Ressourcenkombinationen speist (vgl. Frantz/Schulte 2013: 372 f., Voigtländer 2015: 220). Dabei ist a priori davon auszugehen, dass für Marginalisierte mangels gegebener Ressourcen die politische Partizipation nur eingeschränkt möglich ist und durch die sozioökonomische Marginalisierung politische Marginalisierung droht (s. Kapitel 2.3). Es kann daher attestiert werden, dass die vorhandene Partizipation vom persönlichen Willen abhängig ist, der ein „subjektives Ausgrenzungsempfinden“ (Böhnke 2006b: 135) beschränkt; die Partizipation somit nur durch den Bruch mit der bisherigen Marginalisierungsbiografie möglich wird, wie Hoefl et al. (2014: 25) bereits für soziale aufgestiegene Personen attestieren. Dadurch gewinnt die Distanzierung von der eigenen marginalisierten Lebenswelt und das Verlassen der bekannten, problematisierten Lebenslage mithilfe der Partizipation an Relevanz. Die Grundlage dieses ‚Willens zur Partizipation‘ bedarf

einer genauen Analyse, die in das Forschungsprojekt integriert werden soll und an vorhandene Studien anschließen kann (vgl. Kapitel 2.5).

2.3 Marginalisierung und politische Partizipation

Aufgrund der prekären Lebenssituation von Marginalisierten kann angenommen werden, dass das „Selbstmanagement“ (Keim 2014: 184) im sozialen und ökonomischen Bereich einen Großteil der zeitlichen Ressourcen in Anspruch nimmt, wodurch wenig Freiraum für politische Partizipation besteht. Daher gehen Klatt und Walter (2011: 41) davon aus, dass eine größere soziale Basis vor allem in kurzfristigen Partizipationsformen, wie z. B. Protesten oder Wahlen, erreicht wird, die wiederum als nicht sehr ressourcenintensiv bewertet werden. Generell lässt sich empirisch belegen, dass die soziale Ungleichheit in der Beteiligung zunimmt, je komplexer und anspruchsvoller die politischen Tätigkeiten werden (vgl. Geißel et al. 2014a: 25; Simonson/Vogel 2017a: 214 f.). Marginalisierte engagieren sich in starker Abhängigkeit ihrer jeweiligen Situation, wodurch eine individuelle Analyse der Bedürfnisse, Werte und Interessen bei der Untersuchung ihres Engagements notwendig wird (vgl. Kersting 1996: 11; Rohrmann et al. 2015: 16).

Insgesamt scheinen vor allem langfristig anhaltende sozioökonomische Marginalisierungsprozesse zu politischer Apathie zu führen und so politische Partizipation zu blockieren (vgl. Keim 2014: 183; Böhnke 2011: 24). Sozioökonomische Marginalisierung führt demnach mangels notwendiger Ressourcen zur politischen Marginalisierung (vgl. von Winter/Willems 2000: 10). Betrachtet man die in Kapitel 2.1 aufgeführten sozioökonomischen Marginalisierungen, sind diese in unterschiedlichem Ausmaß von politischer Marginalisierung betroffen: Während bei Menschen mit Behinderungen die Barrierefreiheit der Partizipationsinstrumente nicht immer gewährleistet ist, werden Migrierte ohne deutsche bzw. europäische Staatsbürgerschaft von einigen Partizipationsvarianten wie Wahlen ausgeschlossen. Alleinerziehende und prekär Beschäftigte wiederum können gerade zeitintensive Partizipationsformen kaum beanspruchen, während sich bei den von Armutsrisiken betroffenen Kategorien (u. a. Ruhestand, Erwerbslosigkeit, Obdachlosigkeit) Mitgliedsbeiträge in politischen Vereinigungen womöglich nicht finanzieren lassen. Sozioökonomische Marginalisierungen, die ggf. soziale Isolation beinhalten (Gewalterfahrungen, Vorruhestand, Obdachlosigkeit, psychische Erkrankung), errichten wiederum Hürden für dialogische Partizipationsinstrumente, da hier kommunikative Hemmschwellen bestehen können.

Politische Marginalisierung wiederum führt zur Abnahme insbesondere des internen Efficacy-Bewusstseins und zu sich selbst verstärkenden politischen Marginalisierungsprozessen. Mangelnde politische Kenntnisse stärken in der Folge politische Apathie und Disengagement (vgl. Kersting 2008). Die mangelnde interne Efficacy-Wahrnehmung offenbart sich auch in den Ergebnissen des Freiwilligensurveys 2014: Demnach sind Menschen mit niedrigem Bildungsstand (1,4 %), verstanden als ein Marginalisierungsfaktor, gegenüber denen mit mittlerem Bildungsstand (2,8 %) und

hohem Bildungsstand (5,6 %) in der Partizipation unterrepräsentiert, da bei ihnen weniger das Motiv und der Glaube daran vorliegt, gesellschaftlich etwas verändern zu können (vgl. Vogel et al. 2017: 140; Müller et al. 2017: 432 f.). Treten weitere ressourcenbasierte Faktoren wie geringe finanzielle Möglichkeiten und zeitliche Einschränkungen hinzu, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sich entsprechende Personen nicht engagieren (vgl. Simonson/Hameister 2017: 463).

Die Marginalitätstheorien der 1960er Jahre beschreiben eine politische und soziale Lethargie, Passivität und ein Disengagement marginalisierter Bevölkerungsgruppen („Culture of Poverty“, vgl. Lewis 1966). Spätere Studien zeigten hingegen ein ausgeprägtes Engagement der Marginalisierten (ökonomische und soziale „Multiokkupationalität“, vgl. Kersting 1994, 1996). Sozio-ökonomische Marginalisierung geht mit politischer Ausgrenzung einher (Kersting 2004). Die politische Beteiligung war in sozial und ökonomisch heterogenen Armensiedlungen stark mit der Wirksamkeit und dem Erfolg der Partizipation für die eigene soziale Gruppe und den eigenen Stadtteil verknüpft (starke Outputorientierung). Grundsätzlich besteht daher bei existentem Erfolg ein großes Potential für die Beteiligung Marginalisierter: Sie können gemeinsam Protest für die eigenen Belange mobilisieren, juristische Auseinandersetzungen vor Gerichten führen, Bündnisse mit Vereinen für gemeinsame Kampagnen starten oder auch Gespräche mit Abgeordneten führen und Öffentlichkeitsarbeit für die eigene, marginalisierte Situation betreiben (zum Engagement marginalisierter Menschen in Industrienationen (vgl. Piven/Cloward 1979; vgl. Voigtländer 2015: 15).

Aus gesellschaftspolitischer Perspektive ist die Partizipation Marginalisierter wünschenswert, bietet sie doch die Möglichkeit, Integrationsleistungen zu übernehmen, die sonst der Erwerbsarbeit zufallen, der Marginalisierte häufig nicht nachgehen können, auch wenn Partizipation und Erwerbstätigkeit grundsätzlich verschiedene gesellschaftspolitische Funktionen innehaben (vgl. Munsch 2011: 49). Partizipative Demokratietheorien betonen, dass zur Umsetzung des Ideals der Vollinklusion und Repräsentation aller Interessen die Beteiligung marginalisierter Menschen notwendig ist, weil durch die Integration benachteiligter Gruppen die Legitimität von Entscheidungen erhöht und mehr Perspektiven in das politische System integriert werden (vgl. Hebestreit/Korte 2015: 26). Auf individueller Ebene können sich auch für die Marginalisierten positive Entwicklungen aus der Beteiligung speisen: Sie stabilisiert in Zusammenarbeit mit Personen in ähnlicher Lebenslage die durch die Marginalisierung gefährdete soziale Identität, stärkt den sozialen Zusammenhalt und bietet Anerkennung für die Lebenssituation (vgl. Böhnke/Link 2018: 249), womit die sozioökonomische Marginalisierung begrenzt werden kann.⁵ Daher wird dieses Forschungsprojekt auch der Frage nachgehen, inwiefern die Partizipation dazu beiträgt, die Marginalisierungsrisiken mithilfe der politischen Tätigkeit zu umgehen und so die objektiv attestierte sozioökonomische Marginalisierung subjektiv nicht als solche zu empfinden.

Die selbstorganisierte Partizipation der Marginalisierten scheitert trotz offensichtlicher Vorteile oft an der Organisationfähigkeit der meist schwachen Interessen (vgl. Berg-Schlosser/Kersting 2000). Gerade bei Menschen, die ihre wenigen Ressourcen vor allem in die Bewältigung ihres Alltags investieren müssen, ist damit zu rechnen, dass die eigene Interessenlage nicht immer

umfassend beurteilt werden kann, die marginalisierte Gruppe sich für selbstbezogene Anliegen nicht als solche erkennt, eine hohe Fluktuation im Engagement herrscht und die Interessen zu individuell ausfallen (vgl. von Winter/Willems 2000: 17; Gallas 1996: 170 ff.). Denn eine zunehmende Heterogenität der Ungleichheit erschwert gemeinsame Beteiligung: In der zunehmenden Individualisierung von Problemlagen wird eine erschwerte Politisierung marginalisierter Interessen gesehen. Gleichzeitig wächst aber durch die Benachteiligung der Bedarf zur Politisierung (vgl. Freudenschuss 2013: 73 ff.). Des Weiteren lassen sich insbesondere arbeitsmarktbezogene Interessengruppen, wie zum Beispiel von Erwerbslosen (dazu u. a. Erlinghagen 2000), nur schwer organisieren, da ihnen häufig die für Aushandlungsprozesse und Konflikte notwendigen Machtressourcen und Mittel fehlen. Daher sind marginalisierte Menschen häufiger in bereits existierenden, gemischten Vereinen aktiv. Eine weitere Engagementhürde bedingt sich aus der nicht immer gegebenen Offenheit des politischen Systems: Zwar ist der Gleichheitsgrundsatz in der Verfassung verankert – eine politische Vollinklusion wird insofern angestrebt – dennoch zeigen sich unterschiedliche partizipative Gelegenheitsstrukturen für die einzelnen sozialen Gruppen. Gewiss sind bestimmte Gruppen wie zum Beispiel Kinder advokatorisch über die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten vertreten, auf der anderen Seite zeigen sich aber in Parlamenten und anderen politischen Institutionen starke Disparitäten in Bezug auf die Repräsentation von verschiedenen Bevölkerungsgruppen⁶ und die Responsivität gegenüber Interessen schwächerer Einkommensgruppen (vgl. Elsässer et al. 2017). Politischen Parteien werden daher Abschottungsmechanismen und ein ehernes Gesetz der Oligarchie vorgeworfen, nach dem tatsächliche Bürgerbeteiligung politisch nicht gewollt sei. Daher werden auch informelle Beteiligungsformen oft als symbolisch und wenig wirksam angesehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger kein Interesse der politischen Entscheidungstragenden an partizipativen Reformen ausmachen (vgl. Kersting 2017b).

2.4 Informelle Organisationen als Kontexte der Beteiligung

Die dennoch vereinzelt existente Beteiligung Marginalisierter beschränkt sich jedoch nicht nur auf sie direkt betreffende, selbstorganisierte soziale Bewegungsgruppen. Gerade top-down organisierte Beteiligungsgremien verschreiben sich einer stärkeren Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Dies bedingt sich aus dem Anliegen staatlicher Seite, in Stadtvierteln, in denen Marginalisierte nur schwer eigene Interessenkanäle aufbauen können, benachteiligte Gruppen, beispielsweise über Programme der *Sozialen Stadt*, stärker in das Geschehen des Stadtteils zu integrieren (vgl. Hoeft et al. 2013: 93). Gerade,

⁵ In empirischen Studien zeigt sich allerdings auch, dass der Kompetenzerwerb von Menschen mit Risiken zur Marginalisierung durch das Engagement geringer ausfällt als bei nicht-marginalisierten Gruppen (vgl. u. a. Düx et al. 2008: 266; Simonson/Gordo 2017: 375).

⁶ Dies bezieht sich auf primordiale Charakteristika wie Geschlecht, Alter und ethnische Herkunft wie auch auf soziale Charakteristika wie zum Beispiel Berufstätigkeit (vgl. Kersting 2016; 2017b).

weil aufgrund fehlender Ressourcen das Interesse an komplexen Beteiligungsverfahren bei den Marginalisierten geringer ausfällt als bei bürgerlichen Milieus (vgl. Kuder 2016: 3), sollen externe Impulse wie direkte Ansprache, oder niedrigschwellige Formate sozial Benachteiligte zur Beteiligung ermuntern. Um das Ungleichheitsphänomen in der Beteiligung zu mindern, sind dafür verschiedene Faktoren relevant: Themen, Zeitpunkte und Orte der Beteiligung beeinflussen die Partizipation; ebenso können separate Angebote für Marginalisierte, die direkte Ansprache durch geschultes Personal als auch eine kluge Kombination aus online- und offline-Instrumenten die Inklusion erleichtern (vgl. Roth 2016: 68).

Somit besitzen verschiedene Beteiligungsformen je nach Initiator und Kapazitäten verschiedene Mobilisierungsstrategien. Das vorliegende Projekt möchte daher unterschiedliche organisationale Zusammenhänge der lokalpolitischen Beteiligung von Marginalisierten erfassen. Im Fokus stehen dafür Organisationen der informellen Beteiligung, die aus theoretischer Perspektive verschiedene Strategien und Inklusionsansätze verfolgen und unterschiedliche Ressourcen für die Beteiligung voraussetzen, abhängig von ihrer heuristischen Verortung im Modell des Invited und Invented Space (vgl. Kersting 2015b: 51). Aufgrund der Heuristik können die später untersuchten Organisationen nicht eindeutig dem Modell zugeordnet werden, da sie in der Praxis stets vom Idealtypus abweichen. Das Modell bietet aber einen adäquaten Zugang zum Forschungsfeld sowie erste Hinweise darauf, welchen Prämissen die jeweiligen Organisationen folgen.

Invited Space

Idealtypische informelle, kommunale Beteiligungsmöglichkeiten des Invited Space sind top-down durch die Lokalpolitik initiiert. Sie übernehmen deliberative, also beratende Funktionen in lokalpolitischen Fragen, werden jedoch häufig entgegen des Anspruchs politischer Partizipation von zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren – und nicht von den Bürgerinnen und Bürgern – dominiert (vgl. Kersting 2018). Hierunter fallen beispielsweise partizipative Quartiersgremien, die dem Ziel folgen, die in einem Stadtteil lebende Bevölkerung in stadtteilpolitische Anliegen einzubinden. Dadurch soll deren politischer Umsetzung mehr Legitimität verliehen, aber auch mehr Akzeptanz in der Bevölkerung für politische Maßnahmen sichergestellt werden. Seitens der Demokratietheorie erhofft man sich außerdem eine bessere Problemorientierung durch die stärkere Integration verschiedener Perspektiven (vgl. Voss 2014: 14). So setzen viele Quartiersgremien vor dem Hintergrund, dass sich dort vor allem bürgerliche Milieus beteiligten, auf eine stärkere Inklusion marginalisierter Bevölkerungsgruppen durch gezielte Ansprache und angepasste Formate, etwa durch die Hilfe von Kulturdolmetscherinnen oder -dolmetschern.

Eine aus theoretischer Perspektive relevante informelle Beteiligungsform für Marginalisierte auf Kommunalebene stellen Quartiersräte dar, die sich vor allem aus aktuellen oder früheren Soziale-Stadt-Programmen entwickelt haben und so zunehmend in Deutschland Verbreitung finden (vgl. Becker 2011: 80). Sie werden meist in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf installiert, in denen daher auch häufiger Marginalisierte anzutreffen sind. In diesen informellen Gremien fallen zum Teil

gewählte, zum Teil per Zufallsauswahl bestimmte Menschen aus der Bevölkerung oder auch alle interessierten Anwohnerinnen und Anwohner sowie Vertretungen zivilgesellschaftlicher Träger als auch teilweise entsandte Politikerinnen und Politiker Entscheidungen, die den Stadtteil betreffen. So entscheidet der Quartiersrat oder eine daran gekoppelte Jury über von Programmen oder der Stadt für Stadtteilprojekte zur Verfügung gestellte Gelder. Gerade Fondsjurys scheinen aufgrund einer im Vergleich zum Quartiersrat weniger komplexen Tätigkeit für Marginalisierte adäquate Möglichkeiten der Partizipation anzubieten (vgl. Huber 2016: 204). Durch die staatliche Finanzierung sind hier finanzielle Ressourcen außerdem nicht ausschlaggebend für die Beteiligung.

Neben den Quartiersgremien existieren anderweitige Varianten informeller Beteiligung im Invited Space: Hierzu zählen die modernen Beiräte (s. zur Definition Kersting 2004, 2017b), insbesondere Behinderten- und Seniorenbeiräte sowie Kinder- und Jugendparlamente, die Partikularinteressen repräsentieren und die die Belange politisch als randständig wahrgenommener Gruppen mit Rede- und Antragsrechten (in der Regel ähnlich der von kommunalen Kommissionen) gegenüber den gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten vertreten (vgl. Kersting 2008: 107; Kersting 2017b: 106).⁷ Häufig sitzen in diesen Gremien Vertretungen von entsprechenden Vereinen und Sozialträgern, wodurch die Mitglieder eine stärkere Professionalisierung aufweisen und seltener benachteiligten Milieus entstammen (vgl. u. a. Bausch 2014: 289; Hafenegger/Niebling 2008: 124). Daher sollen die Beiräte in diesem Projekt ausgeklammert werden.

Gleiches gilt für partizipative Planungsverfahren wie z. B. aleatorische Bürgerräte (Minipublics, Planungszellen), bei denen Bürgerinnen und Bürger via Zufallsauswahl und/oder Quotenregelungen angesprochen werden, um einmalig bei einer meist thematisch eingegrenzten Fragestellung sowohl Probleme als auch Lösungen aufzuzeigen. Ihre Umsetzung erfolgt in der Regel durch professionelle Beteiligungsinstitute, die Marginalisierte bewusst in separaten Formaten aufsuchen, informieren und ihre Perspektiven auf den Sachverhalt einfangen (vgl. Kuder 2017: 5). Da durch die kurzzeitigen Verfahren die Chance, langfristig engagierte Marginalisierte anzutreffen, nicht gegeben ist, werden diese nicht im Rahmen des Projekts untersucht.

Invented Space

Organisationen des Invented Space wiederum erschließen sich aus Eigeninitiative neue Beteiligungsräume. Basierend auf Unzufriedenheiten mit den gegebenen politischen Einflussmöglichkeiten werden neue Formen des Protests und der Partizipation entwickelt, die etablierte Machtstrukturen herausfordern (vgl. Kersting 2014: 271). Dabei handelt es sich in der Praxis meist um sogenannte Soziale Bewegungsgruppen. Soziale Bewegungsgruppen fungieren als „Medium“ (Tratschin 2016: 186) einer sozialen Bewegung, letztere verstanden als „(1) informal networks, based (2) on shared beliefs and solidarity, which mobilize

⁷ Integrationsbeiräte sind in den Gemeindeordnungen einiger Länder oder in kommunalen Satzungen implementiert und somit formalisiert, sodass diese hier nicht den informellen Gremien zugeordnet werden sollen.

about (3) conflictual issues, through (4) the frequent use of various forms of protest“ (Della Porta/Diani 1999: 16). Durch ihre Eigeninitiative und ihre starke Outputorientierung sind sie Ausdruck einer Politisierung der Zivilgesellschaft. Die Sphäre des Invented Space verweist auf die konfrontative Ausrichtung dieser Gruppen, die ihre Interessen „gegen jene der Gegner durchzusetzen“ (Beyer/Schnabel 2017: 13) versuchen und einen gesellschaftlichen Wandel herbeiführen wollen. Damit können je nach Gruppierung jedoch auch eine Gemeinwohlorientierung und die Verteidigung des Ist-Zustandes intendiert sein. Hauptadressat sind politische Entscheidungstragende. Einige soziale Bewegungen adressieren auch gesellschaftliche Akteure wie Unternehmen, aber auch die gesellschaftliche Öffentlichkeit, kulturelle Praktiken und Mentalitäten. Dies wird exemplarisch deutlich etwa bei städtischen sozialen Bewegungen. Dort adressieren Mieter- und Erwerbslosengruppen die strukturellen Armuts- und Ausgrenzungsprobleme (vgl. Mayer 2008: 317). Sie verdeutlichen, dass etwa die Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen aus bestimmten Stadtvierteln gesellschaftspolitischen Verwerfungen auf Arbeits- und Mietmärkten geschuldet sind und nicht auf dem individuellen Fehlverhalten der Betroffenen beruhen. Diese Gruppen ermöglichen innovative Partizipationsformen im besonderen Maße durch ihre im Vergleich zu Großorganisationen stärkere Projektorientierung (vgl. Schulte 2015: 46). So werden „Mietsteigerungen und Zwangsräumungen, Proteste und Bürgerbegehren gegen Großprojekte und Auseinandersetzungen um subkulturelle Freiräume“ (Holm 2014: 43) Bestandteil gerade aktueller Bewegungsgruppen. Gleichzeitig erfordern diese Assoziationsformen im Vergleich zu traditionellen Organisationen, beispielsweise Gewerkschaften und Kirchen, mehr Qualifikationen, da sie eine stärkere Eigeninitiative, mehr Wissen und stärker ausgeprägte Netzwerke voraussetzen (vgl. Schulte 2015: 47). Entsprechende Akteure müssen prinzipiell Problemlagen erkennen können sowie Artikulations- und Organisationsfähigkeiten aufweisen, um den Erfolg und die Dauerhaftigkeit der Organisation gewährleisten zu können (vgl. Gestring et al. 2014: 14), die jedoch von Marginalisierten als Ressourcen nicht immer abrufbar sind und so u. a. eine funktionierende Deliberation mangels Ressourcen selten gelingt (vgl. Kersting 2018). Daher zeigt sich auch im Freiwilligensurvey 2014, dass Menschen mit geringem Bildungsniveau als wichtiger Ressource für die Beteiligung in Bewegungsgruppen relational zu anderen Engagementmöglichkeiten seltener in Bürgerinitiativen als einer Ausprägung des Invented Space engagiert sind als höher gebildete Personen (vgl. Simonson/Vogel 2017b: 531).⁸

Die knappen Ressourcen der sozioökonomisch Marginalisierten führen zu der Frage, ob die Ressourcen „überhaupt für die Bildung einer Organisation oder nicht vielmehr für direkte Mobilisierung und Protestaktion verausgabt werden sollten“ (von Winter/Willems 2000: 19). Auch wenn die Frage an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden kann, offenbart die Diskussion, dass Marginalisierte mangels Ressourcen selten initiativ und gestaltend auftreten und deshalb ihre Möglichkeiten zur politischen Intervention stark begrenzt sind. Daher müssen sie ihre geringen Ressourcen mit Bedacht einsetzen. Somit ist für speziell die Interessen von sozioökonomisch Marginalisierten aufgreifenden Bewegungsgruppen die logistische und moralische Unterstützung anderer Organisationen von Bedeutung, um fehlende finanzielle und organisationale Ressourcen ausgleichen zu können, weswegen insbesondere Erwerbslosengruppen häufig mit Gewerkschaften kooperieren (vgl. Voigtländer 2015: 38).

Eine weitere Zugangshürde für Marginalisierte kann das im Invented Space meist durch Unabhängigkeit geprägte Finanzierungsmodell der Organisationen sein, wodurch diese aber (neben Spenden) auf Mitgliedsbeiträge angewiesen sind, die die Engagierten entrichten müssen. Dies kann eine eher kurzfristige Partizipation, beispielsweise in Protestaktionen, zur Vermeidung von Mitgliedschaften begünstigen. Es ist anzunehmen, dass die Motivation, sich zu engagieren, gerade bei themenorientierten Bewegungsgruppen konträr zu anderen Beteiligungsvarianten häufiger auf Eigeninitiative basiert, da sich in den Bewegungsgruppen am ehesten die eigene themen- und gruppenorientierte Betroffenheit der Marginalisierten widerspiegelt.

Mobilisierung im Kontext informeller Beteiligung

Informelle Beteiligungskanäle weisen einige Vorteile gegenüber formellen Varianten der Beteiligung auf, auch wenn sie sich durch die fehlende rechtliche Integration dem Vorwurf mangelnder demokratischer Legitimität ausgesetzt sehen. Die ausbleibende rechtliche Implementierung erlaubt es, flexibel auf die Anforderungen und Bedürfnisse in den jeweiligen Quartieren bzw. Städten eingehen zu können und diese in die politischen Aushandlungsprozesse hineinbringen zu können. Dadurch wird sowohl für die zivilgesellschaftlichen als auch staatlichen Initiativen ein größerer Spielraum für die Mobilisierungsstrategien marginalisierter Menschen eröffnet, der an die nachbarschaftlichen Kontexte anknüpfen kann. Innovative Mobilisierungsstrategien sind jedoch in der informellen Beteiligung auch stärker notwendig, da hier aufgrund der zunehmenden Komplexität der Partizipation die soziale Ungleichheit noch stärker ausgeprägt ist als in der formellen politischen Beteiligung.

2.5 Relevante Studien der aktuellen Marginalisierungs- und Engagementforschung

Das soziale und politische Engagement von Marginalisierten erlebt seit einigen Jahren eine Renaissance als Forschungsthema durch die attestierte Zunahme sozialer Ungleichheit, verstärkt seit 2010 (vgl. Spannagel et al. 2018: 2), bei gleichzeitig zunehmender Wertschätzung von Engagement seitens des Staates (vgl. Simonson et al. 2017: 39) und von den Bürgerinnen und Bürgern gewolltem partizipativen Ausbau (vgl. Bertelsmann Stiftung 2011: 3). In aktuellen Studien steht dabei insbesondere das bürgerschaftliche Engagement im Zentrum des Forschungsinteresses, von denen drei für dieses Projekt relevante Studien hier kurz skizziert werden sollen.

So befragten Klatt und Walter (2011) in ihrer qualitativen Studie *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement* 74 Vertreterinnen und Vertreter aus der „Unterschicht“ (S. 46) zu ihren Einstellungen gegenüber der Zivilge-

⁸ Bei anderen Engagementformen zeigt sich teilweise sogar ein Verhältnis zwischen gering und höher gebildeten Personen von bis zu 2:1 (vgl. Simonson/Vogel 2017a: 204 ff.).

sellschaft und unkonventionellem, temporärem Ehrenamt (40). Die sozial Benachteiligten wurden dabei anhand ihres niedrigen Einkommens- und Bildungsniveaus sowie ihres Wohnorts identifiziert. Klatt und Walter heben in ihren Ergebnissen insbesondere das geringe „Selbstvertrauen“ (193) der Befragten hervor, das durch Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden, begrenzten sozialen Beziehungen gefördert werde und Engagement hemme (194). Engagement existierte bei den Befragten nur im Bezug zum sozialen und geografischem Nahraum aufgrund seiner Bekanntheit, den geringen Anreisekosten und dem Zugehörigkeitsgefühl zum Viertel (195). Förderlich für das Engagement sind der Studie zufolge insbesondere die eigene Betroffenheit mit Blick auf die im Engagement behandelten Themen (197), beispielsweise über die Kinder (199) oder auch die religiöse Gemeinschaft und Arbeit (204). Gegenüber etablierten Vereinen und auch am Gemeinwohl orientiertem Engagement bestand bei den Befragten überwiegend Skepsis und Unkenntnis (195 ff.), wohingegen spontanes, flexibel handhabbares Engagement vorgezogen wurde (200). Die Bereitschaft zum Engagement beruhte dabei selten mangels Selbstvertrauen auf Eigeninitiative. Stattdessen förderte die externe Ansprache den Willen zum Engagement sowie zur politischen Beteiligung (198 ff.). Letztere ist bei den Befragten wesentlich schwächer ausgeprägt als soziales Engagement und mehrheitlich auf den Wahlakt beschränkt. Informelles politisches Engagement war bei den Interviewten nur für den Einsatz eigener Wohnbelange bekannt (200 f.).

In *Wer organisiert die „Entbehrlichen?“ Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren* untersuchen Hoeft et al. (2014) in Anlehnung an die Studie von Klatt und Walter (2011) Mehrfachengagierte bzw. wegbegleitende Personen zum zivilgesellschaftlichen Engagement als besonders voraussetzungsvolle Form des Engagements, wofür 21 Expertinnen und Experten und 9 Viertelgestaltende in drei niedersächsischen Großstädten interviewt wurden. Den Viertelgestaltenden war gemein, dass niemand von ihnen einer geregelten Erwerbstätigkeit aufgrund von Rente, Krankheit oder ausbleibender Anerkennung von Berufsabschlüssen nachging (252), wodurch Marginalisierungsrisiken vorlagen. Sie wiesen jedoch alle eine positive, bei Widrigkeiten teils trotzige Auffassung gegenüber der eigenen Biografie und dem benachteiligten Stadtteil auf (256) und versuchten, durch den Verlust des alten Status neue Formen der Anerkennung zu finden bzw. im Falle der sozial Benachteiligten im Stadtteil akzeptiert zu werden und einen besseren Status zu erwerben (228 f.). Das Engagement basierte daher auf einem wahrgenommenen inneren und äußeren Druck, sich zu engagieren (230), zeitgleich aber auch auf dem Glauben, im Engagement positive Erfahrungen sammeln zu können: Gerade für die Migranten bot das Engagement für den Stadtteil einen Familienersatz (230), teils wurde auch die Unzufriedenheit mit der anonymen Großstadt deutlich, der durch das Engagement begegnet wurde (233); bei Kranken wiederum konnte das Engagement eine Therapiefunktion übernehmen (231). Zudem wurde der Spaß am Engagement hervorgehoben, aber auch die eigene Verantwortung für seine Mitmenschen betont (231). Auffällig ist, dass unter den erwerbslosen Viertelgestaltenden keine Arbeitssuchenden identifiziert werden konnten, die laut Klatt und Walter unter dem ständigen Druck der Jobsuche nur schwer einem langfristigen Engagement nachkommen können (254). Auch lag bei den Befragten der Glaube an die eigene Wirksamkeit bereits vor ihrer Rolle als Viertelgestaltende vor (237). Der Glaube an die interne

Efficacy basierte nicht in allen Fällen auf Bildungsressourcen, sondern wurde bei Ressourcenarmut im Falle der marginalisierten Viertelgestaltenden durch einen niedrigschwelligen Einstieg in das Engagement und eine kontinuierliche Ausdehnung des Engagements aufgebaut (vgl. Hoeft et al. 2013: 93). Auch war die externe Impulssetzung, beispielsweise durch Sozialarbeitende, meist Grundlage des Engagements (ebd.).

Eine weitere in diesem Kontext relevante Studie liefert Voigtländer (2015), der in *Armut und Engagement: Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen* 16 Interviews mit von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung betroffenen Personen mit Blick auf ihr soziales und sozialpolitisches Engagement führt. Generelle Motivationen für das zivilgesellschaftliche Engagement der Erwerbslosen bilden demnach der soziale Austausch, Spaß, die Möglichkeit die eigene Betroffenheit zu bewältigen, sich für Hilfe zu revanchieren (141 ff.), sich unter Gleichen zu begreifen (220 ff.), die Einstellungen von bisher passiven Erwerbslosen ändern zu wollen (226 ff.), politisch wirken zu können und entsprechende Resonanz zu erzielen (241) und sich dabei nicht durch andere vertreten zu lassen (232 ff.). Wenig Relevanz besaß das Motiv, sich durch das Engagement besser für den Arbeitsmarkt zu wappnen, da das Engagement für sozialpolitische Belange seitens der Engagierten sowohl positiv als auch negativ mit Blick auf Erwerbstätigkeit gedeutet wurde (140). Bedingung zum Engagement war bei allen Befragten der Rückhalt im sozialen Nahraum, also Familien und Freunden (202). Zudem begünstigte das Engagement, dass die Aktivitäten der Interviewten nicht spontan einsetzten, sondern an vorhandenen Interessen, Praxen und Kenntnissen anknüpfen konnten (139). Die Befragten waren zudem in sozialen und politischen Kontexten engagiert, von denen sie selbst betroffen waren. Folglich bestand das politische Engagement insbesondere aus der Teilnahme an den seit den Hartz IV-Reformen stattfindenden Montagsdemonstrationen, aus zivilem Ungehorsam bei den Jobcentern sowie aus Gruppentreffen von (teils gewerkschaftlich organisierten) Erwerbsloseninitiativen (190 f.), für die Flugblätter und Leserbriefe verfasst sowie Treffen mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern geplant wurden (135). Digitale Partizipationsformen wurden eher vernachlässigt (190 f.). Ziel des politischen Engagements war sowohl die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Politikerinnen und Politiker für die eigenen Belange (177) als auch die Mobilisierung anderer Betroffener (233). Der Politik gegenüber wurde mit Skepsis begegnet, da diese die Problemlagen der Erwerbslosen nicht ausreichend berücksichtigte (197). Im Vergleich zum sozialen Engagement wurden beim politischen Engagement noch stärker persönliche Ressourcen benötigt, die dabei halfen, die regelmäßigen Nicht-Erfolge kompensieren zu können und kleine Erfolge als Bestätigung für das Engagement umzudeuten (189 ff.). Auch waren externe logistische und beratende Unterstützungen, beispielsweise durch Gewerkschaften und linke Parteien, förderlich (236). Beschränkend auf das politische Engagement wirkten mangelndes Selbstvertrauen, sich aufgrund der Lebenslage nicht als vollwertige Mitglieder der Bürgerschaft zu begreifen (233), die fehlende Akzeptanz der eigenen Belange in der Öffentlichkeit und bei den politischen Entscheidungstragenden (234 f.), geringe ressourcenbasierte und institutionalisierte Gestaltungsspielräume sowie die Konkurrenzlogik zwischen hauptamtlich in den Organisationen Beschäftigten und den Ehrenamtlichen wie auch der institutionelle Druck auf die Erwerbslosen (239).

Dieses Projekt ergänzt den aktuellen Forschungsstand durch einen anderen Fokus: Gefragt wird vor allem nach der politischen Partizipation, wobei verschiedene organisationale Kontexte berücksichtigt werden, von denen ausgegangen wird, dass sich deren Gestaltung von Partizipationsmöglichkeiten auf die Beteiligung der Betroffenen auswirkt. Zudem sollen neben den in den obigen Studien skizzierten Faktoren für soziale Benachteiligung – konkret Erwerbstätigkeit, Einkommenssituation und Bildungsstand sowie Wohnort – weitere Faktoren berücksichtigt werden, die Marginalisierungsprozesse als sozioökonomisches Phänomen erfassen können, u. a. Gesundheit und Familienstand (s. Kapitel 2.1). Die vorgestellten Studien sowie der theoretische Hintergrund bilden jedoch für dieses Forschungsprojekt einen geeigneten Rahmen, um einige exemplarische Forschungshypothesen zu formulieren.

So kann generell entsprechend der empirischen Partizipationsforschung davon ausgegangen werden, dass Menschen, die sozioökonomisch marginalisiert werden, meist auch politisch marginalisiert werden (s. auch Kapitel 2.3). Dieses Projekt erhofft sich jedoch Aufschluss darüber, ob sich diese Diskrepanz auch innerhalb der Beteiligung offenbart: Engagieren sich marginalisierte Menschen in den jeweiligen Beteiligungsformaten in einem geringeren bzw. anderen Ausmaß als nicht-marginalisierte Menschen? Erste Studien verweisen hier bereits darauf, dass Erwerbslose, die sich zwar generell seltener engagieren (vgl. Simonson/Hameister 2017: 451), aber in Einzelfällen dennoch engagiert sind, mehr Stunden in ihr Ehrenamt investieren als Erwerbstätige (vgl. Gensicke/Geiss 2010: 32). In diesem Kontext soll im Forschungsprojekt die Perspektive auf andere Formen der Marginalisierung abseits der Erwerbslosigkeit erweitert werden. Mit Blick auf die vorgestellten Studien rückt zudem die Frage nach der individuellen Lebensauffassung in den Mittelpunkt: Angesichts der empirischen Ergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass Menschen, die eine positive Auffassung gegenüber ihrer von Marginalisierung geprägten Biografie und Lebenslage aufweisen, eher zur Beteiligung neigen.⁹ Dafür sollen im Projekt die Ursachen für diese positive Lebensauffassung trotz schwieriger Lebenslage ermittelt werden. Im Rahmen des Forschungsprojekts wird auch die Frage eine Rolle spielen, ob die Menschen, die die Kriterien der Marginalisierung objektiv erfüllen, sich durch ihre Partizipation und die dadurch gegebene gesellschaftliche Teilhabe subjektiv überhaupt noch als marginalisiert wahrnehmen. Denn es ist davon auszugehen, dass sich die Beteiligung langfristig positiv auf die Lebensumstände durch neue soziale Kontakte, die Stabilisierung der sozialen Identität und den Erwerb neuer Kompetenzen auswirkt. Eine weitere Hypothese betrifft die Differenzen zwischen den Beteiligungsformen: Aufgrund des in der Tendenz komplexen, themenübergreifenden und rhetorisch anspruchsvollen Engagements in Organisationen des Invited Space wird erwartet, dass sich Marginalisierte eher durch die Impulssetzung von außen zur Beteiligung motivieren können. Wohingegen sich die Marginalisierten bei Organisationen des Invented Space durch eine stärkere direkte Betroffenheit in der Thematik und einfachen Formen der Beteiligung sowie einer homogeneren Gruppe eher aus Eigeninitiative engagieren. Außerdem scheint mit Blick auf die existenten Studien eine grundsätzlich eher skeptische Haltung gegenüber formeller Beteiligung die Partizipation in informellen Gremien hypothetisch zu begünstigen. Inwiefern diese generalisierten Hypothesen auf die individuellen Einzelfälle zutreffen, wird in Kapitel 4 genauer erörtert werden.

⁹ Dem schließen sich auch die Ergebnisse des Freiwilligen Surveys 2014 an: Lebenszufriedenheit und Gesundheit fördern Engagement. Umgekehrt haben Unzufriedenheit und angeschlagene Gesundheit einen besonders starken negativen Effekt auf ältere Menschen sowie Menschen mit niedrigem Bildungsniveau (vgl. Müller/Tesch-Römer 2017: 465 ff.).

3 Mixed Methods als Forschungsdesign

Welche Städte und Gremien kommen für die empirische Phase in Frage? Ziel der zunächst theoretischen Fallauswahl war es, in zwei Städtereionen informelle Beteiligungsgremien und Organisationen zu identifizieren, die den obigen Definitionen politischer Partizipation entsprechen. In die engere Fallauswahl kamen insbesondere größere Städte, bei denen nach einer Überblicks-sichtung die Anzahl der Beteiligungsorganisationen wesentlich höher ausfiel als in kleineren Städten und Gemeinden. Auch wurde versucht, verschiedene Bundesländer abzudecken und Metropolregionen mit je unterschiedlicher Sozialstruktur und unterschiedlichem Wohlstandsgefälle zu integrieren, um die Ergebnisse zu variieren.

Die Beteiligungsformate sollten wiederum in Übereinstimmung mit der obigen Definition von politischer Partizipation als Artikulationsorgan der Bürgerschaft zumindest anteilig politisch Einfluss ausüben (wollen), lokal verwurzelt und dort aktiv sein, langfristig agieren und anteilig die Interessen der Marginalisierten, also Wohnsituation, soziale Benachteiligungen etc., aufgreifen.

Diese wurden dann mithilfe einer Internetrecherche, u. a. auf den offiziellen Seiten der Städte, identifiziert, sodass für die engere Fallauswahl sieben deutsche Städte mit mehr als 90 möglichen Beteiligungsformaten herausgefiltert wurden. In Absprache mit dem vhw wurde der Fokus auf die Städte Gelsenkirchen und Dortmund als urbane Zentren der Metropolregion Ruhrgebiet sowie auf den Stadtstaat Hamburg gelegt.

Hamburg: Polarisierung als struktureller Bestandteil der Partizipation?

Hamburg ist mit seiner Bevölkerungszahl von 1,8 Millionen und seiner Rolle als Stadtstaat eine bedeutende deutsche Metropol-



Abbildung 4: Auswahl Suchbegriffe, eigene Darstellung

region. Dennoch existieren auch hier abgehängte Stadtteile, wodurch Spannungen im generell reichen Stadtstaat (BIP/Kopf: ca. 67.000 € gegenüber deutschlandweiten 40.000 €) zu erwarten sind (vgl. Statistik-Nord 2019). Hamburg ist zudem insofern als Fall interessant, als die Armutsquote als wichtiger Marginalisierungsfaktor in Hamburg (15,3 %) zwar unter dem Bundesdurchschnitt (15,5 %) liegt. Betrachtet man hingegen nicht den Bundes-Median, sondern das Hamburger Medianeinkommen, liegt die regionale Armutsquote bei 18,4 %. Hamburg weist damit die höchste regionale Armutsquote der Länder auf, was gleichzeitig auf der anderen Seite durch die bundesweit höchste Reichtumsquote (9,6 %) dazu führt, dass Hamburg das „am stärksten von Ungleichheit geprägte Bundesland Deutschlands“ (Pieper et al. 2019: 6 f.) ist. Dies begründet auch die recht hohe Anzahl an Quartiersräten, die im Zuge von Soziale-Stadt-Programmen implementiert wurden. Die in der Fallauswahl identifizierten Beteiligungsformate liegen alle in Quartieren, die Marginalisierungs-

risiken durch eine im Durchschnitt höhere Erwerbslosenquote¹⁰, einen höheren Anteil an Personen aus dem Ausland sowie ein niedrigeres Durchschnittseinkommen aufweisen. In Hamburg wird somit insgesamt von besonderem Forschungsinteresse sein, inwiefern sich die räumlich unterschiedliche Ausprägung sozialer Ungleichheit in den Beteiligungsformaten abbildet.

Das Ruhrgebiet: Hemmen strukturelle Armutsprozesse die Möglichkeiten der Partizipation?

Der Strukturwandel des ehemaligen Industriestandorts Ruhrgebiet ist keinesfalls abgeschlossen. Daher problematisiert der Paritätische Gesamtverband in seinem aktuellsten Armutsbericht auch die marginalisierungsfördernde Situation. „Wenn es um die Armut geht, ist das Ruhrgebiet [...] die Problemregion Nummer Eins in Deutschland“ (Pieper et al. 2019: 22). Mit einer Armutsquote von 21,1 % liegt das Ruhrgebiet im Vergleich der Regionen vor Bremen auf dem vorletzten Platz; aufgrund seiner Bevölkerungszahl von 5,8 Millionen fällt die Armutsquote deutschlandweit jedoch stärker ins Gewicht, zumal diese im Ruhrgebiet in den letzten zehn Jahren konträr zu den anderen Bundesländern um 28 % angestiegen ist. Dies gilt im Besonderen für die Stadt Gelsenkirchen, in der 20 % der Bevölkerung auf Hartz IV angewiesen sind; die SGB-II-Quote in Höhe von 24,9 % liegt weit über der des Bundes (8,9 %) (vgl. ebd.: 24). Mit seinen 264.000 Menschen ist Gelsenkirchen eine eher kleinere deutsche Großstadt, die mit einem BIP/Kopf von ca. 29.000 € den wirtschaftlich schwächeren deutschen Städten zuzuordnen ist (vgl. Stadt Gelsenkirchen 2019). Dortmund wiederum ist mit ca. 590.000 gemeldeten Personen inoffizielles Zentrum des Ruhrgebiets, weist aber wie Gelsenkirchen mit einer SGB-II-Quote in Höhe von 18,2 % und einer Armutsquote von 21,1 % marginalisierungsfördernde Werte auf (vgl. Pieper et al. 2019: 24). Auch hier liegen die für das Projekt relevanten Beteiligungsformate tendenziell eher in wirtschaftlich schwächeren Stadtteilen, die die Durchschnittswerte der Städte verstärken. Für das Ruhrgebiet erhofft sich das Forschungsprojekt daher im Besonderen, Erkenntnisse über die generelle Beteiligungsstruktur in einer stark von Armut betroffenen Region zu gewinnen: Existieren überhaupt verfestigte Strukturen? Und wie werden diese genutzt?

Welche konkreten Herausforderungen bestanden in der empirischen Fallauswahl? Zunächst war das Forschungsteam damit konfrontiert, dass sich Marginalisierte grundsätzlich selten engagieren und so nur wenige relevante Interviewpartnerinnen und -partner identifiziert werden konnten. So hat sich bei vielen, durch Wahlakt zusammengesetzten Quartiersgremien gezeigt, dass dort aktuell keine Marginalisierten engagiert sind. Möglicherweise hält das Wählen selbst oder sich gar zur Wahl zu stellen viele Marginalisierte davon ab, sich an den Quartiersgremien zu beteiligen. Dem gegenüber stehen jedoch Quartiersgremien, die sich durch eine allgemeine Offenheit auszeichnen oder via Zufallsauswahl zusammengesetzt sind, die allerdings häufig ausgelastet waren und keinen Spielraum für ein Forschungsprojekt sahen. Die Problematik, dass sich nur wenige marginalisierte Aktive für ein Interview bereit erklärten, bestand seltener bei den betrachteten sozialen Bewegungsgruppen, da hier vorab insbesondere solche Organisationen ausgewählt wurden, die konkrete Themen der Marginalisierung aufgreifen. Dort war es aufgrund

knapper zeitlicher Ressourcen schwer, unter den Aktiven Gesprächspersonen zu finden.

In den Quartiersgremien hingegen betreuen meist hauptberufliche Quartiersmanagerinnen und Quartiersmanager sowie sozialpädagogisch geschultes Personal die angeschlossenen Partizipationsinstrumente. Diese Personen waren zumeist gerne bereit, sich die Zeit für ein Forschungsinterview zu nehmen und vermittelten, dort wo sich Menschen mit sozialen Benachteiligungshintergründen einbrachten, an die entsprechenden Personen. Auch schienen sich die ausgewählten Erwerbslosen in Auflösungs- oder Umstrukturierungsprozessen zu befinden, weshalb einer Teilnahme am Forschungsprojekt eher mit Skepsis begegnet wurde. Erfolgreicher verlief die Kontaktaufnahme jedoch bei den Mieterinitiativen.

Insgesamt wurden so sieben Organisationen identifiziert, die das Interesse aufwiesen, sich an diesem Forschungsprojekt zu beteiligen und bei denen Menschen mit Marginalisierungsrisiken engagiert sind, die sich zu einem Interview bereit erklärten. Unter den Organisationen befinden sich zwei Mieterinitiativen, ein staatlich finanzierter Stadtteilbeirat, zwei bürgerschaftliche Stadtteilvereine, ein zivilgesellschaftlich organisiertes Stadtteilforum sowie eine durch zivilgesellschaftliche Trägerschaft finanzierte Initiative gegen häusliche Gewalt im Stadtteil. Diese wurden hier zum Schutz der Engagierten anonymisiert. Diese sind in den Stadtteilen Hamburg-Osdorf, Hamburg-Steilshoop, Gelsenkirchen-Rotthausen, Gelsenkirchen-Hassel und Gelsenkirchen-Scholven sowie Dortmund-Marten aktiv und können wie in Abbildung 5 dargelegt dem *Invented and Invited Space* heuristisch zugeordnet werden.

Hinsichtlich des konkreten Forschungsdesigns wurde ein Mixed-Methods-Vorgehen angewandt: In der Feldphase wurden in einem ersten Schritt Experteninterviews mit den Projektverantwortlichen umgesetzt, die für die Ermittlung der gruppenspezifischen Forschungsinteressen sowie der politischen Resonanz herangezogen wurden. Der Schwerpunkt lag hierbei auch auf grundsätzlichen Fragen zur jeweiligen Organisationsstruktur und auf ihrem Netzwerkpotential. Dadurch wurde sichergestellt, dass die individuellen Kontextbedingungen der jeweiligen Organisation in die Analyse mit einbezogen werden konnten. Es wurden Projektverantwortliche, beziehungsweise nicht-marginalisierte Aktive befragt, da diese in ihrer Funktion einen Gesamtüberblick über die Beteiligten und die soziale Zusammensetzung des Beteiligungsinstrumentes besitzen (vgl. Helfferich 2011: 163). Pro Projekt wurde hier je ein Interview geführt, also insgesamt sieben Experteninterviews, die auditiv aufgezeichnet und anschließend transkribiert wurden. Die qualitativen Experteninterviews wurden mithilfe eines problemzentrierten Leitfadens (s. Anhang) durchgeführt, wodurch die Tiefenperspektive auf die Zusammensetzung und Organisation der Beteiligungsvarianten erarbeitet werden konnte (vgl. Scholl 2015: 74; Meuser/Nagel 2009: 52 f.). Dafür sollte zudem ein Kurzfragebogen zu Daten und Fakten

¹⁰ Städte mit höherer Erwerbslosenquote weisen im Durchschnitt geringere Engagementraten auf (vgl. Hameister/Tesch-Römer 2017: 565), was sich auch auf die Stadtteile übertragen lässt. Daher ist hier das trotzdem existente Engagement noch stärker in der Analyse zu gewichten.



Abbildung 5: Untersuchte Organisationen, eigene Darstellung

zur Organisation ausgefüllt werden (vgl. Witzel 2000: 4). Zuvor waren die Verantwortlichen nach der Kontaktaufnahme in einem telefonischen Auftaktgespräch über die Zielsetzungen des Projekts informiert worden. Dabei wurde mit ihnen auch die Beteiligung von Marginalisierten in ihrer Organisation diskutiert, wodurch die Relevanz des Falls für das Forschungsprojekt ermittelt werden konnte. Im Rahmen des Gesprächs wurden zudem über die Projektverantwortlichen Aktive in marginalisierten Lebenslagen identifiziert, die zu individuellen Motivationen ihrer Beteiligung interviewt wurden. Auch sollte innerhalb dieser Befragung die persönliche, wahrgenommene politische Resonanz erörtert werden. Insgesamt konnten so in den sieben Organisationen 13 Engagierteninterviews geführt werden. Diese leitfadengestützten narrativen Interviews (s. Anhang) wurden ebenfalls auditiv aufgezeichnet und transkribiert. Die narrativen Leitfadeninterviews erlauben im Gegensatz zu standardisierten Fragebögen gerade bzgl. der Erfassung motivationaler Aspekte eine vertiefende, sinnrekonstruierende Perspektive (vgl. Misoch 2015: 38), die angesichts des Forschungsvorhabens einen adäquaten explorativen Zugang zum Forschungsfeld ermöglicht. Ergänzt wurden die Interviews durch einen kurzen Fragebogen für sozioökonomische Angaben, der sich an dem Lebenslagen-Ansatz nach Glatzer und Hübinger (1990) orientiert. Die Interviews wurden anschließend

in der Auswertung an den Leitfragen ausgerichtet geordnet, zusammengefasst und thematisch verglichen (vgl. u. a. Scholl 2015: 72; Meuser/Nagel 2009: 56 f.).

Zudem wurden als ergänzende Erhebungsmethode zu den Befragungen Beobachtungen zur Ermittlung der Sozialstruktur sowie des Kommunikationsverhaltens in den Organisationen durchgeführt (vgl. Scholl 2015: 108). Darüber hinaus wurden anhand eines standardisierten Beobachtungsschemas (s. Anhang), das in Anlehnung an den Deliberative Quality Index (vgl. Kersting 2005, 2008, 2017b) und vhw-Praxismaterialien (Ritzi/Kaßner 2019) entwickelt wurde, verschiedene besuchte Arbeitssitzungen miteinander verglichen, woraus generalisierende Aussagen (mit begrenzter Reichweite) getroffen werden konnten. Aus den Beobachtungen ließ sich außerdem die politische Artikulation der Marginalisierten innerhalb der Organisation und ihr Stellenwert in der internen Meinungs- und Willensbildung ablesen. Die Beobachtungen sollten im Idealfall nach der Identifizierung der Marginalisierten erfolgen, um Kommunikationsdifferenzen zwischen Marginalisierten und anderen Teilnehmenden ermitteln zu können. Insgesamt wurden zehn Sitzungen der Organisationen beobachtend begleitet.

4 Ergebnisse

Bevor auf die Ergebnisse des Projektes detailliert eingegangen wird, indem das Verständnis der Interviewten von Marginalisierung (Kapitel 4.1), deren individuellen Beteiligungsmotivationen und -ressourcen (Kapitel 4.2), die Besonderheiten der politischen Partizipation (Kapitel 4.3), die Auswirkungen der Organisationsstruktur für die Beteiligung (Kapitel 4.4) und die Relevanz des Stadtteils für die Partizipation (Kapitel 4.5) analysiert werden, sollen zunächst die Marginalisierungsrisiken, von denen die interviewten Engagierten¹¹ betroffen sind, näher beleuchtet werden. Dabei zeigt sich bei vielen Engagierten eine multiple Marginalisierung: Sie sind von verschiedenen sozioökonomischen Marginalisierungsrisiken betroffen, die sich teilweise gegenseitig verstärken.¹²

Behinderungen und Erkrankungen

Zwei Engagierte sind von psychischen Problemen betroffen, die zudem zu ihrer Erwerbslosigkeit beigetragen haben. Die Legasthenie hat es wiederum einer anderen Interviewten erschwert, in der Vergangenheit einen Arbeitsplatz zu finden. Vier ältere Engagierte sind durch körperliche Erkrankungen schwerbehindert, was bei zweien dazu geführt hat, in Frührente zu gehen, während eine weitere sich in der Freizeitgestaltung eingeschränkt fühlt. Bei diesen Engagierten sind Behinderungen und körperliche ausschlaggebend für sozioökonomische Marginalisierung.

Migrationserfahrung

Die Mehrheit der interviewten Engagierten ist zudem selbst aus einem anderen Land nach Deutschland migriert. Die in Kapitel 2.1 aufgeführten Herausforderungen der Migration offenbarten sich teilweise auch in den Interviews: Sprachbarrieren waren ge-

rade zu Beginn für die nicht in Deutschland aufgewachsenen Migranten eine Hürde, um eigene Ideen auszudrücken und auf dem Arbeitsmarkt mit deutschsprachigen Bewerbenden konkurrieren zu können. Zudem wurde von einigen migrantischen Interviewten ein Kulturschock als Herausforderung benannt, der sowohl aus sozialen Erwartungen als auch aus nicht in Deutschland vermuteten gesellschaftlichen Problemlagen resultierte. Zwei bereits seit ihrer Kindheit in Deutschland lebende Migranten nannten zudem eigene Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen als Faktoren, die gesellschaftliche Teilhabe erschwerten. Die Diskriminierung äußerte sich bei ihnen nicht nur persönlich, sondern auch institutionell, wodurch neben sozioökonomischen Risiken die Gefahr politischer Marginalisierung droht.

Erwerbslosigkeit

Während der Feldphase des Forschungsprojektes waren zwei Interviewte langjährig und zwei weitere Engagierte seit ihrer Ankunft in Deutschland in den letzten zehn Jahren von Erwerbslosigkeit betroffen.¹³ Während bei zwei Befragten die Erwerbslosigkeit durch die Familienarbeit und die Berufstätigkeit der Ehemänner sozial und finanziell teilweise kompensiert werden kann, hat eine andere Befragte als alleinerziehende Mutter mit finanziellen Hürden zu kämpfen und ein weiterer alleinstehender Interviewter ist zusätzlich von sozialer Isolation bedroht.

¹¹ Eine Übersicht findet sich in Abbildung 6.

¹² Personenbezogene Angaben sowie Altersangaben wurden ebenfalls anonymisiert.

¹³ Zwei andere Engagierte berichteten zudem von vergangenen Phasen der Erwerbslosigkeit.

Alleinstehende und Alleinerziehende

Die potentielle Gefahr, Probleme mangels stabiler partnerschaftlicher Beziehungen nicht mehr bewältigen zu können, ist bei der Mehrheit der interviewten Engagierten gegeben. Dabei sind eine Befragte als alleinerziehende Mutter von drei Kindern sowie eine weitere Interviewte als alleinerziehende Mutter von zwei Kindern gerade im familiären Kontext von Marginalisierungsrisiken durch beendete Partnerschaften betroffen, wobei beide zusätzlich durch finanzielle Risiken als prekär Beschäftigte bzw. Erwerbslose ein hohes Risiko zur sozioökonomischen Marginalisierung aufweisen. Für zwei andere Engagierte könnte durch die Scheidung eine Orientierungslosigkeit nach langjähriger Partnerschaft zur sozialen Isolation führen, wohingegen bei einem Interviewten der Tod der Ehefrau im vergangenen Jahr einen sozialen Rückzug forcieren kann.

(Vor-)Ruhestand

Unter den interviewten Personen sind vier Personen im Vorruhestand, wovon zwei Engagierte als ehemalige Industriearbeiter aufgrund der Schließung ihrer Betriebe frühzeitig in Rente gegangen sind und als Alleinstehende im Besonderen von Isolation bedroht sein können, während zwei andere Befragte aufgrund ihrer Schwerbehinderungen ihre Arbeit frühzeitig aufgeben mussten, woraus sich für eine der beiden als Alleinstehende und von Altersarmut betroffene Person die Frage nach den Möglichkeiten sozialer Teilhabe stellen kann.

Betroffene häuslicher Gewalt

Im Forschungsprojekt waren zudem zwei interviewte Frauen von langjähriger Partnergewalt betroffen. So berichtete eine Engagierte von ihrem früheren Ehemann, der ihr ihre persönliche Freiheit in der Öffentlichkeit präsent zu sein, aufgrund seiner

Eifersucht stark eingeschränkt habe, wodurch die Marginalisierungsgefahr neben psychischer und körperlicher direkter Betroffenheit durch die partnerschaftlichen Machtverhältnisse forciert wurde.

4.1 Dementieren, Realisieren – Verhältnisse zur Marginalisierung

Die im vorherigen Abschnitt vorgestellten Marginalisierungsfaktoren sind vielfältig, einige sind eng mit sozioökonomischer Benachteiligung verknüpft. Allen Interviewten ist gemein, dass mindestens einer dieser Faktoren auf sie zutrifft, sie aber dennoch an informellen politischen Formaten partizipieren. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die subjektive Wahrnehmung der eigenen Marginalisierung. Während in der Projektvorbereitung die Organisationsverantwortlichen auf marginalisierte Engagierte aufmerksam gemacht haben und teilweise sogar attestiert wurde, die Engagierten in ihrer Organisation seien alle marginalisiert, empfinden die Engagierten dies trotz der verschiedenen, objektiv feststellbaren Marginalisierungsfaktoren häufig nicht so. Dabei besitzen die nachbarschaftliche Situation und Homogenität der Problemlagen im Stadtteil eine besondere Relevanz (s. Kapitel 4.5), sodass eine Befragte die Fremdwahrnehmung ihrer Marginalisierung gegenüber ihrer eigenen Wahrnehmung wie folgt treffend zusammenfasst: „Andere sehen bei mir Nachteile, die ich habe. Finanziell ist es schwierig, aber das geht uns ja allen so“ (Fr. Vogt).

Gesundheitliche Benachteiligungen

Seitens der Engagierten lassen sich dennoch Differenzen in der Wahrnehmung der Marginalisierung festhalten. Im Interview wurden die Engagierten zunächst offen befragt, ob sie sich selbst in irgendeiner Weise benachteiligt oder marginalisiert fühlten.

	Psy. Erkrankungen	Phy. Behinderungen	Migration	Erwerbslosigkeit	Alleinlebend	Alleinerziehend	Vorruhestand	Armut	Gewalterfahrung
Hr. Mazur	X			X	X			X	
Fr. Herzog		X	X		X		X	X	
Hr. Demirci			X						
Fr. Kühnert	X		X	X		X		X	X
Fr. Schmitz		X			X	(X)			
Hr. Nowak		X					X		
Hr. Habib			X						
Fr. El Sebaï			X	X					
Fr. Vogt						X		X	X
Hr. Garcia			X						
Hr. Janczak					X		X		
Hr. Romanski					X		X		
Fr. Anjuman			X	X					

Abbildung 6: Interviewte und Risiken, eigene Darstellung

Auffällig ist dabei, dass die vier interviewten Menschen mit Behinderung ihre gesundheitlichen Einschränkungen alle als Benachteiligung in Bezug auf die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wahrnehmen. Behinderungen werden als körperliche bzw. psychische Tatsachen aufgefasst, für die die Individuen keine eigene Verantwortung tragen, sie also selbst an dem Zustand nichts ändern können. Dadurch kann es den Interviewten leichter fallen, diese Einschränkungen zu akzeptieren und in der Beteiligung damit umzugehen.

Ökonomische Benachteiligungen

Ein weiterer Faktor, den drei der vier¹⁴ besonders betroffenen Engagierten als Benachteiligung erfassen, sind finanzielle Einschränkungen, mit denen zwei Befragte wegen des Erhalts von Transferleistungen und eine weitere Befragte aufgrund prekärer Beschäftigung umgehen müssen. Während zwei Befragte hier eher ausweichend auf die Problematik zu sprechen kommen, scheint Fr. Kühnert in ihrer Bewältigungsstrategie unschlüssig zu sein, ob individuelle Faktoren zu ihrer Erwerbslosigkeit geführt haben, was sich im Abdriften ihrer Erzählung offenbart:

„Also ich bin ja selber auch vom Amt abhängig. Also erwerbsmindernd ein bisschen, wegen [meiner psychischen Erkrankung, anonym.] vielleicht und weil ich selber weiß, dass ich eine Zuspätkommerin bin – hat man ja leider heute auch gemerkt – aber ich habe ehrlich gesagt bei [einem Geschäft, anonym.] schnell Kopfhörer geholt und dachte: „Juhu, mit Musik läuft alles besser, dann bin ich schonmal gut eingestimmt“, obwohl ich es zuhause natürlich auch schon gehört habe. Aber ich mag das gerne. Und das beschwingt so schön, ja. Auf jeden Fall kriege ich also Grundsicherung heißt das. Früher hieß es vom Sozialamt Sozi, ne? Und ich kriege das auch. Und ja, da ich sozusagen... das ist nicht viel [...]. Also ich merke das schon.“

Es zeigt sich somit, dass bei den betroffenen Engagierten die finanzielle Situation ein sensibles Thema darstellt, das als Benachteiligung und als Marginalisierungsrisiko wahrgenommen wird. Die Engagierten scheinen jedoch unsicher zu sein, inwieweit sie diese Benachteiligung als gesellschaftliches Ungleichheitsphänomen benennen können und offenbaren teilweise durch ihr Antwortverhalten die Befürchtung, eine stigmatisierte Mitschuld an dem Erhalt der Transferleistungen zu verantworten.

Benachteiligungen durch Migration¹⁵

Die eigene Migrationserfahrung wird von den sieben immigrierten Interviewten nur von Hr. Demirci in seiner Anfangszeit in Deutschland als Gefahr zur sozioökonomischen Marginalisierung wahrgenommen: „Als ich erstmalig nach Deutschland gekommen bin, kann ich sagen, hatte ich einen Kulturschock.“ Hr. Demirci hatte anfangs Probleme, in der wahrgenommenen deutschen „Kälte“ sozial Fuß zu fassen und Kontakte aufzubauen, was sich jedoch mit der Zeit relativiert habe. Dem gegenüber stehen die Engagierten, die zunächst die Frage der Marginalisierung verneinen, jedoch im späteren Interviewverlauf Marginalisierungsprozesse aufführen, die sie allerdings nicht explizit als Marginalisierung erfahren haben. Dazu zählen insbesondere bei

den Migrierten, die als Erwachsene in den letzten 20 Jahren nach Deutschland gekommen sind, sprachliche Barrieren. Dass diese nicht als Marginalisierung wahrgenommen werden, hängt womöglich damit zusammen, dass die betroffenen Migrierten aus freier Entscheidung nach Deutschland gekommen sind. Damit überwiegt bei ihnen die Ansicht, dass sie auch für die eigene Lage verantwortlich sind. Die fehlende Teilhabe wird somit nicht als Marginalisierung oder strukturelle Benachteiligung gefasst, sofern sie als selbstverantwortet gedeutet wird, wie Fr. Anjuman pointiert zusammenfasst: „Bei der Arbeitssuche rede ich mit kaputtem Deutsch. Die anderen reden flüssig. Warum sollen die mich nehmen? [...] Man muss erstmal selber sich Mühe geben. ICH bin in diesem Land. ICH muss mich integrieren. Mein Leben ist hier, ICH habe mich dazu entschieden.“ Neben der ausbleibenden Wahrnehmung von Marginalisierungsprozessen gibt es jedoch auch Engagierte, die Marginalisierung und Benachteiligung als Stigma auffassen und diese explizit dementieren. Insbesondere Hr. Habib sieht seinen gesamten Stadtteil als multikulturellen Brennpunkt solchen Stigmata ausgesetzt: „Wie gesagt: Wird mal Zeit, dass man [mit diesem Vorurteil] aufräumt.“ Während des Interviews führt der Befragte jedoch einige Faktoren auf, die Marginalisierungsprozesse offenbaren und auf eine nicht als solche realisierte Marginalisierung hindeuten (s. Kapitel 4.2).

Umgang mit Diskriminierungserfahrungen durch sozioökonomischen Status und Migration

Mehrheitlich scheinen die Engagierten die Verantwortung für ihre Lebenssituation bei sich selbst zu suchen. Nur wenige Engagierte sehen politische Akteure und Strukturen als mitverantwortlich, was sich bei diesen in institutioneller Diskriminierung äußert:

„Sobald man ein bisschen was gegen das System sagt, muss ich auch ganz ehrlich sagen, wird man manchmal ein bisschen abgegrenzt, ohne dass es vielleicht die Parteien selber wissen.“ „[Richter, Anwälte und Jugendämter] können in 5 Minuten, finde ich, nicht urteilen, was für ein Wesen du bist.“ „Ich möchte gehört werden“ (Fr. Kühnert).

„Die schließen dich aus. Die grenzen dich einfach aus. Weil sie die Einrichtungen besetzen. [...] Das sind Benachteiligungen“ (Hr. Habib).

Hr. Habib empfindet sich explizit aufgrund seiner Herkunft auch in der politischen Beteiligung diskriminiert:

„Als ich gewählt wurde und andere Migranten, haben die Karikaturen gemacht, dass [das Gremium] jetzt von der Islamisierung und der grünen Flagge und so weiter...“ (Hr. Habib).

¹⁴ Eine Ausnahme stellt Fr. Herzog dar, deren Altersarmut sie erst im sozioökonomischen Fragebogen darlegte, die jedoch in der Konstruktion ihrer Marginalisierungsbiografie im Interview die gesundheitlichen Einschränkungen fokussierte.

¹⁵ Die Gewaltbetroffenheit (s. Kapitel 2.1, 4) wurde aufgrund der Sensibilität der Thematik in den Interviews nicht fokussiert.

Ebenso Hr. Garcia, aus dem Mittelmeerraum stammend:

„Wir [als Familienverband] sollen [für die Politik] auch über Flüchtlinge usw. Bescheid wissen. Oder ich soll über türkische Männer Bescheid wissen. Da sage ich: „Entschuldigen Sie mal. Wie sieht ein Schwabe aus?“ (Hr. Garcia)¹⁶

Einfluss des Bildungsniveaus

Auffällig ist, dass die Personen mit Studienabschluss eine individuelle Marginalisierung mehrheitlich dementieren. Die Bildung hat somit einen Einfluss auf die Wahrnehmung des „Könnens“, also die Bewältigung solcher Marginalisierungserfahrungen, wie bereits Marquardsen (2012: 282) in seiner Erwerbslosen-Studie festhält: Höher Gebildete deuten demnach Marginalisierungsprozesse häufiger um und können die Wahrnehmung solcher Problemlagen stärker kontrollieren, sie sind jedoch aufgrund eines prinzipiell höheren gesellschaftlichen Status qua Bildung dafür auch eher kontrollbedürftig, um den gesellschaftlichen Status nicht zu verlieren, neigen also schneller zur Dementierung (vgl. ebd.). Auf die Frage, ob sie selbst Benachteiligungssituationen erlebt habe, setzt Fr. Herzog die Dementierung und die Bildungskarriere in einen indirekten Zusammenhang: „Nein. Ich habe mich immer ausreichend informiert, was meine Rechte sind [...]. Also informiert zu sein, sehr gut informiert zu sein, gehört zu meinen Überzeugungen.“

Konkrete Diskriminierungserfahrungen erleichtern es zusammengefasst, einen Verantwortlichen für die Benachteiligungssituation zu benennen. Abstraktere Marginalisierungsphänomene wie eine finanziell prekäre Situation erschweren jedoch die Suche nach Verantwortlichen, zumal hier tieferliegende Strukturen der sozialen Ungleichheit, und seltener konkrete Personen als verursachend identifiziert werden können, sodass die Gefahr besteht, Verantwortlichkeiten bei sich selbst zu suchen oder Verdrängungsstrategien zu entwickeln, um die angenommene Eigenverantwortlichkeit zu kompensieren. Marginalisierung zu dementieren, an- und wahrzunehmen sowie die Verantwortung für Marginalisierung zu suchen, sind sogenannte Coping-Strategien, mit denen

„belastende Ereignisse und Erlebnisse individuell bearbeitet werden. [...] Der Coping-Begriff verweist also darauf, dass es sich bei der Bewältigung belastender Ereignisse und Erlebnisse um eine Leistung handelt, der unterschiedliche Bewältigungsstrategien zugrunde liegen, die wiederum von unterschiedlichen Ressourcen der Problembewältigung beeinflusst sind und zu unterschiedlichen ‚Ergebnissen‘ führen (Marquardsen 2012: 20).“¹⁷

Inwieweit die Beteiligung ein „Ergebnis“ dieser Problembewältigung sein kann, wird im nächsten Abschnitt genauer erörtert.

4.2 Marginalisierung als Kompetenz? Motive und Ressourcen für die Partizipation

Die interviewten Engagierten sind in verschiedenen Organisationen aktiv, in denen sie unterschiedliche Tätigkeiten übernehmen: Vier der interviewten Personen engagieren sich in der Initiative gegen häusliche Gewalt, zwei Personen im staatlichen Stadtteilbeirat, drei weitere in den beiden Stadtteilvereinen, drei Personen in den beiden Mieterinitiativen und eine Person in dem Stadtteilforum.

Dabei übernehmen die Befragten jeweils unterschiedliche Aufgaben. Dabei zeigen die Interviews, dass Personen unabhängig von ihren Bildungsabschlüssen Aufgaben mit unterschiedlichen Graden an Verantwortung übernehmen. Damit widersprechen die Ergebnisse der Ressourcentheorie politischer Partizipation, wonach Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen verantwortungsvollere Aufgaben übernehmen, während Aktive mit geringerer formaler Bildung einfachere Tätigkeiten übernehmen. Vielmehr deutet sich an, dass rhetorische Kompetenzen entscheidend für die Übernahme bestimmter Aufgaben sind. Diese werden zwar durch ein höheres formales Bildungsniveau begünstigt. In vielen Fällen entwickelten die Aktiven diese aber im Laufe ihrer Partizipationskarrieren weiter. Zum Beispiel wirkt ein Befragter in seinem Bürgerverein, der in den Sitzungen von extrovertierten Charakteren dominiert wird (s. Kapitel 4.4), rhetorisch eher eingeschüchtert und übernimmt nur kleinere konkrete Aufgaben (Tische umstellen etc.), wenn er von anderen darum gebeten wird. Als Grund hierfür nennt er sein mangelndes Selbstvertrauen sowie seine psychische Erkrankung: „Also aus meiner Sicht ist es schon manchmal ich sag mal erdrückend, wenn man sich die Frage stellt, kann ich das, schaff ich das? Das kann auch ein Hindernis sein“ (Hr. Mazur).

Auch die introvertierte Co-Sprecherin des untersuchten Stadtteilbeirats übernimmt im Gegensatz zum ersten Sprecher kaum repräsentierende und moderierende Funktionen, die rhetorische Fertigkeiten erfordern. Stattdessen führt sie in den Sitzungen Protokoll und achtet auf die Einhaltung der Redeordnung. Die extrovertierteren, rhetorisch geschickten Engagierten sind es, die Leitungsfunktionen übernehmen, beziehungsweise Repräsentative Aufgaben ausführen. In den teilnehmenden Beobachtungen zeigte sich, dass sie meist einen höheren Redeanteil als die anderen Mitglieder haben. Ein Aktiver, der diese Kompetenzen, begünstigt durch seinen Bildungshintergrund durch langjähriges soziales und politisches Engagement, erworben hat, ist Hr. Nowak. Zuletzt war er Vorstandsmitglied des untersuchten Bürgervereins und ist vor kurzem aus Altersgründen von diesem Posten zurückgetreten. Er resümiert: „Ich hatte nicht die Rhetorik

¹⁶ Auf die Ressourcen und Bewältigungsstrategien, die die Marginalisierung bearbeiten und so die Partizipation fördern, wird in Kapitel 4.2 detaillierter eingegangen.

¹⁷ Zu weiteren Formen der Problembewältigung: Folkman, Susan/ Richard Lazarus/Christine Dunkel-Schetter/Anita DeLongis/Rand J. Gruen (1986): Dynamics of a Stressful Encounter. Cognitive Appraisal, Coping, and Encounter Outcomes. In: Journal of Personality and Social Psychology, Vol. 50, No. 5. S. 992-1003.

und nicht den Wortschatz, den ich vor 10 Jahren oder vor 20 Jahren gehabt habe. Durch meine Aktivitäten hier, durch den Austausch, habe ich vieles gelernt.“ Viele der hier untersuchten Beteiligungsformen haben den Aktiven Möglichkeiten bereitgestellt, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten und Interessen einzubringen. Einige von ihnen merkten jedoch an, dass sie sich mehr Förderung wünschen würden, um in anderer Funktion oder noch intensiver aktiv zu werden (s. Kapitel 4.4).

Wie oben gezeigt, spielte der jeweilige Grund der Marginalisierung auch immer eine Rolle für die Art der Partizipation und hatte Einfluss auf die Aufgaben, die die Aktiven letztendlich dort übernehmen. Jedoch zeigte sich auch, dass Marginalisierung ebenso als positive Ressource wirken kann. Die Befragten setzten sich in der Regel bewusst mit ihrer jeweiligen Lebenssituation auseinander und begriffen diese zudem als durch gemeinsames Handeln mit politischen Mitteln veränderbar. Das ermöglicht es ihnen trotz ihrer benachteiligten Lebenssituation, an politisch arbeitenden Gruppen und Gremien teilzunehmen, sich gerade trotz ihrer Erfahrungen mit Stigmatisierung und Diskriminierung, trotz Sprachbarrieren, trotz drohender Isolation oder trotz der Konfrontation mit persönlichen Problemlagen als politisch handlungsfähige Akteure zu begreifen.

Ressourcen der Partizipation

Unter Ressourcen werden hier neben den klassischen Ressourcen der Partizipation (Bildung, Zeit, Netzwerke, finanzielles Kapital) im weiteren Sinne auch langfristig erworbene Kompetenzen, Herangehensweisen und Fähigkeiten verstanden, die Partizipation begünstigen.

Bildung

Auch wenn Aktive Kompetenzen und Fertigkeiten innerhalb ihrer Partizipationserfahrungen aufbauen konnten, bestätigte sich häufig die Aussage der klassischen politischen Ressourcentheorie: Engagierte, die auf verschiedenen Ebenen marginalisiert sind, aber über einen höheren Bildungsabschluss verfügen, nennen ihre Bildung als fördernd dafür, sich politisch zu beteiligen. Ein Befragter ist davon überzeugt, dass sein aktuelles und spät begonnenes Lehramtsstudium seine „soziale Ader“ gefördert habe, also bei ihm zur Entwicklung neuer Motivationen zur Beteiligung beigetragen habe. Eine weitere Engagierte hat über das Studium fachliche Kompetenzen für die Arbeit in der Organisation gegen häusliche Gewalt aufgebaut.

Zeit

Auch der Faktor Zeit befördert die Partizipation. Insbesondere die befragten vier Personen in (Früh-)Rente, die mit einer Ausnahme alleinlebend sind, sind nicht durch berufliche Tätigkeiten in ihrer Beteiligung eingeschränkt. Dadurch stellte sich für Hr. Nowak die Frage, wie man diese Zeit ausfüllen könnte, was für ihn als Impuls zu neuer Beteiligung fungierte: „Und als ich Rentner wurde vor [10, anonym.] Jahren, habe ich natürlich auch die nötige Zeit gehabt. Ich habe dann überlegt: ‚Was machst du jetzt in deiner freien Zeit?‘“ Dies bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass die Personen im Ruhestand sich vollzeithin engagieren. So hat Hr. Romanski einfach kein Interesse, sich durchgängig mit Politik zu beschäftigen: „Also dieses Engagement, das reicht schon. Weil ich möchte nicht 40 Stunden in der Woche Politik machen,



Abbildung 7: Hamburg-Osdorf (Foto: Jan Kaßner)

bzw. mich mit der [Organisation, anonym.] oder wie auch immer auseinandersetzen. Das ist schon in Ordnung so.“

Einige Befragte sind mit zunehmendem Alter stärker durch ihre körperlichen Behinderungen beeinträchtigt, wie Hr. Nowak konstatiert: „Aber je älter ich wurde, umso mehr schränkte mich die Behinderung immer mehr ein.“ Hr. Nowak ist zudem von zunehmender Altersmüdigkeit betroffen: „Ich bin jetzt [70, anonym.] geworden und je älter man wird, desto weniger hat man den Wunsch da noch, sich anzustrengen und zu sagen, da muss ich aber noch mal Gas geben, das möchte ich nochmal durchgebracht haben. Da lässt man schon ein bisschen nach.“ Auch durch die Erkrankung seiner Partnerin und den Bedarf an Unterstützung baue er immer weiter in der politischen Beteiligung ab. Dennoch sind alle vier Personen im Ruhestand engagiert; Zeit für zumindest sporadische Partizipation in informellen Organisationen ist bei ihnen ausreichend vorhanden.

Auch Hr. Mazur ist zeitlich nicht eingeschränkt, da er seit seiner Ausbildung erwerbslos ist. So nimmt er am Stammtisch seiner Organisation teil. Ihn hindere jedoch seine psychische Erkrankung daran, eine Regelmäßigkeit in seine Beteiligung zu bringen:

„Als Arbeitsloser hat man eigentlich Zeit. Die paar Mal, die man [zur Arbeitsagentur] zum Termin hin muss, kann man sich irgendwie freischaufeln. [...] Zeit hätte ich natürlich, aber wenn der Kopf halt eben nicht mitspielt, dann wird's auch schwierig. Auch wenn man Zeit hat, sich dann aufzuraffen und dann doch hinzugehen, fällt mal mehr, mal weniger schwer“ (Hr. Mazur).

Nicht allen Engagierten stehen die zeitlichen Ressourcen zur Verfügung, die die engagierten Personen in Rente aufweisen. Insbesondere die (teils alleinerziehenden) Frauen mit Kindern sehen sich durch die zeitlichen Möglichkeiten in ihrer Partizipation eingeschränkt. So stellt Fr. El Sebai (Partner berufstätig, zwei Kinder) fest, die im Gegensatz zu anderen alleinerziehenden und berufstätigen Engagierten durch ihre Erwerbslosigkeit zeitlich noch in einer vergleichsweise komfortablen Situation für die Kinderbetreuung ist: „Also es ist mit der Zeit schwierig ein bisschen. So wenn man Kinder hat. Weil man für sich selbst...

also ich habe nur die Zeit, die 5 Stunden, wo meine Kinder in der Kita sind. Da habe ich Zeit. Ja das ist ja das Hauptding, die Zeit.“ Hier wird der Familie auch klar Vorrang vor der Partizipation gegeben: „[...] Ich finde, dass die Zeit irgendwie begrenzt ist, dass das nicht so schlecht ist für uns selbst. Ich weiß für die Familien, die wir unterstützen...die wollen bestimmt mehr Zeit, aber für uns selbst als Personen brauchen wir auch unsere Zeit [...]“. Dies führt in der Beteiligung zu teils kreativen Lösungen, um sich dennoch auch im Alltag für die als notwendig erachtete Beteiligung einzusetzen. So engagiert sich Fr. Anjuman (Partner berufstätig, 2 Kinder), die in derselben Organisation aktiv ist, in vielen alltäglichen Situationen für das Thema der Initiative: „Ich beobachte die Stunden nicht, weil ich mache das gern. [...] Ich rede immer über dieses Thema. Das heißt nicht, ich komme her pro Monat. Oder wir gehen ins Zentrum und dann ist es vorbei. Dieser Gedanke ist immer dabei und dadurch erreiche ich auch viele Mütter.“¹⁸ Dennoch wünsche auch sie sich eine Kinderbetreuung im politischen Engagement, „damit die Mütter auch richtig locker hingehen könnten.“

Finanzen

Finanzielle Ressourcen sind für die Engagierten in ihrer jeweiligen Beteiligung nicht ausschlaggebend, obwohl einige Befragte unterhalb der Armutsgrenze leben. Dies mag damit zusammenhängen, dass fünf der Organisationen keine, und zwei Organisationen geringe Mitgliedsbeiträge verlangen, zudem befinden sich die Organisationen in den Stadtteilen, in denen (oder in deren direkter Nachbarschaft) die Engagierten leben, wodurch keine Anfahrtskosten entstehen. Dennoch gebe es Einschränkungen. Einer der Betroffenen würde sich gerne über die Beteiligung im Bürgerverein hinaus in Sportvereinen engagieren, deren Beiträge er jedoch nicht zahlen kann. Und Hr. Garcia macht – trotz finanziell stabiler Situation – darauf aufmerksam, dass freiwillige Zahlungen auf Dauer auch belastend wirken können: „[...] wie gesagt, der finanzielle Rahmen: Ich kann mir das Gott sei Dank erlauben, aber ich weiß, wenn ich vier oder fünf Veranstaltungen im Monat habe und jedes Mal was spenden muss, dann sagt mir meine Frau – mein Finanzminister: ‚Schatzi...!‘“

Soziale Kompetenzen und Netzwerke

Soziale Fähigkeiten werden sehr unterschiedlich als Grundlage der Beteiligung wahrgenommen. Dies hängt auch stark mit der Art der Beteiligung zusammen. Die Frauen, die sich in der Initiative gegen häusliche Gewalt engagieren, heben Fähigkeiten hervor, die auf Empathie basieren (zuhören können, höflich und vertrauensvoll sein) und so den Kontakt zu Betroffenen in den Mittelpunkt ihrer politischen Aktivität setzen. Insbesondere, wenn die Engagierten einen politischen Gegner als Adressaten ihrer Partizipation fokussieren, neigen die Engagierten dazu, Durchsetzungskraft und Ausdauer als notwendige und existente Ressourcen zu bewerten. Soziale Netzwerke als Ressource, die durch die Beteiligung geprägt sind und deren Mitglieder sich so in ihrer politischen Beteiligung gegenseitig bestätigen, sind nur für wenige Befragte nennenswert, u. a. Hr. Nowak:

„Wenn ich jetzt auf andere Behinderte treffe, die...ich treffe eigentlich ganz wenig Leute, die den Kopf in den Sand stecken. Immer wenn ich in meinem großen Bekanntheitskreis oder in meinen politischen Kreisen Leute treffe... die sind so ähnlich gepolt. Die engagieren sich, die helfen mit, die machen, die quatschen“ (Hr. Nowak).

Der familiäre Rückhalt durch die eigenen Kinder ist hingegen gerade für die alleinerziehenden Engagierten eine wichtige soziale Ressource. So helfe es einer Mutter von drei Kindern, dass „meine Kinder hinter mir stehen“ und sie in ihrer Partizipation im Stadtteilbeirat unterstützten. Für Fr. Schmitz, die bis zum Auszug ihres Sohnes alleinerziehend war, ist ihr Sohn eine zusätzliche Motivation, sich für die Belange ihrer Mieterinitiative zu engagieren: „Ich bin [60, anonym.] Jahre alt und will jetzt mit dem Kopf durch die Wand. Ich möchte jetzt endlich [...] für meinen Sohn...ich würd' es ganz gerne vernünftig geklärt haben.“ Auch habe sie über ihren Sohn im schulischen Kontext weitere Zugänge zum Engagement als Klassenelternvertreterin, Elternsprecherin und Kreiselternrätin erhalten, da sie nach der Scheidung „halt einfach beweisen [wollte], dass man das alles schafft.“ Hier fungiert somit das Marginalisierungsrisiko durch die Trennung und die Herausforderungen als Alleinerziehende als Impuls und Ressource für das Engagement (s. u.).

Dass die Engagierten nur wenig von vorhandenen Netzwerken erzählen, überrascht, da fast alle interviewten Engagierten entweder bereits ehrenamtlich engagiert waren oder dies parallel zur Beteiligung in der fokussierten Organisation derzeit sind. Es ist also davon auszugehen, dass sie zumindest implizit an vorhandenen Erfahrungen in der politischen Beteiligung anknüpfen konnten. Dies mag auch ein Grund dafür sein, weshalb ein Großteil der Engagierten sich aus Eigeninitiative in den Organisationen engagiert: Engagement, unabhängig seiner bürgerschaftlichen oder politischen Prägung, ist den meisten Interviewten vertraut, wodurch eine wichtige Hemmschwelle für die Beteiligung von Menschen, die gesellschaftlich an den Rand gedrängt werden, entfällt und dadurch spätere Marginalisierungserfahrungen kompensiert werden können. Die erst seit einigen Jahren in Deutschland lebenden Migrierten wurden jedoch konkret zur Beteiligung ermuntert. Hier ist davon auszugehen, dass entsprechendes Wissen um die Möglichkeiten der Partizipation in Deutschland noch nicht erworben werden konnte und eine externe Ansprache notwendig ist. Mehrheitlich fand/findet weiteres politisches oder soziales Engagement auch in der Stadt oder gar im selben Stadtteil statt, in dem auch die untersuchten Organisationen aktiv sind, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass personelle Schnittstellen zwischen den Vereinen bestehen. Dies schafft Vertrauen, wie auch im Falle dreier Frauen der Initiative gegen häusliche Gewalt, die vor der politischen Beteiligung bereits Stadtteilmütter und teilweise im Eltern-Kind-Zentrum des Stadtteils aktiv waren, wodurch erworbene Kompetenzen im bisherigen Engagement in neuen Beteiligungsfeldern weiterentwickelt und eingesetzt werden können:

„Ich kannte die [Mitarbeiterin, anonym.]. Sie arbeitet im Eltern-Kind-Zentrum. [...] Und sie hat mir erzählt: ‚Jetzt kommt dieses [Projekt, anonym.] hier. Hast du Lust?‘ „Ich komme, ich gucke, wie interessant es ist. Warum nicht. Ich komme dann.“ [...] Ich bin auch Stadtteilmutter. Ich begleite die Familie. Und das ist irgendwie wie eine Bahn. Das passt bei dem Thema zusammen. Da erreiche ich auch die Mütter als Stadtteilmutter viel“ (Fr. Anjuman).

¹⁸ Ähnlich bewertet es Fr. Kühnert, die ebenfalls in der Initiative engagiert ist: „Man trägt das einfach mit. Egal wo man ist oder so. Man spricht es an: ‚Hey, ich bin in der [Initiative, anonym.]!‘“

Biografische Ressourcen

Auch die Biografie spielt als Lebensphase eine wichtige Rolle für die Beteiligung. Hier sind bei einigen der Befragten die (Groß-)Eltern für die Partizipation prägend gewesen, die wie im Falle von Hr. Garcia ihn als Kind bei politischen Aktionen mitgenommen hätten:

„Mein Großvater war Anarchist, meine Großmutter tief religiös. Und beide haben mir eins beigebracht: ‚Wenn du et- was verändern möchtest, dann musst du dich engagieren.‘ [...] Wer mich auch geprägt hat, war meine Großmutter mütterlicherseits. Weil sie eine sehr taffe Frau war: Sie hat uns [...] schon sehr früh lesen und schreiben beigebracht und sie war eine sehr gläubige Frau. [...] Sie hat dafür ge- sorgt, dass ich mich nachher kirchlich engagiere. [...] Mein Vater hat mich schon mit 16 auf Demos mitgenommen [...] und auch meine Mutter: immer aktiv“ (Hr. Garcia).

Der Vater einer anderen Befragten wiederum war Gewerkschaf- ter, sodass sich für sie das erste politische Engagement selbst auch in Gewerkschaften niederschlug, während Fr. Anjuman ihre Sozialkompetenzen für die sozialen Anteile ihrer Partizipation¹⁹ von ihrer Mutter übernommen habe: „Meine Mutter ist Haus- frau, aber sie hilft immer. Sie unterrichtet die Kinder und ist ein sehr sozialer Mensch. Und ich habe zuhause auch immer Kinder ehrenamtlich in [meinem Heimatland, anonym.] unterrichtet.“ Eine ältere Engagierte ist seit frühester Kindheit Feministin, was sie in ihrer Beteiligung stets geprägt habe und sie nun im ho- hen Alter zur Initiative gegen häusliche Gewalt geführt hat. Die politische Aktivität für Frauenarbeit war für sie eine Konstante, auch als sie ihren alkoholkranken Partner nach langjähriger Ehe aufgeben musste und nun seit einigen Jahren von Schwerbehin- derungen betroffen ist.

Bei einigen Aktiven zeigt sich zudem, dass sie durch den Wechsel von Statuspassagen bedingt in ihrer Biografie ein Möglichkeits- fenster wahrnehmen, um sich neu ausrichten und engagieren zu können. So berichtet eine Befragte von dem Ende ihrer von Part- nergewalt geprägten Beziehung, das von ihr als Befreiungsschlag von ihrem stets eifersüchtigen Ehemann interpretiert wurde und so den Willen, in der Öffentlichkeit via Beteiligung präsent zu sein, bestärkt hat, auch wenn durch die Scheidung bedingt als alleinerziehende Mutter von drei Kindern und prekären Beschäf- tignungsverhältnissen neue sozioökonomische Marginalisierungen drohten.²⁰

Marginalisierungsrisiken als Ressourcen?

Insgesamt zeigt sich, dass die klassischen Ressourcen der Par- tizipation die politische Beteiligung fördern können – sie sind jedoch unter Berücksichtigung der mehrheitlich mit multiplen Marginalisierungsphänomenen konfrontierten Fälle dieser Stu- die, denen manche Ressourcen weniger oder gar nicht zur Ver- fügung stehen, nicht immer ausschlaggebende Ressourcen für die politische Beteiligung. Dies zeigt sich auch in der Mentalität vieler Befragter: Diejenigen, die sich politisch engagieren wollten, könnten dies auch trotz gesundheitlicher oder zeitlicher Ein- schränkungen zumindest punktuell immer tun. Hier messen also die Interviewten dem Eigenwillen eine besondere Bedeutung bei. Anzunehmen ist daher, dass für die interviewten Menschen mit Marginalisierungsrisiken anderweitige Ressourcen relevant sind,

die Einschränkungen in den klassischen Ressourcen kompensie- ren und sich gegenseitig beeinflussen.

Marginalisierung als Entwicklung von Fachkenntnissen

Eine besondere Rolle spielt für die Frauen der Organisation gegen häusliche Gewalt, die alle eine Migrationsvorgeschichte aufwei- sen, ihre positive Wahrnehmung der Migration. Migration wird von ihnen abseits anfänglicher sprachlicher Barrieren nicht als Risiko zur sozioökonomischen Marginalisierung wahrgenommen, sondern als Ressource:

„Was wir extra mitbringen, was viele Frauen beim Projekt extra mitbringen, ist die Sprachkenntnis. Dass sie irgend- wie eine fremde Sprache sprechen. Wir haben Frauen aus Afghanistan, aus der Türkei, ich aus [XY, anonym.], aus Syrien. Es gibt viele Frauen und viele Sprachen. Und wie ich am Anfang gesagt habe: Wenn eine Frau die Sprache kennt und eine andere Frau da ist, ist irgendwie das Vertrauen ein bisschen stärker. Und das wissen wir“ (Fr. El Sebai).

Das Wissen um die eigenen Fachkenntnisse, die teils aus den Faktoren der Marginalisierung resultieren können, schafft somit Selbstvertrauen für die eigene Partizipation und fördert die Inter- nal Efficacy. Dies scheint für eine aktive politische Beteiligung in informellen Organisationen auch notwendig zu sein. Gerade die Engagierten, die sich in den Beobachtungen eher introvertiert bzw. ohne Redebeiträge beteiligt haben, neigen dazu, ihre Fach- kompetenzen und somit die Internal Efficacy zu hinterfragen, so z. B. Hr. Mazur, der sich sehr zurückhaltend engagiert: „Also für mich ist das Thema dann doch ein bisschen zu komplex.“ Teil- weise führt das als mangelnd wahrgenommene Fachwissen auch zu informell wahrgenommenen Rangordnungen: „[Dirk] und so sind mir da in der Art überlegen“ (Hr. Janczak).

Marginalisierung als Ressource für die Entwicklung einer Trotzeinstellung

Häufig interpretieren die Engagierten zudem die eigenen Mar- ginalisierungserfahrungen als wichtige Ressource für ihre Betei- ligung, da sie dadurch gelernt hätten, sich zu wehren. Dies trifft u. a. auf Hr. Nowak zu, der seine vielseitige Partizipation in ver- schiedenen politischen Organisationen auch darauf zurückführt, von seiner Jugend an gelernt zu haben, Missstände nicht einfach hinzunehmen: „Ich bin vielleicht durch meine Behinderung schon seit frühester Jugend an immer gewohnt, mich zu wehren. Ich war auch früher aggressiv schon zum Teil. Wenn mich einer be- leidigt hat oder mich auf meine Behinderung angesprochen hat, wurde ich pampig.“ Ähnlich sieht es Hr. Habib, der politisches und soziales Engagement grundsätzlich als Möglichkeitsraum zur Überwindung eigener Marginalisierungsrisiken betrachtet, das aber von der rebellischen Grundhaltung abhängig sei:

„Meine Mutter war alleinerziehend hochschwanger mit 6 Kindern hier hingekommen [...]. Und dann geht es, auch wenn ich die Theorie von Charles Darwin jetzt nicht befür-“

¹⁹ Zu den Unterschieden zwischen sozialem Engagement und politi- scher Partizipation s. Kapitel 2.2 und 4.3.

²⁰ Auch bei einer anderen Interviewten wurde die Scheidung zu einer Ausweitung der Partizipation, allerdings aus der Motivation, ihre per- sönliche Stärke sich und anderen zu demonstrieren (s. o.).

worte, um survival of the fittest. Sieh zu, dass du dir hier Chancen und Gelegenheiten entwickelst und erarbeitest. Und das hat sich mit den Jahren immer ergeben. Ich war immer schon engagiert“ (Hr. Habib).

Eine andere Befragte führt ihren „Kampfgeist“ auch auf die Erfahrungen ihres eigenen alleinerziehenden Vaters zurück, während Fr. Kühnert mit ihrer Beteiligung auf die negativen Erfahrungen mit den Ämtern und mit ihrem problematisierten Ex-Mann reagiert:

„Jetzt erst recht. Ich glaube, das ist die Gerechtigkeit, die jeder an sich...oder die kleine Wahrheit, die man einfach ans Licht führt. Ich möchte jetzt nicht...boar eigentlich müsste ich, ja, sowas wie Rache verspüren. Es geht mir aber nicht um Rache, sondern einfach nur so ein bisschen um: ‚Hallo, ich habe euch echt alles erzählt und jeden – sorry – Pups da echt mitgeteilt, und ihr kommt und glaubt so einem wahnsinnigen Psychopaten‘ und das geht einfach nicht“ (Fr. Kühnert)!

Grundlage: Positive Lebensauffassung

Insgesamt zeigt sich bei der überwiegenden Mehrheit der Engagierten eine positive Lebensauffassung als wichtige Ressource bzw. Einstellung für die politische Beteiligung. Dies hilft dabei, Marginalisierungserfahrungen, sofern sie nicht dementiert werden, zu verarbeiten und diese für die Partizipation praktikabel umzudeuten. Diese positive Lebensauffassung speist sich aus der Hervorhebung positiver Lebensereignisse gegenüber negativen Ereignissen und dem Vergleich zu Menschen, denen es in der Eigenwahrnehmung noch schlechter ginge, wie Hr. Nowak in Bezug auf seine körperliche Schwerbehinderung zusammenfasst:

„Ich kenne ja auch eine Menge Behinderte. Deswegen sage ich, ich habe Glück gehabt. Meine Behinderungen sind gar nicht so gravierend. [...] Ich verkehre manchmal in [einer Seniorenorganisation einer Partei, anonym.] mit Leuten, die sind sehr behindert. Und da denkt man auch schon so manches Mal: ‚Mensch, du hast auch Glück gehabt.‘ Die fahren schon im Rollstuhl, die leben schon im Behindertenheim“ (Hr. Nowak).

Positive Effekte durch die Partizipation

Auffällig ist hier, dass letztere Erkenntnis offensichtlich in der politischen Beteiligung gewonnen wurde, sodass die Partizipation einen positiven Effekt auf die Einstellung gegenüber eigenen Marginalisierungserfahrungen erzeugen kann. Die Beteiligung ist darüber hinaus auch selbst als positives Lebensereignis relevant: Insgesamt wird die Beteiligung in ihrer Wirkung auf die Interviewten sehr positiv empfunden und führt im Falle von Hr. Mazur auch zur Überwindung psychischer Blockaden:

„Ein bisschen gestärkt hat es mich schon, dass ich halt mit [der Organisation, anonym.] ein Ziel habe, auch mal meine Wohnung zu verlassen, meinen eigenen Kokon. Und dass ich dann rausgehe und mich unter andere Leute gebe. Was ich vielleicht vorher nicht so gemacht hätte, oder was mir nicht so leichtgefallen wäre. Und hier geht das“ (Hr. Mazur).



Abbildung 8: Karl-Meyer-Strasse, Gelsenkirchen-Rotthausen (Foto: Jan Kaßner)

Neben der Stärkung des Selbstbewusstseins, das auch die meisten anderen Engagierten ansprechen, wurden auch Rhetorik-Kompetenzen entwickelt, und durch die Beteiligung im Falle einiger Migrierter die Sprache verbessert.²¹ Die positive Sichtweise auf die eigene Lebenssituation und die Partizipation ziehen zwei Engagierte zudem aus der Spiritualität, wie Hr. Habib festhält: „Du musst [für die Beteiligung] einen starken GLAUBEN haben. An Gott und an das Gute der Menschheit und an das Gute generell.“

Motivationen zur Partizipation

Die teils langjährig entwickelten Ressourcen unterscheiden sich von den konkreten Motiven, die zur aktuellen Beteiligung geführt haben. Manche der Motive sind dabei typische Motive des bürgerschaftlichen und politischen Engagements, die auch bei anderen Engagierten zu finden sind.²² Auch benennen die meisten Engagierten mehrere Motive, sich zu engagieren. Bei den Interviewten stehen jedoch manche der Motive in einem besonderen Verhältnis zur Marginalisierung.

²¹ Politische Wirkungserfahrungen fallen jedoch mehrheitlich negativ aus (s. Kapitel 4.3).

²² Siehe dazu die aufgeführten Motivationen des Engagements im letzten Freiwilligensurvey (vgl. Müller et al. 2017: 413 ff.).

Für die Stadtteilvereine zeigt sich zunächst, dass die Informationsgewinnung zu stadtteilbezogenen Angelegenheiten für zwei der drei dort Engagierten ein relevantes Motiv für die Beteiligung darstellt. Gleiches gilt für die beiden Engagierten der Mieterinitiative B. Der Spaß an der politischen Aktivität ist Fr. Kühnert wichtig, die die verschiedenen Aktionen der Initiative gegen häusliche Gewalt und die familiäre Atmosphäre schätzt: „Diese [Tanz-Demo, anonym.] ist ja jetzt auch [demnächst, anonym.]. Ich liebe es ja sowieso zu singen und zu tanzen. Und es bringt auch unheimlich viel Spaß. Man ist hier super integriert, auch gerade hier im [Stadtteil, anonym.]. [...] Und ja, es ist echt fantastisch. Wie eine kleine Familie hier.“ Letztere Motivation lässt sich implizit in die Marginalisierungsbiografie von Fr. Kühnert integrieren, die von familiärer Zerrüttung geprägt ist. Die Initiative bietet ihr somit sozialen Halt, den sie in ihrer eigenen Kernfamilie nicht erlebt, und Unterstützungsleistungen:

„Ja, also ich mache es nicht gerne, weil ich irgendwo dabei sein will, sondern total, weil ich weiß, ich gehöre sozusagen zu der Seite der Opfer und möchte auch den Tätern die Kante zeigen oder auch zeigen: ‚Hallo Stopp‘, oder ‚So nicht!‘ und ‚Nicht mit uns!‘ und ‚Wir sind nicht Frauen zweiter Klasse, sondern wir haben dieselben Gefühle wie ihr Männer auch‘. Und dass es auch richtig ist, das merkt man immer wieder an der Gruppenenergie und das ist ja auch das Tolle daran, dass man einfach gemeinsam daran eine viel größere Spanne und Stärke ausstrahlt und ja, gemeinsam ist man noch stärker“ (Fr. Kühnert).

Gemeinwohltiftende

Die Beteiligung fungiert neben der Unterstützungsleistung für einige Befragte als Kompensierung sonstiger Isolation, wie dies Hr. Mazur explizit formuliert: „Also das Soziale war auch ein Schmankerl. Dass man eine gewisse Zeit auch unter Leuten ist. [...] Um unter andere Leute zu kommen und auf andere Gedanken zu kommen.“ Das Motiv der Bewältigung individueller Marginalisierungserfahrungen abstrahieren einige Migrierte mit Blick auf die Bearbeitung von Diskriminierungserfahrungen als strukturelles Problem, das durch die Beteiligung angegangen werden soll und für das die Engagierten als Expertinnen und Experten zur Verfügung stünden. So versucht Hr. Habib in seiner Partizipation durch einen von ihm mitbegründeten Verein gegen Diskriminierung und Rassismus nicht nur seine persönlichen Diskriminierungserfahrungen zu bewältigen: „Darin sehe ich irgendwo meine BÜRGERPFLICHT.“ Neben Hr. Mazur engagiert sich nur eine andere Befragte explizit stärker aus eigener Betroffenheit als aus allgemeinwohlorientierten Interessen in ihrer Organisation, weil sie selbst wegen Rückenbeschwerden von den Stolperfallen betroffen sei, und sie den Zustand des Einkaufszentrums kritisch sieht.

Abseits der eigenen Betroffenheit durch Marginalisierungsprozesse führen die Engagierten auch andere konkrete Betroffenheiten auf. Insbesondere im Falle der beiden Mieterinitiativen waren alle drei Engagierten von Mieterhöhungen oder falschen Nebenkostenrechnungen betroffen, die sie selbst allerdings finanziell noch stemmen konnten. Bei allen dreien überwog jedoch die Einsicht, diese nicht mehr hinnehmen zu wollen und die Probleme als strukturelle Probleme wahrzunehmen, sodass für Fr. Schmitz auch die größere Belastung anderer die Motivation geprägt hat:

„Die Motivation war oder ist gerade in [unserem Stadtteil], dass [ein großes Wohnunternehmen, anonym.] saniert und modernisiert. Seit 40 Jahren ist an den Wohnungen nichts gemacht worden und die Kosten sollen komplett auf die Mieter umgeschlagen werden. Ich sag mal, ich bin noch berufstätig. Ich habe vielleicht noch nicht so ein großes Problem. Aber die Rentner, die können nicht 150 oder 180 Euro im Monat mehr zahlen. Das ist ein Unding. Und die sind...die trauen sich nicht mehr wirklich. Die weinen eher. Und dann ist es halt ganz gut, wenn so jemand wie ich da durch die Gegend läuft. Ich habe nicht so viel Angst und das ist auch meine Motivation“ (Fr. Schmitz).

Auch ein anderer Engagierter in der zweiten Mieterinitiative kritisiert die Wohnungspolitik eines großen Immobilienkonzerns, der Adressat seiner Mieterinitiative ist, obwohl er selbst bei diesem nicht Mieter sei, sodass es ihm generell um „mehr Gerechtigkeit“ ginge. Für einen anderen Aktiven wiederum war der Tod der Ehefrau im vergangenen Jahr und die drohende Marginalisierung durch Isolation ein zusätzlicher Impuls, sich für das Thema einzusetzen: „Ich bin eigentlich Pessimist. Meine Frau war mir da weit überlegen. Durch den Tod meiner Frau bin ich ihr etwas schuldig, sie hat die Situation auch belastet“ (Hr. Janczak). Somit sind die politisch Aktiven mehrheitlich als Gemeinwohltiftende engagiert, wobei das Allgemeinwohl an eigene Betroffenheiten gekoppelt bleibt.

Schockbearbeitende

Dass die Beteiligung ausgelöst oder motivational durch eine Schockerfahrung mitbegründet wird, zeigt sich neben dem obigen Beispiel von Hr. Janczak auch im Falle einiger Migrierter. Fr. Anjuman engagiert sich seit drei Jahren in der Initiative gegen häusliche Gewalt, weil sie darüber schockiert war, dass in Deutschland häusliche Gewalt als Problem existiert:

„Und ich dachte hier gibt es sowas nicht. Ich dachte natürlich 100% hier wird nicht so etwas passieren. Und dann liest man Zeitung oder Zeitschrift oder sieht man im Fernseher. Und für mich war das ein großer Schock. Warum ist das in Deutschland so? Und daher bin ich, seitdem hier dieses Projekt ist, [...], immer dabei“ (Fr. Anjuman).

Hr. Demirci wiederum engagiert sich ebenfalls in seiner Organisation, weil er einen „Kulturschock“ in seiner Anfangszeit in Deutschland durchlebt habe:

„Natürlich kommt so erstmal ein Kulturkonflikt, ja? Also die europäische Mentalität ist natürlich eine bisschen kalte Natur, kann ich, glaube ich, so sagen. Die Menschen sind extrem individuell hier. Aber bei der mediterranen Kultur sind sie so ein bisschen öffentlicher, freundlicher und ist mehr Miteinander. [...] Als ich das erste Mal nach Deutschland gekommen bin, kann ich eigentlich sagen, habe ich einen Kulturschock gehabt. Ich habe gesagt, dass es für mich ein bisschen so ist, wie sich in kaltes Wasser zu werfen“ (Hr. Demirci).

Er habe gelernt, dass das Vereinswesen in Deutschland den Aufbau von Kontakten erleichtere und engagiere sich daher auch in seiner Organisation, um soziale Kontakte aufzubauen:

„Ich mag Sozialleben. Das ist für mich also sehr wichtig, mit den Leuten gut umgehen, Verständnis bringen. Und aus diesem Grund sind Vereine, Clubs oder irgendwelche Veranstaltungen wichtig, um Kontakte zu knüpfen. Sie wissen, die Deutschen leben sehr individuell und einfach so fremdabständig. Also wen man nicht kennt, mit dem spricht man nicht. Und deswegen möchte ich einfach damit meinen Freundeskreis ein bisschen vergrößern und einfach mitleben“ (Hr. Demirci).

Zudem erhofft sich Hr. Demirci durch die politische Aktivität die Verbesserung seiner Sprachkenntnisse.²³

Selbsthelfende

Die Verknüpfung von eigenen Vorteilen durch die Beteiligung mit der Ausrichtung an einer Allgemeinwohlorientierung ist dabei mit den wenigen Ausnahmen, die sich in ihrer Partizipation stärker an Eigeninteressen orientieren, stets gegeben. Denn die Engagierten, die sich für ihren Stadtteil und die jeweiligen Herausforderungen, die Änderung der generellen Mietsituation oder auch die Vermeidung von Partnergewalt gegenüber Frauen einsetzen, sind auch stets durch das Wohnen im Stadtteil, durch Mieterhöhungen und Nebenkosten sowie die potentielle Bedrohung durch Partnergewalt als Frau von den jeweiligen Anliegen betroffen, wie Fr. Anjuman zusammenfasst:

„Ich glaube...für mich ist ein bisschen emotional, sagt man, oder für mich ist die Ehe sehr wichtig. Die Partnerschaft ist sehr wichtig. Gott sei Dank, ich habe [Partnergewalt] nie erlebt. Und meine Familie in [meinem Heimatland, anonym.] ist auch nicht so. Selber habe ich es nicht erlebt. Und ich habe natürlich Freundeskreise gesehen, wo die Mädchen im ganz jungen Alter...wo der Papa sagte: ‚Ja, du musst diesen Mann nehmen‘ oder so – wie die immer geweint haben. Und das hat mich verletzt vielleicht“ (Fr. Anjuman).

Daher sind die politisch Aktiven auch stets Selbsthelfende, die sich häufig aus der sozioökonomischen Marginalisierungsgefahr heraus als solche begreifen und theoretisch möglichen oder gegebenen Risiken durch das Erkennen der strukturellen Dimensionen der Thematik entgegenwirken. Die somit in diesem Kapitel ermittelten drei motivationalen, spezifisch auf die Marginalisie-

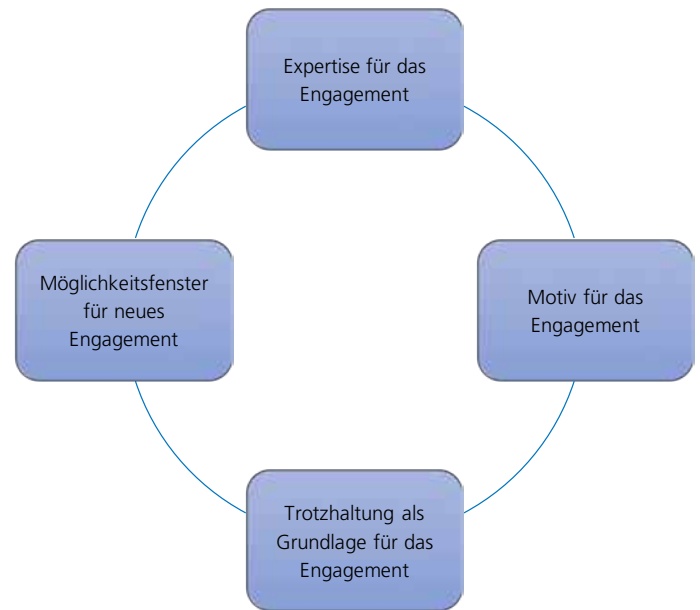


Abbildung 10: „Marginalisierung als...“, eigene Darstellung

rung eingehenden Typen schließen sich gegenseitig nicht aus, bilden jedoch die Hauptzweige der motivationalen Argumentation der Marginalisierten (vgl. Abb. 9).

Insgesamt zeigt sich, dass die Marginalisierung unterschiedliche Funktionen für die Partizipation übernehmen kann (vgl. Abb. 10).

1. Sie wird von den Marginalisierten als Expertise gedeutet und genutzt, beispielsweise im Kontext der Mehrsprachigkeit von Migrierten.
2. Dadurch eröffnet sich ein Möglichkeitsfenster für die Beteiligung. Aber auch durch den Wechsel in eine andere Lebensphase, die Marginalisierungsrisiken birgt, wie die Immigration oder der Vorruhestand, kann der Wechsel der Statuspassage als Impuls fungieren, da plötzlich mehr Zeit zur Verfügung steht oder aber auch vorherige soziale Kontakte wegbrechen, die durch die politischen Aktivitäten kompensiert werden.
3. Dabei wird die marginalisierte Situation als Motivation begriffen, wenn sozialer Halt benötigt wird. Die Marginalisierten erfassen sie jedoch auch als politisches Problem, wenn dies der Bewältigung der Marginalisierung, wie z. B. der häuslichen Gewalt, dient. Daher sind politische Ambitionen aber mehrheitlich sozialen Interessen nachgeordnet (s. Kapitel 4.3).
4. Eine wichtige Ressource für die Beteiligung bildet die Entwicklung einer Trotzeinstellung, die zur Bewältigung der Marginalisierungssituation herangezogen wird, häufig in der Jugend angeeignet wurde und dazu führt, sich politisch trotz der sozioökonomischen Marginalisierung zu engagieren.

²³ Der Erwerb von Fertigkeiten wird auch von Fr. El Sebaï und Fr. Herzog als Motivation genannt, die ihr bisheriges soziales und politisches Engagement für Frauen durch die Beteiligung in der Initiative gegen häusliche Gewalt professionalisieren möchten.

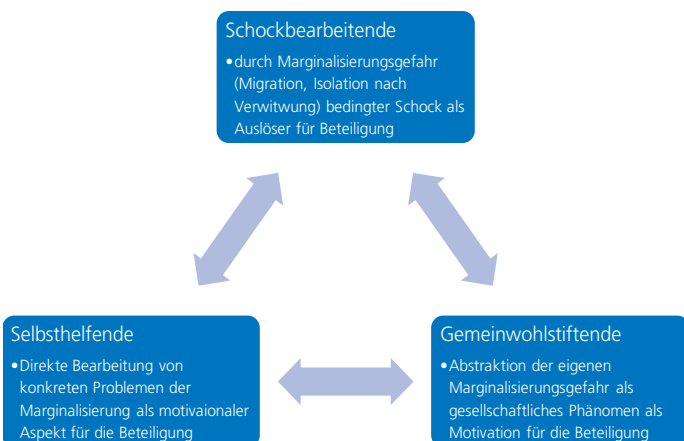


Abbildung 9: Motivationale Typen, eigene Darstellung

4.3 Politische Partizipation? Politisierung zwischen Zynismus und Betroffenheit

Das vorangegangene Kapitel hat bereits einige Motive der Partizipation beleuchtet. Doch inwieweit sind die Motive und die Tätigkeiten der Engagierten politisch geprägt? Zunächst lässt sich feststellen, dass die Motive der Engagierten mit den Zielsetzungen der Organisationen nicht automatisch übereinstimmen müssen.²⁴ Beispielsweise setzt sich ein Bürgerverein für die Vertretung der Interessen der Bevölkerung im Stadtteil gegenüber der Politik ein, wohingegen sich der dort Engagierte eher mit den sozialen Zielsetzungen des Vereins zu identifizieren scheint. Er nutzt das Angebot, sich über stadtteilpolitische Themen, insbesondere die Bebauung seiner Straße, informieren zu können. Er setzt sich selbst aber politisch nicht für seine Belange ein, wobei sich hier auch eine geringe Internal Efficacy offenbart: „Also ich glaube, dass die Themen, die ich bisher hatte, nicht so erwähnenswert waren, als dass das jetzt weitergeleitet wird“ (Hr. Mazur). Wie sich weiter unten zeigen wird, ist die Efficacy jedoch notwendig, um den Schritt von sozialem Engagement hin zu politischer Partizipation zu vollziehen.

Politisierte Rebellierende und soziale Kümmernde

Generell existieren Differenzen zwischen den Personen, die ihre Tätigkeiten politisch verorten, gegenüber denjenigen, für die das soziale Engagement im Rahmen der politischen Partizipation maßgeblich ist. So setzt sich beispielsweise Fr. El Sebai im Interview erstmalig mit der Frage auseinander, ob ihr soziales Engagement in einer Organisation der informellen Beteiligung überhaupt politisch verwurzelt ist: „Dass ehrenamtliche Arbeit, dass das irgendwie mit der Politik zusammen ist, das habe ich nie so mir gedacht.“²⁵ Für sie bilden die Unterstützungsleistungen der Initiative den Wesenskern der Tätigkeit:

„Die meisten, die bei [der Initiative, anonym.] sind, sind auch Stadtteilmütter. Das ist ein anderes Projekt, da ist Arbeit freiwillig mit Familien, die hauptsächlich Sprachhilfe brauchen. Und unterstützen die Frauen oder die Familien bei Terminen, Arztterminen oder so. Und da arbeiten wir zusammen mit [der Initiative, anonym.], weil es gibt da auch Familien, die Gewalt in der Familie haben. Und wenn das mal passiert, da haben wir einen anderen Platz, wo wir mal hingehen und dass die mit der Familie sprechen und unterstützen und helfen kann“ (Fr. El. Sebai)

Soziale Kümmernde

- Fokus auf soziale Tätigkeiten oder Interessen im Rahmen der politischen Partizipation
- Fehlendes Bewusstsein der politischen Dimension der Aktivität
- Besonders ausgeprägt zu Beginn der Aktivitäten
- Teilweise mangelndes Internal Efficacy-Bewusstsein

Politisierte Rebellierende

- Hoher Stellenwert der politischen Tätigkeiten der Organisation
- Basiert auf politischem Kampfgeist, der teilweise durch die Marginalisierung entwickelt wurde
- Bereits langjährig engagiert
- Existente Internal Efficacy

Diesem Beispiel stehen Personen gegenüber, die als politisierte Rebellierende ihre Tätigkeiten der politischen Partizipation zuordnen und die Teilnahme an Demonstrationen, das Verteilen von Flyern und die Öffentlichkeitsarbeit bei Infoständen als Tätigkeiten benennen, auch wenn es teilweise schwerfällt, das Politische an der Beteiligung herauszufiltern, so z. B. für Fr. Schmitz:

„Ich bin ein sehr politischer Mensch, klar. Ich kann aber jetzt gar nicht so wirklich benennen, was für mich Politik ist. Das geht schon ganz früh los, tatsächlich sich zu engagieren. Selbst in Gewerkschaften oder im Elternrat. Das ist ja immer etwas...man muss Flagge zeigen“ (Fr. Schmitz).

In diesem, wie auch im nachfolgenden Zitat offenbart sich eine rebellische Grundhaltung, die sich aus der von der Marginalisierungsbiografie geprägten Trotzhaltung in die politische Partizipation übertragen hat:

„Ich mache selber für mich Politik. Mit oder ohne Stimmen. So. Wenn du was verändern willst, dann musst du bei dir selbst anfangen und dann bei den nächsten, und deinem Umfeld. Und danach kannst du deine Umwelt vielleicht verändern oder deinen Stadtteil, reicht mir so. Wenn sich was bewegt, dann bin ich da nicht angewiesen auf die Politiker, oder die Leute, die am längeren Hebel sitzen. Einfach machen, tun, aufstehen, weiter machen, sich selbst motivieren. Und gemeinnützige und nachhaltige Projekte fördern und fordern“ (Hr. Habib).

Langzeitaktivismus und Bildung als Grundlage der Politisierung

Relevant für die Politisierung ist bei den interviewten Marginalisierten die Dauerhaftigkeit der politischen Beteiligung. Eine Befragte, die sich seit ihrer Kindheit als Feministin begreift und langjährig engagiert ist, benennt mit Blick auf die Frage, wie man sich die Tätigkeit in der Initiative gegen häusliche Gewalt vorstellen könne, als erstes die Organisation von Demonstrationen als Beteiligungsfeld, obwohl diese recht selten durch die Initiative umgesetzt werden, was den Stellenwert für sie als politisch Aktive

²⁴ Siehe dazu auch Kapitel 4.4.

²⁵ Hier zeigen sich zudem Diskrepanzen zwischen der politischen Wahrnehmung der Organisation und den Engagierten, wie die Mitarbeiterin der Initiative im Experteninterview feststellt: „Ja, es ist ein politisches Thema. Ob die Frauen es auch so betrachten würde, das weiß ich gar nicht.“

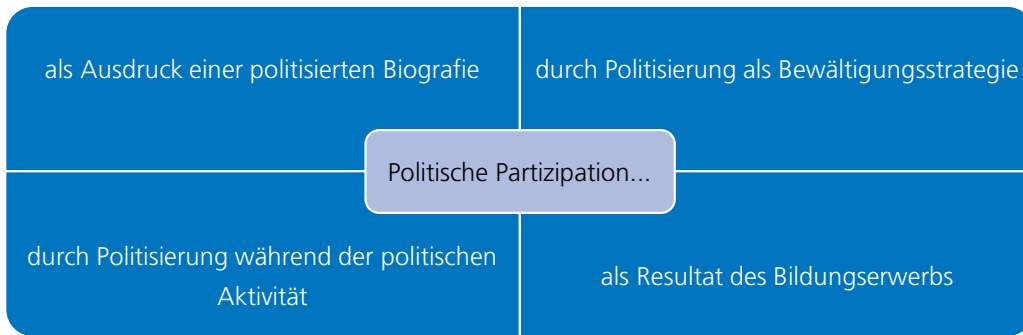


Abbildung 11: Politische Partizipation, eigene Darstellung

verdeutlicht. Für sie ist die Aktivität der Frauen in der Initiative Teil politischer Umwälzungen, in der sich wieder der rebellische Charakter der informellen Partizipation der Marginalisierten äußert: „Die Frauen fehlen an der Front. Das ist eine Männergesellschaft. [...] Ich habe immer gegen alles rebelliert. Auch mit meinen Arbeitskollegen usw. Es war ein ständiger Kampf“ (Fr. Herzog). Frau Anjuman, die in derselben Initiative nun seit mehreren Jahren engagiert ist, bemerkt, dass sie sich durch die Tätigkeiten der Initiative selbst politisiert habe: „Vor [der Initiative, anonym.] habe ich nicht so viel nachgedacht. So viel Gewalt gibt es. Viele denken direkt an Ausländer. Durch [die Initiative, anonym.] weiß ich, dass es das überall gibt.“ Ein anderer Befragter scheint seine Tätigkeiten insbesondere durch sein derzeitiges sozialwissenschaftliches Studium²⁶ politisch eingeordnet zu haben. Während des Interviews zitiert er mehrfach Soziologinnen und Soziologen und sieht sich in seinem politischen „Kampf“ als „David gegen Goliath“, worin sich ebenfalls eine rebellische Einstellung gegenüber den „etablierten“ Entscheidungstragende ausdrückt. Fr. Vogt hat über ihre über mehrere Jahre ausgebaute Tätigkeit im Beirat gelernt, Politik anders zu bewerten, weil sie „mehr auf das zwischen den Zeilen“ achte. Jetzt schaue sie mehr darauf, „was sie von sich geben“ und gehe im Vergleich zur Zeit vor ihrer Tätigkeit auch regelmäßiger wählen, sodass sich die Partizipation positiv auf das Internal Efficacy-Bewusstsein auswirkt. Folglich wirken sich langjährige Partizipation und Studium bei den interviewten Marginalisierten positiv auf die Politisierung aus. Doch welche Funktionen übernimmt die politische Partizipation für die Marginalisierten abseits dieser Nebeneffekte?

Funktionen der politischen Partizipation

Die Tätigkeiten und Wirkungserfahrungen der Engagierten deuten darauf hin, dass die Beeinflussung von formellen Entscheidungstragenden und der Öffentlichkeit für die engagierten Menschen mit Marginalisierungserfahrungen relevant sind, auch wenn sie ihre Aktivität selbst nicht in allen Fällen als politisch begreifen. Dies äußert sich in den politischen Meinungen zu den Themen der jeweiligen Organisationen, bei denen politisch Handlungsbedarf gesehen und durch die die Notwendigkeit der Aktivität ergründet wird, wie Fr. El Sebaï mit Blick auf das Thema der Partnergewalt attestiert: „Ich glaube, es ist eine Zusammenarbeit: Wenn es die Bürger nicht gibt, oder die Menschen selbst, dann wird das von der Politik nicht her...und andersherum auch.“ Auch hier ist eine Politisierung durch die Partizipation erkennbar, indem die Engagierten durch ihre Aktivität realisiert haben, dass Gewalt kein privates, sondern ein öffentliches Problem sei und

nur dadurch das Problem bewältigt werden kann und die Arbeit der Initiative politisch stärker berücksichtigt werden sollte:

„Deswegen ist es für die Politik sehr wichtig. [...] Ich denke, dass natürlich die Gesellschaft zusammen kämpfen muss. „Nur die Kleinigkeiten bei uns, oder was eine Gruppe macht...das wird nicht so viel, oder bringt auch nicht so viel.“ Natürlich bringt das! Wenn ich nicht mache, die nichts macht, woher soll das kommen? Wir werden weiterkämpfen. Aber die Politik nimmt es nicht richtig ernst, meiner Meinung nach“ (Fr. Anjuman).

In anderen Fällen dient die Erkenntnis, dass die Aktivitäten und die Themensetzung politisch sind, der Bewältigung eigener Marginalisierungserfahrungen, wie Fr. Kühnert für den Umgang mit dem Jugendamt bemerkt:

„Also man merkt schon die Ängste der Menschen, sobald es an diese öffentlichen Ämter oder Systeme geht. Und ich habe es selber erfahren: Da kriegt man eben Angst. Und ich kann es auch selber bestätigen. Es ist auch so. Weil ganz viel dann auch verdreht ist. Und ja, der kleine Mann oder der kleine Bürger dann sozusagen immer am kürzeren Hebel ist als das System oder die Ämter. Und man sich ganz schön durchsetzen muss. Aber hier mit der geballten Frauenpower...“ (Fr. Kühnert).

So werden insbesondere die themenorientierten Initiativen aufgesucht, um eigene Betroffenheiten zu bewältigen (s. Kapitel 4.4). Dabei realisieren jedoch die Marginalisierten, dass eine langfristige Problembewältigung nur in der Bearbeitung struktureller Probleme möglich ist, wodurch die Notwendigkeit erkannt wird, abseits eigener Betroffenheiten oder sozialen Engagements politisch zu partizipieren. Der politische Anteil der Tätigkeiten resultiert so zusammengefasst aus politisierten Biografien und Langzeitaktivismus, der Politisierung als Strategie zur Bewältigung eigener Marginalisierungserfahrungen, dem Erkennen politischer Ausmaße eigener Betroffenheiten abseits der eigenen Marginalisierung sowie dem Bildungserwerb bzw. der Wahrnehmung struktureller Probleme durch das Studium (vgl. Abb. 11).

²⁶ Das Lehramtsstudium ist für ihn auch eine Bewältigungsstrategie gegenüber von ihm als diskriminierend empfundenen Benotungen in der Schulzeit: „Jetzt erst recht Lehramt. Jetzt erst recht.“

Vertrauen in die soziale Wirksamkeit – Zynismus gegenüber formeller Beteiligung

In den obigen Zitaten der politisierten Rebellierenden äußern diese Befragten bereits eine zynische Grundhaltung gegenüber den formellen Entscheidungstragenden und der formellen Partizipation selbst. Diese findet sich bei fast allen Interviewten – der Satz „Sie reden viel, aber tun zu wenig“ fällt in mehreren Interviews – worin sich neben der negativen Beurteilung der External Efficacy jedoch auch politisches Interesse ausdrückt.²⁷ Die Politik nehme die Themen, die durch die jeweiligen Beteiligungsformen an die Entscheidungstragenden herangetragen werden, nicht ausreichend wahr, so wie im Falle von Hr. Romanski in der Mieterinitiative: „Es geschieht zu wenig, es geschieht zu wenig. Wenn man sieht, dass der Bund Vorgaben gemacht hat, die gar nicht angewandt werden, obwohl das ja zum Vorteil der Mieter reichen würde, ja dann frage ich mich: Wo leben wir denn?!“ Bei dieser Mieterinitiative äußerten die Interviewten zudem Kritik an der attestierten Nähe der Mieterinitiative zu einem Kommunalwahlbündnis, worin sich eine grundlegende Skepsis in formelle Partizipationsinstrumente widerspiegelt.

Von den noch nicht allzu lang in Deutschland lebenden Migrierten wird in einigen Fällen zunächst kein Interesse an der „großen Politik“ in Deutschland attestiert, was aber aus einer zynischen Haltung gegenüber der formellen Partizipation resultieren mag, wie Fr. El Sebaï konkretisiert: „Naja, ich bin nicht hier im Land selbst...sowieso bin ich in der Politik nicht so toll. Das geht nur auf die Nerven. Ja und darum kann ich jetzt nichts sagen.“ Im weiteren Verlauf des Interviews positioniert sie sich jedoch konkreter: „Ich als Ehrenamtliche, ich habe nie so den Gedanken oder das Gefühl bekommen, dass wir politisch auch unterstützt würden, es ist eher, dass wir vielleicht politisch gebraucht würden, aber nicht unterstützt.“ Fr. El Sebaï grenzt sich so durch ihre politische Partizipation von der formell-konventionellen Politik ab.

Der mehrheitliche politische Zynismus gegenüber formellen Entscheidungsprozessen resultiert auch aus der Wahrnehmung der eigenen Benachteiligungssituation und fehlender politischer Reaktion auf die Marginalisierung, sofern letztere von den Engagierten nicht dementiert wird. Insbesondere Hr. Mazur, der sich zwar als politisch rudimentär interessiert betrachtet und an Wahlen teilnimmt, sich aber nicht als sonderlich politisch empfindet, glaubt, dass die Politik seine Problemlagen nicht ausreichend wahrnehme:

„Ich glaube, da wird weniger drauf geachtet. Habe ich so den Eindruck. Ich glaube, die Politiker haben ein anderes Auge darauf und sehen es halt eben nicht so wie ich. [...] Ich glaube, die achten nicht allzu sehr darauf, was es wirklich heißt, von Hartz IV zu leben oder was es heißt, auf Hartz-IV-Niveau zu sein“ (Hr. Mazur).

Hr. Nowak wiederum kritisiert die Behindertenpolitik der Landesregierung, weshalb er hoffe, dass seine Organisation entsprechend gegensteuern würde, wodurch sich, wie auch bei anderen politisierten Befragten, der politische Zynismus gegenüber formellen Entscheidungsstrukturen als zusätzliches Motiv herauskristallisiert:

„Das fängt schon [...] bei der Landesregierung [an]. Dass da schon Projekte, die vorher eigentlich schon beschlossen waren und gemacht werden sollten...auch mit Hinblick auf Behinderungen usw.... sind unter der [...] Regierung [...] gestoppt wurden. [...] Ich bin 70 % schwerbehindert. Auch da ist keine Unterstützung. Ich sage mal für einen Parkplatz oder für einen Parkscheiber. [...] Da habe ich auch keine Erwartungen. Deswegen müssen wir uns darum kümmern, mit dem [Stadtteilverein] zusammen“ (Hr. Nowak).

Insgesamt zeigt sich so, dass die Tätigkeiten der Marginalisierten mehrheitlich politisch geprägt sind, auch wenn sozialen Motiven und Aktivitäten in manchen Fällen gerade zu Beginn der Aktivitäten ein höherer Stellenwert beigemessen wird. Zwar wollen sich einige Befragte zunächst sozial engagieren – durch ihre Mitgliedschaft in einer informellen Organisation der politischen Beteiligung partizipieren sie jedoch politisch, wodurch sie mit der Zeit politische Positionen entwickeln. Die Politisierten wiederum sind von einem politischen Zynismus gegenüber formeller Beteiligung geprägt. Dieser fungiert bei ihnen als motivationaler Impuls, um in informellen Beteiligungsorganisationen aktiv zu werden, für die eine höhere External Efficacy erwartet wird. Dass sich diese Engagierten mit Marginalisierungserfahrungen trotz teils ausbleibender politischer Erfolge weiterhin langjährig politisch engagieren, begründet sich neben der grundsätzlich Trotzhaltung auch aus der positiven Wirksamkeit innerhalb der Organisationen: Die persönliche Wirksamkeit im Gruppenkontext der Organisationen wird von den meisten der Befragten positiv eingeschätzt, da hier eigene Ideen wertgeschätzt und diskutiert werden.

4.4 Mobilisierung durch Homogenität: Die Auswirkung der organisationalen Gestaltung

Die Engagierten weisen verschiedene Ressourcen auf, die die Partizipation erleichtern. Aber auch seitens der Organisationen können vorhandene Ressourcen zur Mobilisierung speziell marginalisierter Bevölkerungsgruppen genutzt werden. Die Organisationen verfolgen verschiedene Strategien, um Engagierte für ihre Zielsetzungen zu erreichen, wobei die Mobilisierung spezieller Zielgruppen, u. a. sozial benachteiligte Menschen, nicht immer explizit verfolgt wird, wie sich insbesondere aus den Experteninterviews und den teilnehmenden Beobachtungen ableiten lässt.

Der Stadtteilverein A sowie das zivilgesellschaftliche Stadtteilforum setzen derzeit auf eine generelle Offenheit für jegliche Engagierte. Der Stadtteilverein beruft sich auf seine langjährige Existenz und seine Bekanntheit im Stadtteil, weswegen abseits der regulären Öffentlichkeitsarbeit keine speziellen Mobilisierungsstrategien verfolgt würden. Dies bedingt sich jedoch auch

²⁷ Dabei bestehen bei denjenigen, die sich als politisch begreifen, Sympathien gegenüber linken Politiken, was sich auch aus der Themensetzung der Organisationen, insbesondere der Mieterinitiativen, ableiten lässt.

Stadtteilverein A <ul style="list-style-type: none"> • über 200 Mitglieder, 20 Aktive • existiert seit 1960er • versteht sich als Bürgervertretung mit dem Ziel der Gemeinschaftsbildung, Heimatpflege und politischen Interessenvertretung • 1 Interview, 1 Experteninterview, 2 Beobachtungen
Stadtteilverein B <ul style="list-style-type: none"> • ca. 120 Mitglieder, 25 Aktive • gegründet in den 2010er Jahren • Umsetzung von Stadtteilprojekten, Heimatpflege, Begleitung politischer Projekte • 2 Interviews, 1 Experteninterview
Mieterinitiative A <ul style="list-style-type: none"> • ca. 20 Aktive • gegründet in den 2010er Jahren • bearbeitet konkrete Mietprobleme und mobilisiert Öffentlichkeit für Mietbelange • 1 Interview, 1 Experteninterview, 2 Beobachtungen
Mieterinitiative B <ul style="list-style-type: none"> • ca. 5 Aktive plus 20 Stammtischteilnehmende • gegründet in n den 2010er Jahren • richtet sich gegen willkürliche Mietkostenabrechnungen und verfehlte Wohnungspolitik • 2 Interviews, 1 Experteninterview, 2 Beobachtungen
Initiative gegen häusliche Gewalt <ul style="list-style-type: none"> • bis zu 15 Aktive • gegründet in den 2010er Jahren • sensibilisiert Öffentlichkeit für häusliche Gewalt, bietet Beratung und Austausch • 4 Interviews, 1 Experteninterview, 1 Beobachtung
Zivilgesellschaftliches Stadtteilforum <ul style="list-style-type: none"> • bis zu 30 Teilnehmende • gegründet in den 2010er Jahren • entwickelt stadtteilbezogene Projekte und beteiligt Bürgerinnen und Bürger an Stadtteilentwicklung, diskutiert Beschlüsse der Bezirksvertretung • 1 Interview, 1 Experteninterview, 1 Beobachtung
Staatlicher Stadtteilbeirat <ul style="list-style-type: none"> • 25 Mitglieder (15 Bürgerinnen und Bürger) • gegründet in den 2000er Jahren • diskutiert Stadtteilgestaltung und Projektanträge • 2 Interviews, 1 Experteninterview, 1 Beobachtung

Abbildung 12: Übersicht der Organisationen, eigene Darstellung

aus der ehrenamtlichen Arbeit des Vereins, dem ohne feste Mitarbeitende keine Ressourcen für eine aktive Ansprache bestimmter Bevölkerungsgruppen sowie entsprechend notwendige Kompetenzen zur Verfügung stünden, wie der Vorsitzende festhält: „Nur, wer macht's? Wenn ich davon ausgehe, dass ich [im Rahmen meines pädagogischen Berufes, anonym.] vielleicht noch derjenige wäre, der hier und da so den Hintergrund hat, sich vielleicht nochmal mit anderen Straßen zu beschäftigen... Ich kann das nicht leisten, ganz einfach“ (Experte Stadtteilverein A). So sei am Ende nur ein geringer Teil der Engagierten mangels Mobilisierungsmöglichkeiten von Benachteiligten betroffen. Für den interviewten Engagierten, der sich im Bürgerverein engagiert, scheinen jedoch die Rahmenbedingungen zur Beteiligung ausgereicht zu haben: Er selbst ist aus Eigeninitiative an den Verein herangetreten, den er über eine Internetrecherche zufällig entdeckt habe. Ihn habe der Bürgerstammtisch angesprochen, der jeden Samstagvormittag sowohl für Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder im Vereinsheim stattfindet. Dabei tauschen sich die Teilnehmenden ungezwungen über stadtteilbezogene Themen aus oder hören wie im Falle des Befragten einfach zu. Der Stammtisch wird von den Bezirkspolitikerinnen und -politikern besucht, die Frage und Antwort stehen. Darin spiegele sich laut Vorsitzendem auch die generelle Offenheit wider: „Hier

kommt die erste Bürgermeisterin oder wer auch immer rein und dann kriegt [der Engagierte, anonym.] genauso seinen Handschlag wie alle anderen“ (Experte Stadtteilverein A). Auch sind die geringen Mitgliedsbeiträge des Vereins konträr zu anderen Vereinen für den Interviewten als Transferleistungsempfänger für die Beteiligung förderlich gewesen. Dennoch können anhand der Beobachtungen einige Hemmfaktoren identifiziert werden, die zwar nicht den Zugang zum Verein, jedoch die Möglichkeit eines aktiven Engagements für den Befragten einschränken. Seiner introvertierten Art steht das extrovertiert-expressive Verhalten der meisten anderen Vereinsmitglieder gegenüber. Zwar wird laut dem Vorsitzenden in der Kommunikation Rücksicht auf entsprechende Befindlichkeiten genommen („Da muss man schonmal vorsichtiger sein mit dummen Sprüchen.“), dennoch bietet die laute, teils derbe und wenig strukturierte Kommunikation kaum Raum für introvertierte Charaktere, zumal auch der restliche Altersdurchschnitt laut Vorsitzendem wesentlich höher liegt und somit der Verein durch eine recht homogene, in den Beobachtungen mehrheitlich männliche Sozialstruktur geprägt ist, was die Integration anderer Bevölkerungsgruppen in den Verein erschweren kann. Zudem erweist sich der Verein laut dem Vorsitzenden zur Entwicklung neuer Strukturen aufgrund seines langjährigen Bestehens als „eingefahren“.

Das zivilgesellschaftliche Stadtteilforum wirkt wie auch der Stadtteilverein durch eine womöglich für die Beteiligung hemmenden Kommunikationsweise exkludierend. Hier stellt sich jedoch eher das Problem, dass das Forum durch seine reflexiv-argumentative Kommunikation rhetorisch schwächere Personen abschreckt, wie die Beobachtung offenbarte und der stellvertretende Sprecher im Hinblick auf die Partizipation von sozial benachteiligten Menschen bestätigt:

„Das ist natürlich auch nicht so einfach. Dahin zu kommen, sich hinzusetzen und sofort für die eigenen Belange zu kämpfen. Auch im [Forum, anonym.] gibt es Wortführer. Und das sind Menschen, die eher intellektuell sind, die eine akademische Ausbildung haben. Mein Anliegen ist, dass auch andere Menschen zu Wort kommen“ (Experte Stadtteilforum).

Die Inklusion von rhetorisch schwächeren Bevölkerungsgruppen wurde jedoch noch nicht strukturiert bearbeitet, wobei es generell alternative Aktivitäten für die rhetorisch Schwächeren gebe: „Die, die beim [Forum, anonym.] sitzen und eher zuhören, sind dann aber die, die bei bestimmten Veranstaltungen bereit sind, zu helfen. Es gibt ja Menschen, die können einfach zupacken, aber sind nicht unbedingt die, die das große Wort führen.“ Derzeit sei das Forum für jeden offen; dies werde bei Veranstaltungen auch durch den Verzicht von Eintrittsgeldern praktiziert. Allerdings bezweifelt der stellvertretende Sprecher den Erfolg bisheriger öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen im Kontext der Integration von Marginalisierten, z. B. durch die Werbung in Kaufhäusern, wodurch keine sozial benachteiligten Menschen erreicht würden. Ähnlich wie der Vorsitzende des Bürgervereins sieht er Probleme dabei, benachteiligte Personen zu erreichen: „Da muss man erstmal dahin kommen, wo die sind.“ Das Beispiel des im Stadtteilforums aktiven Herrn Garcia verweist darauf, dass Bildungshintergrund und Engagement auch Ausgrenzungsmechanismen entgegenwirken können. Zwar zeigte sich Herr Garcia im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung als eher passiv. Während des Interviews präsentierte er sich hingegen als sehr redegewandt. Solche rhetorischen Fertigkeiten hat er sich möglicherweise im Rahmen seines Studiums sowie anderweitigen Engagements als Vorsitzender eines Fördervereins angeeignet. Er gab an, zwar oft als Migrant Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben. Im Stadtteilforum hingegen fühle er sich hingegen akzeptiert und gut eingebunden. Dies mag u. a. neben seinen Bewältigungsstrategien (s. Kapitel 4.2) damit zusammenhängen, dass er selbst als Akademiker in die derzeitige Sozialstruktur des Forums gut integriert ist.

Der zweite Stadtteilverein fokussiert in seinen Mobilisierungsmaßnahmen u. a. speziell Erwerbslose, da der Verein von der Mitgliedschaft örtlicher Unternehmen sowie einer Kooperation mit der Arbeitsagentur profitieren kann. So werden im Quartiersbüro, das der Stadtteilverein mitnutzen kann, SGB-II-Beratungen angeboten und Stellenausschreibungen der örtlichen Unternehmen veröffentlicht, durch die man sich Mitgliedschaften von Erwerbslosen erhofft. Auch ist die Mitgliedschaft für Erwerbslose kostenfrei. Dennoch würden die Maßnahmen laut Vorsitzendem nicht den erhofften Effekt erzielen:

„Die kommen eher selten. Die kommen zu den Veranstaltungen, ja, aber auch sehr, sehr zögerlich. Auch hier



Abbildung 13: Hamburg-Steilshoop (Foto: Jan Kaßner)

immer noch ganz vorsichtig und das bleibt auch zunächst mal so bestehen, dass die Berührungängste haben. Aber auf der Straße kennen wir sie natürlich und sprechen sie auch an“ (Experte Stadtteilverein B).

Auch Migrierte seien mit Ausnahme des Interviewten nicht im Verein engagiert. Dass die Erwerbslosen nicht aktiv sind, erklärt der Vorsitzende mit der Beteiligungsstruktur des Vereins, der abseits von Vorstandssitzungen seine Arbeit auf monatliche, inhaltlich durch den Vorstand festgelegte Themenabende fokussiert, zu denen für den Stadtteil relevante Akteure Vorträge halten: „Da geht es dann los, wir machen das ja meistens in Gaststätten, das kann man dann nicht bezahlen, oder es ist zu teuer.“ Dass sich der interviewte Engagierte abseits individueller Faktoren trotz sprachlicher Barrieren als Migrant im Bürgerverein engagiert, ist durch seine Rolle als Besitzer eines kleinen Einzelhandelsgeschäftes mit zu begründen, auch wenn er als Privatperson Mitglied ist und geschäftliche Motive für ihn an zweiter Stelle stünden. Dennoch bietet das Unternehmertum eine Gruppenidentität, der sich der Befragte zuordnen kann. Ein anderer Befragter wiederum kennt als langjähriger und engagierter Stadtteilbewohner die Vorstandsmitglieder, teils aus anderen Aktivitäten, persönlich. Mit ihnen hat er aufgrund der bestehenden Kontakte den Verein mitbegründet. Seine Behinderungen haben ihn bei der Kontaktaufnahme nicht eingeschränkt.

Die beiden Mieterinitiativen zeichnen sich mit Blick auf ihre Mobilisierungsstrategien durch ein identisches Vorgehen aus. Generell scheint die von beiden präferierte Strategie „Beratung gegen Beteiligung“ aufzugehen, auch wenn die Mitgliederfluktuation der Initiative B aufgrund ausbleibender politischer Erfolge negativ verläuft und Engagierte nicht immer dauerhaft aktiv sind. Dennoch erreichte Mieterinitiative B laut Sprecher marginalisierte Menschen, wobei speziell Erwerbslose und prekär Beschäftigte nur punktuell an Stammtischen teilnahmen²⁸:

„Man kann das so charakterisieren, dass sie ein Vertrauensverhältnis in die Mieterinitiative haben, dass sie wissen,

²⁸ Dies mag auch hier damit zusammenhängen, dass die Stammtische in einer Kneipe stattfinden, was zur Stigmatisierung führen kann, wenn mangels finanzieller Möglichkeiten keine Getränke und Speisen geordert werden können.

wenn sie zu uns kommen, dass wir uns der Sache annehmen. Dass sie selber die Erfahrung gemacht haben, dass die Hilfe und Unterstützung, die wir gegeben haben, immer verbunden damit sind, zu mobilisieren, selbst aktiv zu werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten“ (Experte Mieterinitiative B).

Auch die Mieterinitiative wirkt in ihrer Kommunikation auf den Stammtischen und Mieterversammlungen unstrukturiert, es gibt viele teils persönlich-diffamierende Zwischenrufe, und das Sprecherteam sieht sich häufig Kritik ausgesetzt; es überwiegt eine konfrontativ-expressive Stimmung der Teilnehmenden gegenüber einer reflexiv-argumentativen Mentalität des Sprecherteams. Diese sind jedoch mit den rhetorischen Merkmalen der beiden Befragten – als Mitglied des Sprecherteams bzw. als einfache teilnehmende Person – kompatibel. Beide engagieren sich im Kontext der Beratung-Beteiligung-Strategie und sind so aus Eigeninitiative an die Initiative herangetreten; und beide nehmen sich trotz Vorruhestand und, obwohl sie alleinlebend sind, nicht als marginalisiert wahr, was die Beteiligung erleichtert. Zur Übernahme des Sprecheramtes wurde jedoch der eine Befragte von den bisherigen Sprechern motiviert, wodurch die Beteiligung durch Ansprache vertieft werden konnte.

Mieterinitiative A setzt ebenfalls als Mobilisierungsstrategie auf das Erkennen der Notwendigkeit der Beteiligung nach erstmaliger Betroffenheit: „Was sie in den meisten Fällen umtreibt, sind tatsächlich dann so persönliche Probleme. Und längerfristig die Erkenntnis [...]: Da hängt noch mehr dran, wo die Leute sagen: ‚Da muss ich mich engagieren, weil sonst habe ich das Problem ständig auf dem Tisch‘.“ Für diese Mieterinitiative ist die Mobilisierung und Ansprache marginalisierter Gruppen zentral: „Menschen mit Sozialleistungsbezügen zum Beispiel sind Thema. Wo halt eher die Schwierigkeit gesehen wird, wie man diese Menschen ansprechen kann und vor allem motivieren kann, auch aktiv zu sein, oder sich der Problematik bewusst zu sein.“ Gleiches gelte für Menschen mit Migrationserfahrung. Daher versuche man, in den Wohnhäusern des Stadtteils an der Haustür das direkte Gespräch zu den Bewohnenden zu suchen. Die interviewte Engagierte hatte von der Mieterinitiative jedoch über einen Flyer erfahren, den ihr eine Nachbarin von einem Stadtteilfest mitgebracht hatte, und war so aus Eigeninitiative zu einem der Treffen gegangen, wobei sie insgesamt durch ihre Behinderung für eine regelmäßige Partizipation stark eingeschränkt ist und so auch an den beiden beobachteten Sitzungen der Initiative nicht teilnehmen konnte. Die generelle rhetorische Beteiligung der Befragten scheint allerdings angesichts ihrer im Interview gezeigten extrovertierten Art unproblematisch, zumal sich die Initiative durch einen respektvollen Umgang und eine konsensuale Entscheidungsfindung auszeichnet, auch wenn sich der größte Redeanteil bei dem Vertreter eines Mieterverss konzentriert, der als Experte für Mietprobleme häufiger befragt wird. Dennoch bietet die Initiative insgesamt auch mit Blick auf die Tätigkeiten (Basteln von Demoschildern, Öffentlichkeitsarbeit etc.) für alle Möglichkeiten der Partizipation. Die unregelmäßige Präsenz wie im Falle der Befragten wird nicht als problematisch wahrgenommen, da aufgrund der losen Struktur der Initiative – es existieren keine festen Ämter oder Funktionen – keine kontinuierlich wahrzunehmenden Verantwortlichkeiten bestehen.

Die Initiative gegen häusliche Gewalt unterscheidet sich von den vorherigen Vereinen und Initiativen, da sie durch eine zivilge-

sellschaftliche Trägerschaft initiiert wurde und finanziert wird, wodurch zwei Mitarbeiterinnen in Teilzeit und eine Kooperationsstelle zur sozialen Arbeit des Stadtteils das Projekt beruflich betreuen können. Die beiden Mitarbeiterinnen in Teilzeit arbeiten zudem in sozialen Einrichtungen des Stadtteils, sodass gute Netzwerkstrukturen bestehen, um Engagierte zu mobilisieren. So sind auch zwei der vier Interviewten in den sozialen Einrichtungen von den Mitarbeiterinnen direkt angesprochen worden, ob sie sich nicht in der Initiative engagieren wollen. Die dritte Befragte ist über eine Fortbildung der Initiative gegen häusliche Gewalt bei den Stadtteilmüttern, bei denen sie sich engagiert, auf die Initiative aufmerksam gemacht worden. So ist laut Mitarbeiterin der Großteil der Engagierten durch Kontakte mobilisiert worden: „Die Menschen kommen zu uns, weil sie uns kennen, oder andere Aktive kennen, die schon dabei sind.“ Lediglich die vierte Befragte, die auf ihr langjähriges frauenpolitisches Engagement vertrauen konnte, ist aus Eigeninitiative zur Initiative gestoßen. Der Gedanke der Mobilisierung über bestehende Institutionen und Strukturen resultiert aus der von dem Gründungsteam der Initiative präferierten Beteiligungsmethode des sogenannten Community Organizing. Community Organizing Plattformen sind als Methode zum Empowerment von (Stadtteil-)Gemeinschaften zu verstehen (vgl. Huber 2016: 140 f.; Penta/Sander 2007: 162). Das Konzept wird in Deutschland auch zur Vitalisierung von Parteien, Organisationen und Institutionen genutzt, ist jedoch im klassischen Sinne eine Organisation der Zivilgesellschaft, in der verschiedene Vereine, Kirchen, Sozialträger, Gewerkschaften und Verbände kooperieren, um auf Augenhöhe zu Wirtschaft und Politik stadtteilbezogene Anliegen zu behandeln (vgl. Sander 2018: 172 f.). Wichtiger Bestandteil der Methode und der Zielsetzung des sozialen Zusammenhalts im Stadtteil ist die explizite Einbindung von Einzelpersonen, die in ihren Vereinen eine eher passive Rolle einnehmen, wodurch gerade Marginalisierte angesprochen und für ihren Stadtteil durch externe Impulssetzung, beispielsweise die direkte Ansprache, zur Beteiligung mobilisiert werden sollen (vgl. Speer/Hughey 1995: 740). Die Methodik scheint dabei im Stadtteil zu fruchten: Insgesamt bringen laut Expertin alle Engagierten der Initiative marginalisierungsfördernde Faktoren mit: „Keiner ist berufstätig. Sie sind alle im Leistungsbezug. Menschen mit Fluchthintergrund, durchaus mit Kindern und alleinerziehend und psychischen Erkrankungen und zum Teil alles auf einmal.“ Dabei sei die Tätigkeit der Mitarbeiterinnen notwendig, um überhaupt ein strukturiertes Engagement aufrecht zu erhalten:

„Die brauchen schon viel Rückhalt erstmal, um auch in die Öffentlichkeit zu gehen. Rhetorisch, aber auch überhaupt, sich zu trauen, sich dort hinzustellen und für ein Thema einzustehen. Wir Hauptamtliche versuchen immer, sie zusammenzuhalten, ansonsten würde das auseinanderbrechen“ (Expertin Initiative gegen häusliche Gewalt).

Letzteres begründet die Mitarbeiterin mit den Herausforderungen, die die Engagierten in ihrem Alltag zu bewältigen hätten. Gleichzeitig würden die Engagierten bei den Treffen thematisch abdriften, sodass die Mitarbeiterinnen für die Fokussierung auf das eigentliche Thema der Initiative zuständig seien. Bei der Beobachtung des Stammtisches, bei dem sich die Frauen am

²⁹ Bei der Mobilisierung von Engagierten wird zunächst seitens der Mitarbeitenden eine Einladung zum niedrigschwelligen Stammtisch ausgesprochen.

Freitagvormittag bei einem (von der Initiative finanzierten) niedrigschwelligen Frühstück treffen²⁹, um sich auszutauschen und Aktionen zu planen, hatten die Mitarbeiterinnen den größten Redeanteil und befragten die Teilnehmerinnen zu festgelegten Inhalten, indem teilweise auch via Aufzeigen Beiträge geäußert wurden, wodurch sie die Funktion einer am Ende entscheidungsfällenden Moderation einnahmen. Während die Teilnahme an den niedrigschwelligen politischen Aktionen der Organisation grundsätzlich allen Engagierten offen steht, werden für politische Tätigkeiten, die rhetorische Kompetenzen voraussetzen, entsprechende Engagierte von den Mitarbeiterinnen konkret angesprochen: „Bei Aktivitäten fragen wir schon auch in die Runde und gucken, wer Lust und Zeit hat. Wenn es so um politisch brisantere Themen geht, die weiter nach außen gehen, dann sprechen wir Frauen konkret an.“

Die pädagogische Dominanz der Mitarbeiterinnen wird jedoch durch die Beiträge und eigenen Schwerpunkte der Engagierten relativiert, wie die interviewte Mitarbeiterin zu Protokoll gibt:

„Also wir bringen natürlich viele Ideen rein, aber es kommen auch zunehmend mehr Ideen von den Frauen. Der Ansatz ist natürlich schon, dass wir gemeinsam abstimmen. Das Ding ist, dass wir es natürlich ein Stück weit erstmal umsetzen müssen [...]. Also wir haben letztendlich schon die Fäden in der Hand, das Thema ist ja vorgegeben [...], das Geld ist für dieses Projekt“ (Expertin Initiative gegen häusliche Gewalt).

Somit übernimmt die Initiative eine Empowerment-Funktion für die teils direkt betroffenen Frauen mit Migrationsvorgeschichte, deren implizite Zielsetzung³⁰ auch darin deutlich wird, dass viele Frauen, sobald sie „stark“ geworden seien, die Initiative durch Berufstätigkeit verlassen würden. Dass sich die vier interviewten Frauen neben individuellen Faktoren trotz ihrer Marginalisierungsrissen engagieren, ist mit dem teils als familiär bezeichneten Verhältnis der Frauen untereinander und auch gegenüber den Mitarbeiterinnen zu begründen. Durch niedrigschwellige Austauschangebote wird eine lockere Atmosphäre für die Bearbeitung eines tiefliegenden Problems geschaffen, das durch die Homogenität der Gruppe (Frauen, Marginalisierungssituation) bearbeitet werden kann und so die Beteiligung begünstigt. Der Fokus auf die Gruppe der erwerblosen Frauen mit Kindern wird in der Wahl des Zeitpunktes für den Stammtisch fortgesetzt, der in der Woche vormittags während der Kita-Zeiten stattfindet, dadurch aber wiederum erwerbstätige Frauen ausschließt. Dies führe zudem zu dem Paradoxon, dass nicht-marginalisierte Menschen in der Initiative unterrepräsentiert sind: „Wir hätten gerne Menschen, die sich rhetorisch noch besser oder politisch dann noch mehr engagieren. Die erreichen wir nicht.“ Dies resultiere außerdem daraus, dass diese Menschen in den Elternzentren, über die die meisten Engagierten mobilisiert würden, nicht präsent wären.

Auch der Stadtteilbeirat profitiert von einem Träger, der über das Soziale-Stadt-Programm mit der Einrichtung und Betreuung des Beirates beauftragt wurde, wodurch ähnlich der Initiative gegen häusliche Gewalt eine kostenfreie Partizipation sichergestellt werden kann. Dadurch stehen dem Beirat zudem zwei Mitarbeitende zur Seite, die u. a. gemeinsam mit den gewählten Sprecherinnen und Sprechern die Sitzungen vorbereiten. Durch den Wahlakt des Beirates existiert eine vergleichsweise hohe Hürde,

sich zu engagieren. Daher setzt der Beirat auf unterschiedliche Mobilisierungsstrategien. So würden Interessierte auf den Wahlakt vorbereitet, wie die Mitarbeiterin des Beirates erläutert:

„Wir hängen die Wahl aus. Machen da lange Werbung vorher für und dann kommen die Leute auf uns zu. Auch Gesichter, die ich noch nicht gesehen habe. Aber vermehrt sprechen wir an. [...] Man gibt vorher so einen kleinen Steckbrief ab. Dann hängen wir das an die Scheibe, dass man sich vorher so ein bisschen mit den Kandidaten auseinandersetzen kann. Von daher gibt es schon eine Schwelle, diesen Steckbrief auszufüllen, was wir aber ja natürlich begleiten. Muss aber alles nicht, wenn das dann nicht gewollt ist. Man kann sich dann auch am Tag der Wahl spontan entscheiden. [...] Vorher erklären wir schon viel, wie das läuft, wann die Termine sind, wo wir uns treffen und dass man abstimmen kann. Man kriegt Namensschild und Stimmkarte“ (Expertin Stadtteilbeirat).

In der Mobilisierung profitiert der Beirat zudem von den Mitgliedern, die nicht direkt aus der Bürgerschaft rekrutiert, sondern über zivilgesellschaftliche Vertretungen entsandt werden, wodurch ein großes Netzwerk besteht, um mögliche Beiratsmitglieder im Stadtteil zu identifizieren. Dabei achte man im Besonderen darauf, nicht nur Mehrfachengagierte zu motivieren. Die Mitarbeitenden im Quartiersmanagement, das den untersuchten Quartiersbeirat organisiert, verfolgen die Zielsetzung, Menschen im Stadtteil langfristig zur Selbstorganisation zu befähigen. Dies ist dem Auftrag des finanzierenden Programms Soziale-Stadt geschuldet, findet sich aber auch in der Arbeitsweise etwa der Initiative gegen Partnergewalt. In der konkreten Arbeit des Stadtteilbeirates zeigt sich dies etwa im Umgang mit inaktiven Beiratsmitgliedern: „Dann lasse ich es auch darauf beruhen, weil ich weiß, die sind gut aufgehoben, da ist Engagement da. Wenn ich da jetzt hören würde, der Mensch zieht sich zurück, dann würde ich eher nochmal nachfragen.“ Es existieren feste Strukturen, in die die Beteiligung der Stadtteilbevölkerung integriert werden soll, was durch die Unterstützung der beiden Sprechenden verdeutlicht wird: „Da müssen wir nochmal mit den jetzigen Sprechern sprechen, wie [die Vertretung nach außen] gedacht ist. Dass man das natürlich auch in Absprache mit dem Beirat tut.“

Generell bieten sich im Beirat verschiedene Möglichkeiten der Partizipation, ob konkret bei Stadtteilstellen, in der Abstimmung von Stadtteilprojekten oder in der rhetorischen Auseinandersetzung. Letztere erschwert sich jedoch für introvertierte Personen durch die zwar strukturierte Sitzungskommunikation, die aber durch die Konfrontation zwischen Beiratsmitgliedern auf der einen, und Mitarbeitenden sowie Referierenden der zivilgesellschaftlichen und politischen Einrichtungen, denen mit Skepsis begegnet wird, auf der anderen Seite, geprägt ist. Die Bürgerinnen und Bürger äußern sich in der Beobachtung expressiv und unterbrechen die Redenden mit Zwischenrufen, sodass auch die Mitarbeiterin im Interview feststellt: „Das kann dann auch schon wild und laut hergehen und das schreckt auch viele ab.“ Daher werde derzeit diskutiert, das methodische Setting umzubauen und z. B. kleinere Gruppenarbeiten einzubauen, um den stilleren Personen die Möglichkeit zur Mitsprache konträr zum großen

³⁰ Die explizite Zielsetzung ist die Sensibilisierung des Stadtteils für das Thema häusliche Gewalt ebenso wie die Beratung von Betroffenen.

Plenum zu geben. Andererseits erleichtert jedoch die Entscheidungsfindung via Abstimmung die dezisive Mitsprache auch der rhetorisch introvertierteren Personen.

Einer der Befragten ist aus Eigeninitiative heraus an den Stadtteilbeirat herangetreten. Er hat sich qua vorhandenem Selbstbewusstsein aufstellen lassen. Inzwischen ist er auch Jugendbeauftragter des Beirats. Die andere Engagierte hatte wiederum auf einem Stadtteilstreffen vom Beirat erfahren. Nachbarn, die selbst im Beirat aktiv waren, motivierten sie dazu, ebenfalls zu den Treffen zu kommen. Sie tastete sich zunächst langsam an die dortigen Abläufe heran. Jedoch übernahm sie bereits nach einer Legislaturperiode das Amt der Co-Sprecherin. Obwohl sie sich selbst als introvertiert bezeichnet, achtet sie dort auf die Redeordnung und unterstützt den Sprecher. Sie habe sogar Interesse, sich noch mehr zu engagieren, sehe aber derzeit keine weiteren Aufgaben, die anstünden bzw. ihren Fähigkeiten entsprächen.

Verhältnis individueller und organisationaler Faktoren

Insgesamt offenbaren die verschiedenen Organisationen der informellen Beteiligung unterschiedliche Herangehensweisen zur Mobilisierung marginalisierter Bevölkerungsgruppen, die sich entlang des Invented und Invited Space aufschlüsseln lassen. So profitieren Bewegungsgruppen, hier in Form von Mieterinitiativen, als Organisationen des Invented Space von der Bearbeitung konkreter Problemlagen der Marginalisierten, die nur durch Beteiligung langfristig bewältigt werden können. Organisationen des Invited Space wiederum, hier vor allem der Stadtteilbeirat, können in der Mobilisierung von marginalisierten Menschen auf das Potential ihrer vernetzenden Mitarbeitenden setzen. Konträr zur vermuteten notwendigen Rhetorikkompetenz bietet jedoch der Beirat verschiedene Formen der Partizipation an, bei denen auch rhetorisch schwächere Personen verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen. Hybride Formen wie z. B. Stadtteilvereine können von ihrer generellen Offenheit gegenüber der Stadtteilbevölkerung, garantiert durch niedrige bzw. keine Beiträge, offene Sitzungen und der stadtteilbezogenen Gemeinschaftsbildung Marginalisierte für die Beteiligung gewinnen. Insgesamt zeigt sich aber, dass die Mehrheit der interviewten Menschen aus Eigeninitiative heraus engagiert ist. Somit ist den individuellen Ressourcen der Marginalisierten ein höherer Stellenwert in der Partizipation beizumessen als der organisationalen Gestaltung. In den Interviews mit den Menschen mit Marginalisierungserfahrungen wurde mehrfach geäußert, dass sich diejenigen, die sich engagieren wollten, dies auch trotz Einschränkungen tun könnten, sofern das Interesse zur Beteiligung besteht. Dennoch kann dieses Interesse durch die Organisationen aufgebaut und gefördert werden, wodurch sich eine Öffentlichkeitsarbeit, die auch die marginalisierten Gruppen erreicht und vor allem über nachbarschaftliche Kontexte betrieben wird (s. Kapitel 4.5), als positiv erweist.

Gemeinsame Identität der Gruppen

Ein wesentlicher Baustein dafür ist bei den Organisationen die gemeinsame Identität der Gruppen. Betrachtet man die untersuchten Organisationen und ihren – zumindest sporadischen – Erfolg



Abbildung 14: Gelsenkirchen-Scholven (Foto: Jan Kaßner)

in der Involvierung von Marginalisierten, schafft die Konstruktion einer gruppenbezogenen Identität trotz sozial divergierender Merkmale homogene Kontexte, in denen die Engagierten jeweils ihren individuellen Zugang zur Beteiligung finden: Identitäten werden so durch die gemeinsame Betroffenheit durch Mietprobleme, das Wir-Gefühl des Stadtteils (s. Kapitel 4.5) oder frauenpolitische Anliegen konstruiert. Einige Migrierte behaupten zudem, dass sie sich unter „Deutschen“ wohler fühlten als unter „ausländischen Personen“, da sie mit den jeweiligen Gruppen verschiedene Werte (wahrgenommene Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Verantwortungsbewusstsein für eigene Situation gegenüber Korruption und Passivität) konnotierten und sich in der Beteiligung stärker mit ersteren identifizieren würden (vgl. Interviews Hr. Demirci, Fr. Anjuman).

Wie bereits Marquardsen (2012: 159) in seiner Erwerbslosen-Studie attestiert, kann das Gefühl der Marginalisierten, „nicht dazuzugehören, zu einer Homogenisierung sozialer Beziehungen“ (ebd.) führen, da den sonstigen Erwartungen eines heterogenen Umfeldes nicht entsprochen werden kann. Homogene Beziehungen wiederum schaffen eine hohe Erwartungssicherheit in der Frage des Gebens und Nehmens, da die Engagierten sich als miteinander vergleichbar wahrnehmen (vgl. ebd.: 120), auch wenn dies dadurch dem demokratietheoretischen Ideal eines deliberativen Austauschs heterogener Gruppen zu widersprechen scheint. Folglich besitzt die Konstruktion einer Gruppe eine herausragende Rolle für die Beteiligung. Dies und auch die verbindenden Zielsetzungen der Organisationen und die für die Engagierten zufriedenstellenden Tätigkeiten führen dazu, dass sich die Menschen mit Marginalisierungserfahrungen aufgehoben fühlen. Dadurch können sie wahrgenommene Erwartungen auch eher erfüllen. Dies ist nur möglich, solange die Menschen mit ihren Marginalisierungsfaktoren nicht konfrontiert werden, sofern sie die Marginalisierung nicht als Coping-Strategie offensiv kommunizieren. Die untersuchten Organisationen bieten verschiedene Möglichkeiten der Partizipation, sodass sich die Engagierten in ihrer Beteiligung grundsätzlich bestätigt sehen, auch wenn in Einzelfällen durch die Verbesserung der Kommunikation die rhetorische Mitsprache aller ausgebaut werden könnte, z. B. durch die Implementierung von Redeordnungen. Organisationen des Invited Space suchen zumeist den Kontakt

zur institutionalisierten politischen Arena. Die von ihnen formulierten Zielsetzungen und kommunizierten Forderungen müssen daher klar formuliert sein. Zugleich setzen die meisten der untersuchten Organisationen darauf, zur Meinungsbildung und Beschlussfassung Räume zu schaffen, die niemanden ausschließen. Dort sollen alle Menschen gleichermaßen Gehör finden, gleich ob sie introvertiert sind oder sich eher emotional und expressiv verhalten. Davon sind Organisationen des Invented Space, die stärker auf die Öffentlichkeitssensibilisierung setzen, indem die Engagierten an Demonstrationen teilnehmen oder Flyer verteilen, durch das konkrete politische Engagement weniger betroffen, da die letztendliche Aushandlung des Themas nicht von der Organisation, sondern der Öffentlichkeit, betrieben werden soll. Folglich sind bei ihnen rhetorische Kompetenzen weniger relevant für das unmittelbare politische Engagement. Dennoch existieren auch hier Aushandlungsprozesse, die deliberativen Kriterien genügen sollten, die jedoch häufig mangels neutraler und professioneller Mitarbeitender schwerer umzusetzen sind.

Bei einer Mehrheit der interviewten Menschen erschweren Behinderungen sowie familiäre Verpflichtungen eine kontinuierliche und tiefergehende Partizipation. Die untersuchten Organisationen eröffnen ihnen jedoch Beteiligungsstrukturen, die eine flexible Partizipation ermöglichen. Förderlich sind hier fehlende Ämterstrukturen und damit kontinuierliche Aufgabenzuweisungen, niedrigschwellige Partizipationsoptionen oder auch die Online-Beteiligung. Diese nutzt die Initiative gegen häusliche Gewalt, deren Mitglieder über eine WhatsApp-Gruppe kommunizieren, um spontane Hilfestellungen zu organisieren, was insgesamt auch von den Engagierten positiv aufgenommen wird: „Und das Tolle ist, es ist überhaupt gar kein Zwang da. Man darf auch immer vorbeikommen, also es hat keine Grenzen“ (Fr. Kühnert). Je stärker die Organisationen jedoch an die formelle politische Entscheidungsfindung anknüpfen, was insbesondere auf das zivilgesellschaftliche Stadtteilforum und den staatlichen Stadtteilbeirat zutrifft, desto stärker sind die Organisationen zur Einhaltung der Beschlussfassung sowie zum Kontakterhalt zu politischen Entscheidungstragenden von einer kontinuierlichen Beteiligung abhängig. Marginalisierte können dies aufgrund ihrer Lebenssituation häufig nicht leisten, wodurch sie von der Partizipation abgeschreckt werden.

4.5 Quartier als Plus

Diese Studie untersucht die informelle Beteiligung von Marginalisierten in Organisationen, die lokalpolitisch verwurzelt sind. Wie im vorherigen Kapitel bereits angedeutet, ist der stadtteilbezogene Rahmen zentraler Bezugspunkt in der argumentativen Auseinandersetzung der Menschen mit Marginalisierungsrisiken mit der eigenen Partizipation: Zum einen schafft der Stadtteil Identität. Dies erleichtert die Wahrnehmung einer Gemeinschaft für die marginalisierten Menschen, die Stigmatisierungen vermeiden möchten. So kann der Fokus auf den Stadtteil individuelle, marginalisierungsbezogene Problemlagen in der Beteiligung kompensieren. Gleichzeitig profitieren aber die untersuchten Stadtteile auch von einer als solche empfundenen bunten Stadtteilstruktur, wobei eine starke Identifikation mit dem Quartier insbesondere bei den Engagierten zu Tage trat, die bereits lange Jahre in ihren Stadtteilen lebten oder gar dort aufgewachsen

sind. Die lokale Verwurzelung der jeweiligen Organisationen hat die Möglichkeit der direkten Ansprache durch andere Engagierte oder Mitarbeitende als „Nachbarinnen und Nachbarn“ forciert. Der nachbarschaftliche Kontext hat einen konkreten Bezugsraum zur Partizipation eröffnet, wodurch einige der Menschen mit Marginalisierungsrisiken erstmalig auf die Organisation aufmerksam gemacht wurden. Sobald eine marginalisierte Person sich engagiert, kann diese als Multiplikatorin weitere Marginalisierte mobilisieren. So hatte zum Beispiel eine Befragte der Initiative gegen häusliche Gewalt über eine Elternschule durch eine Mitarbeiterin von der Initiative erfahren; zu der von den Autoren besuchten Sitzung hatte sie selbst wiederum eine Freundin aus ihrem Herkunftsland zum Treffen mitgebracht. Der Freundin wurde so durch die Engagierte die Unsicherheit genommen, als Neuzugewanderte an einem Treffen der noch unbekanntenen Initiative beizuwohnen. Bis auf eine interviewte Engagierte, die in einem benachbarten Stadtteil lebt, leben alle Interviewten in dem Stadtteil, in dem auch die Organisationen tätig sind, sodass die Beteiligung insbesondere bei den finanziell schwächeren Marginalisierten durch niedrige Transaktionskosten (Anfahrtskosten und -zeit) begünstigt.

In der nachfolgenden Äußerung von Herrn Habib zeigt sich, dass in der Stigmatisierung von außen das Potential liegt, ein positives Wir-Gefühl innerhalb des Stadtteils zu schaffen. Seiner Ansicht nach können sozial benachteiligte Quartiere, wie das, in dem er lebt, vom politischen, aber auch sozialen Engagement profitieren. Für ihn ist daher die Verbesserung des Ansehens seines Quartiers ein wichtiger Aspekt, der ihn in seinen Aktivitäten antreibt:

„Wenn du [den Stadtteil, anonym.] z. B. in den sozialen Medien eingibst und verfolgst, dann ist das so, dass der Ruf ihm vorausseilt. Die Kriminalitätsrate, die in den 90ern sehr hoch war, einen Schatten auf [den Stadtteil, anonym.] geworfen hat, der schwer wegzukriegen ist...und deswegen ja auch mein Engagement, mein Beitrag [...], dass der Stadtteil den Ruf, den er eigentlich verdient hat [...] und die Menschen und das sogenannte Ghetto, wie es auch in den Fernsehsendungen mal hieß [...] usw., dass dieses Ghetto dann aus diesen Klischees und Stereotypen rauskommt. Und gerade in diesen sozial benachteiligten Stadtvierteln, wie es so schön heißt, sind auch ganz viele Talente und somit auch ein Schmelztiegel von Talenten hier zu finden. Die muss man nur fördern und fordern. Und darin sehe ich auch meine Aufgabe“ (Hr. Habib).

Gleichzeitig ist der Stadtteil Ausdruck geteilter Problemlagen. Die Mieterinitiativen sind lokal organisiert, weil in den beiden betroffenen Stadtteilen die Wohnungen wenigen großen Wohnkonzernen gehören, die umfangreiche Sanierungsarbeiten im gesamten Stadtteil durchführen und durch Mieterhöhungen und ähnliche Methoden der Nebenkostenberechnungen den gesamten Stadtteil treffen. Diese Homogenität der Betroffenheit, die der zunehmenden Individualisierung von Problemlagen widerspricht (s. Kapitel 2.3), erleichtert die Partizipation marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Gerade weil im Stadtteil Marginalisierungsursachen wie niedrige Einkommen und Erwerbslosigkeit weit verbreitet sind, ist es für die Mieterinitiativen leicht, weitere Personen anzusprechen und sie für politische Aktionen zu gewinnen. Frau Vogt verdeutlicht dies in ihrem Zitat: „Andere

sehen bei mir Nachteile, die ich habe. Finanziell ist es schwierig, aber das geht ja uns allen so.“ Damit unterstreicht sie, dass es gerade dieses bewusste Erleben von Benachteiligung als kollektives Schicksal ist, das ihr und den mit ihr Aktiven Kraft gibt. Das wiederum senkt die Schwelle für neue Interessierte, sich in die Initiative einzubringen, da diese dort nicht befürchten müssen, aufgrund ihrer prekären sozialen Lage stigmatisiert zu werden.

Dies offenbart sich auch bei der Initiative gegen häusliche Gewalt, für die die Mitarbeiterin attestiert: „Die Frauen fühlen sich wohl in diesem Stadtteil, das ist ihr Zuhause, das ist ihr Rundum und das ist ihre Nachbarschaft [...]. Die würden sich ja jetzt nicht in [einen wohlhabenden Stadtteil, anonym.] stellen.“ Diese Abgrenzung gegenüber wohlhabenderen Stadtteilen äußert sich nicht nur durch das Wohlbefinden im eigenen, sozialräumlich vertrauten Stadtteil, sondern auch im lokalpolitischen Zynismus, der armutsbezogene Polarisierungen thematisiert, was insbesondere Hr. Habib beschäftigt: „Es sind halt andere Stadtteile, die nobleren, interessanter für die Politik, wo die meisten Stimmen herkommen, [...] wo die Geldgeber sitzen.“ Beide Beispiele deuten an, dass Aktive in der untersuchten, stärker polarisierten Stadt vermuten, dass die Anliegen ihres jeweiligen Stadtteils im lokalpolitischen Geschehen insgesamt weniger wahrgenommen werden als die Bedarfe wohlhabenderer Stadtteile. Diese vermutete geringere Wirksamkeit der eigenen politischen Partizipation hält die Aktiven jedoch nicht davon ab, sich einzubringen. Es sind der intrinsische Kampfgeist (s. Kapitel 4.3) und auch die Motivation, durch soziales und politisches Engagement einen Unterschied für die Menschen vor Ort zu machen, die sie dazu bewegen, weiter aktiv zu bleiben. Für Hr. Habib ist daher der Stadtteil gleichzeitig auch zentrale Motivation seiner Beteiligung:

„Falls ich dem Stadtteil auch was genommen habe, bestimmt in einigen Augen, wird es Zeit für mich in meinen Augen, einfach Kunst, Kultur und Sport zurückzugeben. Den Zusammenhalt zu stärken. Die nachbarschaftliche Verbindung und die Menschen, ja in der Tat zusammenzubringen, den Zusammenhalt zu stärken und sich für den Stadtteil einzusetzen, denn das hat [der Stadtteil] mehr als verdient“ (Hr. Habib).

Im Ruhrgebiet, in dem eine untersuchte Stadt im Städteranking einer ZDF-Studie (vgl. ZDF 2020) einen hinteren Platz einnimmt, ist dieses Ranking zusätzlicher Anreiz für Hr. Nowak, sich zu engagieren:

„Die holen Sie mit dem Hashtag [Platzierung, anonym.]. In dem Ranking liegt [die Stadt] also so ziemlich hier [zeigt auf den Boden, Anm. d. Autoren]. Ich kriege das hier aus den Organisationen nicht raus...die tun hier ganz was Tolles. Und machen sich so T-Shirts mit dem Hashtag [Platzierung, anonym.]. Und jetzt sage ich nochmal: [Die Stadt, anonym.] liegt nun mal in dem unteren Bereich des Rankings. Und da habe ich schon gesagt: ‚Wenn ich hier schon wohne – und ich möchte hier auch noch sehr lange noch wohnen bleiben – dann mach doch. Hilf irgendwo mit. Mach irgendwas, das eben das irgendwo besser macht, den Stadtteil voranbringen.‘ Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung und so was. Obwohl wir nicht schon Law and Order haben. Also das ist AfD“ (Hr. Nowak).

Ähnlich wie bei individuellen Marginalisierungsphänomenen kann so auch das Anerkennen aggregierter Marginalisierungsprobleme eines Stadtteils die Beteiligung für den Stadtteil befördern, wenn die Bewältigung der gemeinsamen Betroffenheit als Zielsetzung gedeutet wird.

Die These, dass in ärmeren Städten und Stadtteilen die Partizipation geringer ausgeprägt sei, kann anhand dieser qualitativen Studie nicht bestätigt werden. Insbesondere das Ruhrgebiet scheint in der Wahrnehmung der Expertinnen und Experten und Interviewten gute Beteiligungsstrukturen aufzuweisen, was sich u. a. in den teils langjährig existierenden Bürgervereinen zeigt und auch von manchen Interviewten mit der Vergangenheit als Industriestandort verknüpft wird, wie der Sprecher einer der Mieterinitiativen die Beteiligung der Interviewten einzuordnen versucht: „Die Mitwirkung solcher Industriearbeiter oder die jetzt auch im Ruhestand sind, wirkt stabilisierend. Diese Leute sind nicht flatterhaft oder so. Die lassen sich auch nicht so leicht aus der Ruhe bringen. Da kommt Festigkeit rein.“³¹ Die langjährige Tätigkeit als ehrenamtlicher Sicherheitsbeauftragter brachte einem weiteren Befragten Engagement insgesamt nahe. Es stärkte sein Durchsetzungsvermögen. Dies kommt ihm heute im Rahmen seiner Beteiligung in der Mieterinitiative zugute. Ein anderer Befragter wiederum war aktiver Gewerkschafter in einer Industriegewerkschaft.

Folglich erweist sich die Mobilisierung von marginalisierten Personengruppen in nachbarschaftlichen Kontexten als positiv:

1. Es bestehen keine Transaktionskosten für die Marginalisierten (und ebenfalls für die Organisationen), die finanziell, zeitlich oder körperlich nicht mobil sind.
2. Die direkte Ansprache im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit durch Nachbarinnen und Nachbarn oder durch bereits bestehende lokale Netzwerke schafft Vertrauen.
3. Der Stadtteil bietet motivationale Anknüpfungspunkte, z. B. um ihm etwas zurückzugeben oder diesen zu fördern.
4. Er stiftet Identität, u. a. durch geteilte Problemlagen, was wiederum eigene Marginalisierungserfahrungen durch die Gruppenzugehörigkeit im politischen Engagement zu kompensieren vermag.

³¹ Dieser Eindruck konnte im Rahmen von teilnehmenden Beobachtungen bestätigt werden.

5 Zusammenfassung und Fazit: Empfehlungen für die Mobilisierung marginalisierter Menschen

Deliberative politischen Beteiligungsangebote gelten als schwer zugängliche Variante der politischen Partizipation, die die soziale Ungleichheit in der Interessenrepräsentation noch verstärken, so der Tenor der bisherigen Beteiligungsforschung. Mangelnde individuelle Ressourcen (Partizipationsfähigkeit) und mangelhafte politische Beteiligungsmöglichkeiten (Exklusion) prägen politische Systeme. Die in diesem Forschungsprojekt vorgestellten „Erfolgsgeschichten“ zeigen, dass Marginalisierte vor allem in der informellen politischen Beteiligung rar vertreten sind. Diese Studie offenbart jedoch, dass nicht alle politischen Partizipationsinstrumente voraussetzungsvoll und durch versiertes Wissen schwer zugänglich sein müssen. Vielmehr zeigen die hier betrachteten Beispiele, dass gezielt Ressourcen und Interessen marginalisierter Menschen genutzt und aufgegriffen werden können.

Spezielle Motivationen der Marginalisierten

Betrachtet man die eingangs formulierte studienleitende Fragestellung nach den Motivationen und Charakteristika der Beteiligung marginalisierter Bevölkerungsgruppen, fällt zunächst auf, dass die marginalisierten Interviewten durch Spaß an der Beteiligung, politische Interessen und durch das Gewinnen von Informationen motiviert sind, sich zu engagieren. Diese Ergebnisse decken sich weitgehend mit der im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BMAS 2017) und der im Engagementbericht (Hameister/Tesch-Römer 2017) getroffenen

Aussage, dass Engagement und Partizipation unabhängig vom sozialen Status persönlich als gewinnbringend empfunden werden. Marginalisierte Bevölkerungsgruppen nennen jedoch noch weitere Motivationen, die sich aus der Marginalisierung ergeben und die Beteiligung als Bewältigungsstrategie verstehen: Entweder, analog zu Voigtländer (2015), um erstens die Marginalisierung durch die Beteiligung individuell zu bewältigen, was insbesondere auf diejenigen zutrifft, die aufgrund ihrer Marginalisierung sozial isoliert sind und die Partizipation als Moment des sozialen Austauschs nutzen. Demgegenüber stehen zweitens Engagierte, die ihre Marginalisierungsrisiken – allen voran in dieser Fallauswahl Partnergewalt und Rassismus – politisch bewerten und gesellschaftliche Strukturen (und die teils eigene Betroffenheit) verändern möchten. Somit wäre es falsch, den Menschen mit Marginalisierungsrisiken eine Beteiligung nur im Sinne ihrer eigenen Betroffenheit zu attestieren – stattdessen ist die Betroffenheit häufig auch am Allgemeinwohl orientiert. Dazwischen finden sich drittens Menschen, die zwar anhand objektiver Maßstäbe als marginalisiert gelten können, dies aber entweder subjektiv dementieren oder zwar realisiert haben, es jedoch nicht als Motivation für ihre Beteiligung bewerten, wodurch anderweitige Faktoren, wie Langzeitaktivismus, biografische Faktoren oder Gelegenheitsstrukturen relevant werden. Die ausbleibende Thematisierung der Marginalisierung in der Beteiligung drückt sich insbesondere in Armutsprozessen aus, die von den Engagierten als stigmatisierend empfunden und seltener in die Beteiligung hineingetragen werden. Inwiefern die Marginalisierung in die

Partizipation integriert wird, bedingt sich zudem aus dem Umgang mit der Marginalisierung in Abhängigkeit zur jeweiligen Marginalisierungssituation: Während Menschen mit Behinderungen ihre Marginalisierung offen thematisieren und diese als einschränkend empfinden, zeigt sich u. a. bei den Menschen mit Migrationserfahrung eine stärker empfundene Eigenverantwortlichkeit für die marginalisierte Situation, z. B. im Umgang mit Sprachbarrieren, weswegen die Wahrnehmung struktureller Benachteiligungen eher dementiert wird. Dennoch führen alle Bewältigungsstrategien – ob Realisierung oder Dementierung – bei den interviewten Engagierten zur politischen Partizipation in informellen Organisationen, wodurch individuelle Ressourcenkombinationen als Erklärungsfaktor Relevanz besitzen, und die bei den marginalisierten Bevölkerungsgruppen zur Entwicklung einer partizipationsfördernden Bewältigungsstrategie beitragen.

Ressourcen der Marginalisierten

Hier sind insbesondere die bereits von Hoeft et al. (2014) in der Studie zu Mehrfachengagierten (s. Kapitel 2.5) genannten Ressourcen – positive Lebensauffassung und die Entwicklung einer Trozhaltung – als ausschlaggebend zu nennen. Erstere zeigt sich bei den Interviewten beispielsweise durch den Vergleich zu anderen, schwerer Betroffenen, während die Trozhaltung meistens auf biografischen Ereignissen basiert, die von vielen Engagierten in der Kindheit verortet werden: Die Herausforderungen als Kind eines alleinerziehenden Vaters, die Prägung durch rebellische Großeltern, viele Geschwisterkinder einer alleinerziehenden Mutter, Mobbing-Erfahrung aufgrund der eigenen Behinderung etc. Während diese Personen die Herausforderungen durch die Marginalisierung realisieren, neigen insbesondere Menschen mit einem höheren Bildungsstatus dazu, ihre eigene marginalisierte Lebenslage zu dementieren, da hier ein größerer Statusverlust droht. Dennoch hat die Beteiligung auf die Marginalisierung unabhängig von ihrer Dementierung oder Realisierung einen positiven Einfluss. Neben dem Erwerb von Kompetenzen zeigt sich, dass die Beteiligung als positive Konstante in der Marginalisierungsbiografie wirkt, sei es durch die Überwindung sozialer Isolation oder die Stärkung des Charakters, was bei den Erwerbslosen wie im Falle der Initiative gegen häusliche Gewalt den Weg in die Berufstätigkeit erleichtert. Späte Marginalisierungsprozesse können gerade bei langjährig Engagierten durch kontinuierliche Beteiligung kompensiert werden, z. B. kann langfristige Partizipation soziale Beziehungen, die durch den plötzlichen Vorruhestand wegbrechen, ausgleichen. Frühe Marginalisierungsprozesse wiederum haben bei vielen der Interviewten zur Entwicklung der Trozhaltung beigetragen, die bei allen interviewten Marginalisierten vorhanden war.

Insgesamt zeigt sich bei den Interviewten, dass die Ressourcen zur Beteiligung in unterschiedlichem Verhältnis zur Verfügung stehen. Was jedoch den marginalisierten Engagierten gemein ist, ist dass sie trotz Einschränkungen der Ressourcen mehrheitlich der Meinung sind, dass man sich engagieren könne, solange man dies wolle, wodurch der Glaube an die persönlichen Fähigkeiten und Wirksamkeit stark ausgeprägt erscheint. Daher ist auch die Mehrheit der interviewten Personen aus Eigeninitiative an die jeweilige Organisation herantreten, wohingegen Leitungsfunktionen nach direkter Ansprache (und ersten erworbenen Beteiligungserfahrungen in der Organisation) übernommen

werden. Hier existieren Differenzen zu den Studien von Klatt und Walter (2011) und Hoeft et al. (2014), die Engagement insbesondere durch externe Ansprache und Impulssetzung motiviert sehen.³² Dennoch sind Menschen mit wenig Engagementserfahrung stärker auf externe Hilfe angewiesen, die vor allem bei den Organisationen mit festen Mitarbeitenden geboten werden kann. Dieser Wille zu politischer Partizipation ist allerdings, wie eingangs hypothetisch vermutet, nicht nur durch den Bruch mit der eigenen Marginalisierungsbiografie möglich – stattdessen ist für viele der interviewten Engagierten die Marginalisierung der Grund für die Beteiligung. Unter anderem Fremdsprachenkompetenzen bei Migrierten und der Rückhalt für die Beteiligung durch die Kinder bei alleinerziehenden Müttern offenbaren, dass herausfordernde Situationen positiv für die Beteiligung umgedeutet werden können, wenn entsprechender „Kampfgeist“, wie es eine Interviewte betitelte, erworben wurde. Trotz und Kampfgeist können sowohl als Haltung als auch als Wirksamkeitserwartungen verstanden werden. Bei vielen der Interviewten konnte festgestellt werden, dass diese Wirksamkeitserwartungen es ihnen ermöglichen, aktiv politisch zu partizipieren, obwohl sie negativ gegenüber der institutionalisierten Politik und Akteure der repräsentativen Demokratie eingestellt sind.

Wie bereits Klatt und Walter (2011) für bildungsbenachteiligte und einkommensarme Menschen empirisch untermauerten, blockiert hingegen geringes „Selbstzutrauen“ das soziale und politische Engagement. In diesem Projekt zeigt sich allerdings, dass die introvertierteren und selbstzweifelnden Charaktere, die ihre individuelle Wirksamkeit hinterfragen, durchaus in Organisationen zur Kontaktsuche engagiert sind, allerdings seltener aktive, insbesondere politische Engagementrollen übernehmen. Somit steht auch hier die Beteiligung in Abhängigkeit vom Willen, sich prinzipiell engagieren zu wollen und zu können, wofür je nach Charakter und Marginalisierungsfaktor kreative Freiräume für die Partizipation geschaffen werden, die es ermöglichen, die politische Arbeit in den herausfordernden Alltag zu integrieren. Dieser kreative Umgang mit Marginalisierungserfahrungen äußert sich auch im Verständnis der zeitlichen Beanspruchung durch die Beteiligung. Diejenigen Engagierten, die aufgrund familiärer Verpflichtungen oder aufgrund ihrer Behinderung weniger Zeit für die Partizipation aufbringen können, finden Möglichkeiten, die Beteiligung trotzdem zu bestreiten: Sei es durch Öffentlichkeitsarbeit für die Ziele der Organisation im privaten Umfeld, oder aber durch Tätigkeiten in der Beteiligung, die nicht auf die kontinuierliche Mitarbeit angewiesen sind. Daher sind konträr zu der zu Beginn formulierten These, marginalisierte Menschen seien nur punktuell engagiert, dank kreativer Beteiligungsvarianten die interviewten Personen dauerhaft als Mitglieder der Organisationen präsent, auch wenn sie sich nicht kontinuierlich einbringen können.

Politische Partizipation oder soziales Engagement

Generell übernehmen die interviewten Engagierten unterschiedliche Aufgaben, die an die verschiedenen Interessen und Kenntnisse anknüpfen, wie bereits Voigtländer (2015) für das ökonomische Prekariat attestierte (s. Kapitel 2.5). In diesem Projekt

³² Zudem sind konträr zur Studie von Hoeft et al. (2014) auch Jobsuchende unter den Engagierten.

zeigen sich Differenzen insbesondere im Hinblick auf die Engagementerfahrung und die durch anderweitiges Engagement oder über den Bildungsweg erworbenen rhetorischen Kompetenzen, die sich entlang der Skala vom bürgerschaftlichen Engagement hin zum politischen Engagement äußern. So nehmen die Mehrfachengagierten und die Marginalisierten in Abhängigkeit von ihrem Bildungsniveau ihre Tätigkeit eher als politisch wahr, während insbesondere die noch nicht allzu lange in Deutschland lebenden Migrierten, aber auch bildungsfernere oder noch nicht allzu lang engagierte Personen ihre Aktivitäten stärker als soziales Engagement verstehen. Allerdings zeigen viele der Interviewten Politisierungstendenzen in ihrem aktuellen Engagement, was darauf zurückzuführen ist, dass durch das Engagement das bearbeitete Thema als strukturelles Problem wahrgenommen wird. Auch die von den Organisationen eröffneten Beteiligungsfelder, z. B. die Teilnahme an Demonstrationen oder der Kontakt zu Politikerinnen und Politikern in Sitzungen, fördern die Politisierung.

Organisationale Rahmenbedingungen

Die Organisationen besitzen unterschiedliche Ressourcen für die Mobilisierung und die Begleitung der Beteiligung. Während die Mieterinitiativen als Organisationen des Invented Space von dem Prinzip des Nehmens (Beratung) und Gebens (Beteiligung) profitieren, zeichnen sich durch staatliche oder zivilgesellschaftliche Trägerschaft finanzierte Beiräte und Vereine des Invited Space durch qualifiziertes sozialpädagogisch geschultes Personal sowie durch zivilgesellschaftliche Beiratsmitglieder aus, die über bestehende Netzwerke mobilisieren können. Hybride Organisationstypen wiederum setzen insbesondere auf die generelle Offenheit und Niedrigschwelligkeit der Organisation. Damit erreichen die Organisationen marginalisierte Menschen mit unterschiedlichen Interessen: Konkrete Hilfe und Beratung in Initiativen, Vertrauen in die Mitarbeitenden und eine nicht stigmatisierende Offenheit der Organisation sprechen jeweils verschiedene Menschen in Abhängigkeit ihrer Bewältigungsstrategien an – je nachdem, ob die Marginalisierung realisiert und bearbeitet werden soll oder dementiert wird und die Vermeidung von Stigmatisierungen Relevanz für die Partizipation besitzt (vgl. Abb. 15).

Somit ist der Zugang zur Beteiligung bei den untersuchten Organisationen für die jeweils speziellen Interessen stets gegeben; er

könnte allerdings durch die Vorgehensweisen der anderen Organisationstypen ergänzt werden, um jeweils andere Marginalisierte zu erreichen. Bei dem Großteil der Organisationen stellte zudem die Kommunikation in der Organisation ein Problem dar, die entweder zu rhetorisch-reflexiv oder zu emotional-expressiv geprägt war, wodurch Marginalisierte, die häufig mangels rhetorischer Kompetenzen bei ersterem bzw. bei letzterem aufgrund geringen Selbstvertrauens in der Beteiligung gehemmt werden, weswegen die Organisationen sich um eine stärker deliberative, durch Moderation strukturierte Kommunikation bemühen könnten. Sofern explizit sozial Benachteiligte angesprochen werden, fällt zudem auf, dass viele der Organisationen jeweils nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe in den Blick nehmen: Erwerbslose, Frauen, Migrierte oder Personen im Ruhestand. Wie gezeigt wurde, kann Marginalisierung unterschiedliche Ursachen haben und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen betreffen. Die Organisationen nehmen sich somit selbst die Chance, mehr Menschen einzubinden, wenn sie ihre Ansprache auf eine spezifische Gruppe verengen. Durch eine breitere Ansprache könnten sie auch anderen Menschen den Zugang zur politischen Partizipation ermöglichen und potentiell auch ihr eigenes politisches Anliegen stärken.

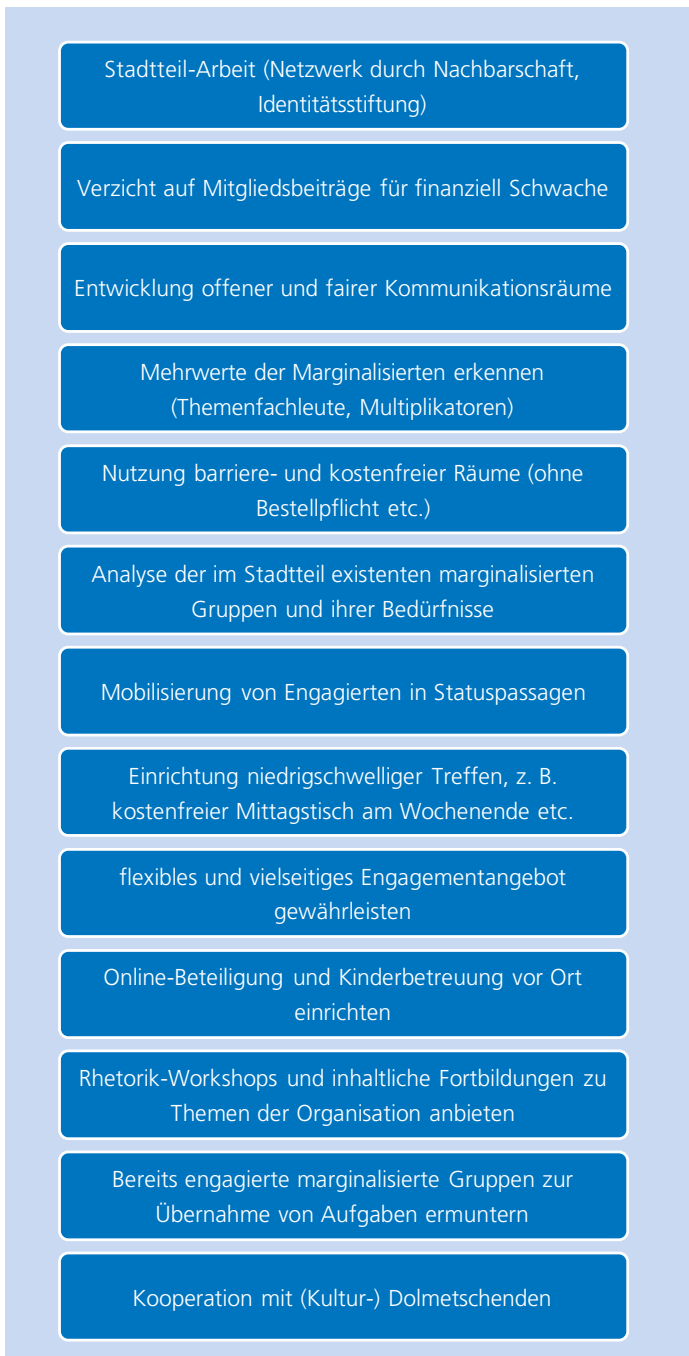
Handlungsempfehlungen

Das Ziel einer fairen Interessenrepräsentation in informellen Organisationen ist allerdings zunächst, politisch zu initiieren und zu implementieren. Dafür könnten die politischen Entscheidungstragenden beispielsweise im Rahmen eines Leitlinienprozesses zur Beteiligung marginalisierter Bevölkerungsgruppen in informellen Organisationen Runde Tische mit den Organisationen als Teilnehmenden einrichten. Dadurch könnte zum einen die Integration der marginalisierten Bevölkerungsgruppen in den Organisationen über konkrete politische Vorgaben und Unterstützungsleistungen thematisiert und zum anderen die Einbindung der Organisationen der informellen Beteiligung in die politische Entscheidungsfindung institutionalisiert werden, um politische Wirksamkeitserfahrungen der mehrheitlich zynischen Marginalisierten zu erhöhen. Die Maßnahmen könnten unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Studie insbesondere auf Stadtteilebene ansetzen. Diese kann gerade bei mangelnder positiver politischer Partizipationserfahrung als motivationaler Identitätsstifter und als Schutzraum vor individueller Stigmatisierung fungieren.



Abbildung 15: Strategien der Organisationen, eigene Darstellung

Organisation



Staat

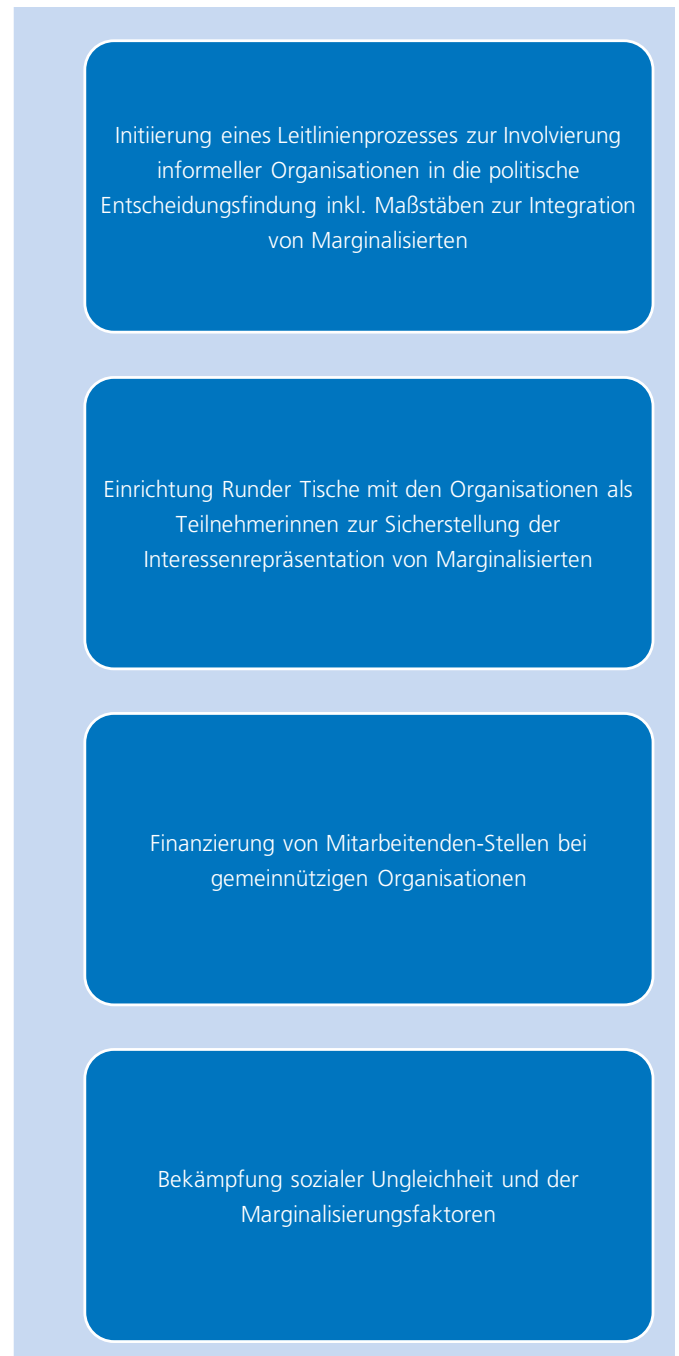


Abbildung 16: Empfehlungen für Organisationen und staatliche Akteure, eigene Darstellung

Die untersuchten Organisationen zeigen: Die Involvierung von Marginalisierten in die Aktivitäten der Organisationen ist möglich, wenn das Interesse der Marginalisierten geweckt wird und auch der Zusammenhalt der Gruppe vermittelt werden kann, mit der sich die Marginalisierten identifizieren können (z. B. in Bezug auf Stadtteil, thematische Betroffenheit etc.) und die Stigmatisierungen ausschließt. Anhand der untersuchten Organisationen und Engagierten können so einige Erfolgsfaktoren benannt werden, die, wie in Abbildung 16 dargelegt, die politische Partizipation marginalisierter Menschen begünstigen können.

Zukünftige Anknüpfungspunkte

Dieses Forschungsprojekt hat sich auf die politische Beteiligung von marginalisierten Menschen konzentriert, wofür anhand qualitativer Daten das Forschungsfeld exploriert wurde. Weitergehend könnte untersucht werden, wie marginalisierte und nicht-marginalisierte Personen im Vergleich ihre Beteiligung in informellen Organisationen der Partizipation wahrnehmen. Dabei kann zudem die digitale Partizipation als Ermöglicherungsraum einer flexibleren Beteiligung in den Mittelpunkt gestellt werden,

was bei den untersuchten Organisationen bisher nur sporadisch, beispielsweise für WhatsApp-Gruppen oder Mail-Verteiler, genutzt wurde. Auch lohnt sich ein Vergleich der Herausforderungen der Mobilisierung von marginalisierten Personen zwischen informellen und formellen Organisationen, z. B. den politischen Parteien. Einen weiteren Ansatzpunkt bieten informelle Organisationen und Gremien, die sich nicht nur auf stadtteilbezogene Anliegen konzentrieren und somit überregional tätig sind und so höhere Hemmfaktoren aufweisen als lokale Organisationen. Gerade in der gegenwärtigen Debatte zur Integration von Bürger:innen in die formalisierte politische Entscheidungsfindung scheint somit eine Analyse der erfolgreichen Mobilisierung von marginalisierten Menschen in entsprechenden Gremien obligatorisch.

Auch wenn die Beteiligung von Marginalisierten wünschenswert ist und befördert wird, sollte abschließend Erwähnung finden, dass die Marginalisierung ein gesellschaftlich negativ-situiertes Phänomen darstellt. Zwar kann die Marginalisierung als Impuls, Motiv oder Ressource der Beteiligung positiv umgedeutet werden – letztendlich ist aber das Empowerment marginalisierter Menschen in der politischen Partizipation nur eine Facette multipler Ausgrenzungsprozesse. So ist die Politik aufgefordert, soziale Ungleichheiten abzubauen. Handlungsmaxime sollten die Unterbindung von Marginalisierungsprozessen, sozioökonomische, kulturelle und politische Inklusion und die Förderung egalitärer Ressourcenausstattungen sein, die am Ende die Beteiligung aller Menschen sicherstellen und Identität mit dem Gemeinwesen stiften. Dadurch wird die Verbindung zwischen Abgehängten und Gesellschaft wiederhergestellt und der Wille, sich am gesellschaftlichen Leben politisch beteiligen zu wollen, gefördert.

Literaturverzeichnis

- Bausch, Christiane (2014): Inklusion durch politische Selbstvertretung? Die Repräsentationsleistung von Ausländer- und Integrations(bei)räten. Baden-Baden: Nomos.
- Becker, Elke (2011): Engagement und Partizipation in der Stadtentwicklung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. Jg. 24, H. 3. S. 76-82.
- Berg-Schlosser, Dirk/Norbert Kersting (2000): Armut und Demokratie – Politische Partizipation und Interessenorganisation der städtischen Armen in Afrika und Lateinamerika. Frankfurt am Main: Campus.
- Bertelsmann Stiftung (2011): Bundesbürger müssen sich politisch beteiligen, vor allem aber mitentscheiden. Gütersloh. Online verfügbar: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/umfrage-buerger-wollen-sich-an-politik-beteiligen/> (02.04.2019).
- Beyer, Heiko/Annette Schnabel (2017): Theorien sozialer Bewegungen. Eine Einführung. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Boeckh, Jürgen (2008): Migration und soziale Ausgrenzung. In: Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh/Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 362-380.
- Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. Otto Brenner Stiftung. Frankfurt am Main (OBS-Arbeitspapier, 1).
- Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer Partizipation. In: *APuZ* 1 2/2011. S. 18-25.
- Böhnke, Petra (2008): Are the Poor Socially Integrated? The Link Between Poverty and Social Support in Different Welfare Regimes. In: *Journal of European Social Policy*, Vol. 18 (2). p. 133-150.
- Böhnke, Petra (2006a): Marginalisierung und Verunsicherung. Ein empirischer Beitrag zur Exklusionsdebatte. In: Heinz Bude/Andreas Willisch (Hrsg.): *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburg: Hamburger Edition. S. 97-120.
- Böhnke, Petra (2006b): Am Rande der Gesellschaft. Risiken sozialer Ausgrenzung. Opladen: Barbara Budrich.
- Böhnke, Petra/Sebastian Link (2018): Armut, soziale Netzwerke und Partizipation. In: Petra Böhnke/Jörg Dittmann/Jan Goebel (Hrsg.): *Handbuch Armut*. Opladen/Toronto: Barbara Budrich. S. 247-257.
- Brady, Henry E./Sidney Verba/Kay L. Schlozman (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. In: *The American Political Science Review* 89 (2). p. 271-294.
- Della Porta, Donatella/Mario Diani (1999): *Social Movements. An Introduction*. Malden: Blackwell Publishing Ltd.
- Düx, Wiebken/Gerald Prein/Erich Sass/Claus J. Tully (2008): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Elsässer, Lea/Svenja Hense/Armin Schäfer (2017): „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27, S. 161–180. Online verfügbar: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs41358-017-0097-9.pdf> (31.03.2020).
- Erlinghagen, Marcel (2000): Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf. Eine Längsschnittanalyse der westdeutschen Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 1992 und 1996. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 52, Heft 2. S. 291-310.
- Eschkotte, Daniela/Annette Schlatholt (2015): Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen auf kommunaler Ebene. Erste Ergebnisse einer NRW-weiten Studie. In: Miriam Düber/Albrecht Rohrmann/Marcus Windisch (Hrsg.): *Barrierefreie Partizipation. Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa. S. 162-173.
- Frantz, Christiane/Max Schulte (2013): Mehrfachengagierte in der Lokalpolitik. In: Katrin Harm/Jens Aderhold (Hrsg.): *Die subjektive Seite der Stadt. Neue politische Herausforderungen und die Bedeutung von Eliten im lokalen Bereich*. Wiesbaden: Springer VS. S. 355-376.
- Freudenschuss, Magdalena (2013): Prekär ist wer? Der Prekarisierungsdiskurs als Arena sozialer Kämpfe. Münster: Westfälisches Dampfboot (=Arbeit – Demokratie-Geschlecht, Bd. 18).
- Gallas, Andreas (1996): Politische Wirkungsmöglichkeiten von Arbeitslosen. In: Friedhelm Wolski-Prenger (Hrsg.): *Arbeitslosenarbeit. Erfahrungen. Konzepte. Ziele*. Opladen: Leske+Budrich. S. 169-186.
- Geißel, Brigitte/Roland Roth/Stefan Collet/Christina Tillmann (2014a): Partizipation und Demokratie im Wandel – Wie verändert sich unsere Demokratie durch neue Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direktdemokratischer Elemente? In: Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 11- 42.

- Geißel, Brigitte/Roland Roth/Stefan Collet/Christina Tillmann (2014b): Partizipation und Demokratie im Wandel – Wie unsere Demokratie durch neue Verfahren und Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direkter Demokratie gestärkt wird. In: Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 489-504.
- Gensicke, Thomas/Sabine Geiss (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. TNS Infratest Sozialforschung. München.
- Gestring, Norbert/Renate Ruhne/Jan Wehrhein (2014): Einleitung. In: Norbert Gestring/Renate Ruhne/Jan Wehrhein (Hrsg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer VS. S. 7-24.
- Glatzer, Wolfgang/Werner Hübinger (1990): Lebenslagen und Armut. In: Diether Döring/Walter Hanesch/Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 31-55.
- Groh-Sahmberg, Olaf (2009): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag.
- Groh-Samberg, Olaf/Wolfgang Voges (2013): Armut und soziale Ausgrenzung. In: SteffenMau/Nadine M. Schöneck (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. S. 58-79.
- Hafeneger, Benno/Torsten Niebling (2008): Kinder- und Jugendparlament. In: Norbert Kersting (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: Springer VS. S. 123-141.
- Hameister, Nicole/Clemens Tesch-Römer (2017): Landkreise und kreisfreie Städte: Regionale Unterschiede im freiwilligen Engagement. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS. S. 549-572.
- Hebestreit, Ray/Karl-Rudolf Korte (2015): Partizipation und politisches Entscheiden. Politische Beteiligung im Kontext aktueller Entscheidungszumutungen in der Politik. In: Lothar Harles (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag (= Schriftenreihe der DVPB). S. 20-36.
- Helfferrich, Cornelia (2011). Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Hoefl, Christoph/Johanna Klatt/Annike Klimmeck/Julia Kopp/Sören Messinger-Zimmer/Jonas Rugenstein/Franz Walter (2014): Wer organisiert die „Entbehlichen“? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren. Bielefeld: Transcript.
- Hoefl, Christoph/Johanna Klatt/Annike Klimmeck/Julia Kopp/Sören Messinger-Zimmer/Jonas Rugenstein (2013): Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter: Schlüsselfiguren des Stadtteillebens. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen. 26. Jg, H. 4. S. 92-96.
- Holm, Andrej (2014): Das Recht auf Stadt in umkämpften Räumen. Zur gesellschaftlichen Reichweite lokaler Proteste. In: Norbert Gestring/Renate Ruhne/Jan Wehrhein (Hrsg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer VS. S. 43-62.
- Holtmann, Everhard (2015): Die Entwicklung der Demokratie. Legitimationsverlust und Reformbedarf? In: Lothar Harles (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag (= Schriftenreihe der DVPB). S. 63-73.
- Huber, Stefan (2016): Basisaktivierung als Mittel gegen soziale Exklusion? Ein Vergleich von Quartiersmanagement und Community Organizing an Berliner Beispielen. Berlin: LIT.
- Janßen, Andrea/Jeanette Bohr (2018): Armut und Migration. In: Petra Böhnke/Jörg Dittmann/Jan Goebel (Hrsg.): Handbuch Armut. Opladen/Toronto: Barbara Budrich.S. 154-165.
- Kaase, Max (1995): Partizipation. In: Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. 3., überarbeitete Auflage. München: Piper. S. 521-527.
- Keim, Rolf (2014): Das Paradigma der Beteiligung: Chance oder Vereinnahmung sozialer Bewegungen? In: Norbert Gestring/Renate Ruhne/Jan Wehrhein (Hrsg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer VS. S. 179-198.
- Kersting, Norbert (2018): Open Data, Open Government und Online Partizipation in der Smart City. Vom Informationsobjekt über den deliberativen Turn zur Algorithmmokratie? In: Lorina Buhr/Stefanie Hammer/Hagen Schölzel (Hrsg.): Staat, Internet und digitale Gouvernementalität. Wiesbaden: Springer VS. S. 87-104.
- Kersting, Norbert (2017a): Urbane Innovation – Ursachen, Strategien und Qualitätskriterien. In: Norbert Kersting (Hrsg.): Urbane Innovation. Wiesbaden: Springer VS. S. 1-32.
- Kersting, Norbert (2017b): Demokratische Innovation. Qualifizierung und Anreicherung der lokalen repräsentativen Demokratie. In: Norbert Kersting (Hrsg.): Urbane Innovation. Wiesbaden: Springer VS. S. 81-120.
- Kersting, Norbert (2016): Onlinebeteiligung und Jugendliche – Expressiv und unabhängig? In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat- Jugend und Beteiligung 3 (2016), Stuttgart: LpB. S. 279-285.
- Kersting, Norbert (2015a): Barrierefreie politische Partizipation. In: Miriam Düber/Albrecht Rohrmann/Marcus Windisch (Hrsg.): Barrierefreie Partizipation. Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung.

- Kersting, Norbert (2015b): Das Zeitalter politischer Beteiligung. Partizipativer Wandel oder globales Disengagement? In: Lothar Harles (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag (= Schriftenreihe der DVVPB). S. 49-62.
- Kersting, Norbert (2014): Online-Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In: Kathrin Voss (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-Up oder Top-Down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: Springer VS (= Bürgergesellschaft und Demokratie, 42). S. 53-90.
- Kersting, Norbert (2008): Beiräte und Kommissionen. Integration von Partikularinteressen. In: Norbert Kersting (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: Springer VS. S. 107-122.
- Kersting, Norbert (2005): The Quality of Political Discourse: Can E-Discussion Be Deliberative? Paper to Be Presented to the PSA Conference 2005 in Leeds.
- Kersting, Norbert (2004) Die Zukunft der lokalen Demokratie. Modernisierungs- und Reformmodelle. Frankfurt: Campus.
- Kersting, Norbert/Jaime Sperberg (2000): Politische Partizipation. In: Berg-Schlosser, Dirk/Norbert Kersting (Hrsg.) (2004): Urbane Armut und Demokratie. Frankfurt: Campus. S. 215-250.
- Kersting, Norbert (1996): Urbane Armut. Überlebensstrategien in der „Dritten Welt“. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik.
- Kersting, Norbert (1994): Demokratie und Armut. Politische Partizipation und urbaner Lebensstil in Zimbabwe, Münster: LIT.
- Klatt, Johanna/Franz Walter (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: Transcript.
- Klima, Rolf (2011): Marginal. In: Werner Fuchs-Heinritz et al. (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie. 5. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. S. 421.
- Kneuer, Marianne (Hrsg.) (2014): Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie. In: Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie. Baden-Baden: Nomos. S. 7-32.
- Kuder, Thomas (2017): Bürgerbeteiligung – neu justiert! Fair, informiert und gleichberechtigt zum „besseren“ Ergebnis. Vhw-Werkstadt. Nr. 16. Berlin.
- Kuder, Thomas (2016): Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung. Vhw-Werkstadt. Nr. 8. Berlin.
- Lenz, Ilse (2007): Machtmenschen, Marginalisierte, Schattenmenschen und Gleichheit. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik. Bd. 27, H. 52. S. 31-44.
- Lewis, Oscar (1982): Die Kinder von Sánchez. Selbstportrait einer mexikanischen Familie. Bornheim: Lamuv.
- Lewis, Oscar (1966): La Vida. A Puerto Rican Family in the Culture of Poverty. San Juan/New York.
- Marchart, Oliver (2013): Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste – Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. Bielefeld: Transcript.
- Marquardsen, Kai (2012): Aktivierung und soziale Netzwerke. Die Dynamik sozialer Beziehungen unter dem Druck der Erwerbslosigkeit. Wiesbaden: Springer VS.
- Maschke, Michael (2007): Behinderung als Ungleichheitsphänomen. Herausforderung an Forschung und Praxis. In: Anne Waldschmidt/Werner Schneider (Hrsg.): Disability Studies, Kultursociologie und Soziologie der Behinderung. Erkundungen in einem neuen Forschungsfeld. Bielefeld: Transcript. S. 299-320.
- Mayer, Margit (2008): Städtische Soziale Bewegungen. In: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt am Main: Campus. S. 293-318.
- Meuser, Michael/Fr. Vogt Nagel (2009): Experteninterview und der Wandel der Wissensproduktion. In: Alexander Bogner/Beate Littig/Wolfgang Merz (Hrsg.): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. S. 35-60.
- Misoch, Sabina (2015): Qualitative Interviews. Berlin u. a.: De Gruyter Oldenbourg.
- Müller, Doreen/Clemens Tesch-Römer (2017): Krankheitsbedingte Alltagseinschränkungen, subjektive Gesundheit, Lebenszufriedenheit und freiwilliges Engagement. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS. S.465-484.
- Müller, Doreen/Nicole Hameister/Katharina Lux (2017): Anstoß und Motive für das freiwillige Engagement. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS. S. 413-436.
- Munsch, Chantal (2012): Engagement und Ausgrenzung – Theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses. In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft; 22/2012.
- Munsch, Chantal (2011): Engagement und Ausgrenzung – theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses. In: Forschungsjournal soziale Bewegungen, Jg. 24, H. 3. S. 48-55.
- Noack, Winfried (2014): Inklusion und Exklusion in der funktional differenzierten und globalisierten Gesellschaft. Berlin: Frank&Timme.

- Nohl, Arnd-Michael (2012): Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis. 4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Penta, Leo/Susanne Sander (2007): Community Organizing und Bürgergesellschaft. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*. Jg. 20. 2/2007. S. 161-165.
- Perlman, Janice E. (1976): *The Myth of Marginality. Urban Poverty and Politics in Rio de Janeiro*. University of California Press: Berkeley/London.
- Pieper, Jonas/Ulrich Schneider/Wiebke Schröder/Gwendolyn Stilling (2019): 30 Jahre Mauerfall – ein viergeteiltes Deutschland. Der paritätische Armutsbericht 2019. Hrsg. von Der Paritätische Gesamtverband. Berlin.
- Piven, Frances Fox/Richard A. Cloward (1979): *Poor Peoples' Movement. Why they Succeed, How They Fail*. Random House: New York/Toronto.
- Ritzi, Claudia/Jan Kaßner (2019): Evaluationsleitfaden für Beteiligungsverfahren. Vhw Schriftenreihe Nr. 11. Berlin.
- Rohrmann, Albrecht/Marcus Windisch/Miriam Düber (2015): Barrierefreie Partizipation – Annäherung an ein Thema. In: Dies. (Hrsg.): *Barrierefreie Partizipation. Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa. S. 15-29.
- Roth, Roland (2016): Mehr Beteiligung bedeutet weniger Demokratie. Ein unlösbares politisches Paradoxon in der aktuellen Beteiligungsdebatte? In: Manuela Glaab (Hrsg.): *Politik mit Bürgern – Politik für Bürger. Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur*. Wiesbaden: Springer VS. S. 59-74.
- Sulitzeanu-Kenan, Ranaan/Eran Halperin (2012): Making a Difference: Political Efficacy and Policy Preference Construction. In: *British Journal of Political Science*. Vol. 43 (2). Cambridge University Press. S. 295-322.
- Sander, Susanne (2018): Community Organizing in Deutschland. Ein Überblick. In: *Bürgergesellschaft – Community Organizing in Deutschland*. Vhw, FWS 4. S. 171-173.
- Schäfer, Armin (2015): *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt am Main: Campus.
- Scholl, Armin (2015): *Die Befragung*. 3. Auflage. Konstanz/München: UKV.
- Schulte, Max (2015): *Mehrfachengagierte und ihre Engagementkarrieren. Typen und Einflussfaktoren*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schnur, Olaf (2018): *Renaissance des Lokalen – Quartiere im Fokus von Wissenschaft und Politik*. Vhw-Werkstadt. Nr. 25. Berlin.
- Simonson, Julia/Claudia Vogel (2017a): Politische Partizipation: Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und politische Ämter. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden: Springer VS. S. 199-217.
- Simonson, Julia/Claudia Vogel (2017b): Organisationale Strukturen des freiwilligen Engagements und Verbesserungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden: Springer VS. S. 523-548.
- Simonson, Julia/Claudia Vogel/Jochen P. Ziegelmann/Clemens Tesch-Römer (2017): Einleitung: Freiwilliges Engagement in Deutschland. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden: Springer VS. S. 31-50.
- Simonson, Julia/Laura Romeu Gordo (2017): Qualifizierung im freiwilligen Engagement. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden: Springer VS. S. 355-376.
- Simonson, Julia/Nicole Hameister (2017): Sozioökonomischer Status und freiwilliges Engagement. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden: Springer VS. S. 439-464.
- Spannagel, Dorothee/Jan Behringer/Sebastian Gechert/Philipp Poppitz (2018): *Soziale Ungleichheit: Ausmaß, Entwicklung, Folgen*. WSI Verteilungsmonitor. Hrsg. Von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut/Hans Böckler Stiftung. Düsseldorf.
- Speer, Paul W./Joseph Hughey (1995): Community Organizing: An Ecological Route to Empowerment and Power. In: *American Journal of Community Psychology*; Vol. 23, No. 5. S. 729-748.
- Stadt Gelsenkirchen (2019): *Statistiken. Gelsenkirchen schwarz auf weiß*. Online verfügbar: <https://www.gelsenkirchen.de/de/stadtprofil/stadtfakten/statistiken/index.aspx> (17.10.2019).
- Statistik-Nord (2019): *Zahlen + Fakten*. Online verfügbar: <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/> (17.10.2019).
- Steinbrecher, Markus (2009): *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Tratschin, Luca (2016): *Protest und Selbstbeschreibung. Selbstbezüglichkeit und Umweltverhältnisse sozialer Bewegungen*. Bielefeld: Transcript.
- Vetter, Angelika/Uwe Remer-Bollow (2017): *Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung (= Grundwissen Politik)*. Wiesbaden: Springer VS.

Vogel, Claudia/Christine Hagen/Julia Simonson/Clemens Tesch-Römer (2017): Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivitäten. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden: Springer VS. S. 91-153.

Voigtländer, Leiv Eirik (2015): *Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen*. Bielefeld: Transcript.

Von Winter (2000): Soziale Marginalität und kollektives Handeln. Bausteine einer Theorie schwacher Interessen. In: Ulrich Willems/Thomas von Winter (Hrsg.): *Politische Repräsentation schwacher Interessen*. Opladen: Leske+Budrich. S. 39-60.

Von Winter, Thomas/Ulrich Willems (2000): Die politische Repräsentation schwacher Interessen: Anmerkungen zum Stand und zu den Perspektiven der Forschung. In: Dies. (Hrsg.): *Politische Repräsentation schwacher Interessen*. Opladen: Leske+Budrich. S. 9-38.

Voss, Kathrin (Hrsg.) (2014): *Internet & Partizipation – Einleitung*. In: *Internet und Partizipation. Bottom-Up oder Top-Down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden: Springer VS (= Bürgergesellschaft und Demokratie, 42). S. 9-24.

Wansing, Gudrun (2007): Behinderung: Inklusions- oder Exklusionsfolge? Zur Konstruktion paradoxer Lebensläufe in der modernen Gesellschaft. In: Anne Waldschmidt/Werner Schneider (Hrsg.): *Disability Studies, Kulturosoziologie und Soziologie der Behinderung. Erkundungen in einem neuen Forschungsfeld*. Bielefeld: Transcript. S. 275-297.

Witzel, Andreas (2000). Das problemzentrierte Interview. In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 1(1), Art. 22. Online verfügbar: <http://nbnresolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228> (26.08.2019).

ZDF (2020): Ergebnisse der ZDF-Deutschlandstudie „Wo lebt es sich am Besten?“ Online verfügbar: <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/ergebnisse-der-zdf-deutschland-studie-wo-lebt-es-sich-am-besten/> (24.04.2020).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Fragestellungen, eigene Darstellung.....	8
Abbildung 2:	Varianten der Marginalisierung, eigene Darstellung	10
Abbildung 3:	Marginalisierungsrisiken, eigene Darstellung	11
Abbildung 4:	Auswahl Suchbegriffe, eigene Darstellung	19
Abbildung 5:	Untersuchte Organisationen, eigene Darstellung.....	21
Abbildung 6:	Interviewte und Risiken, eigene Darstellung	23
Abbildung 7:	Hamburg-Osdorf	26
Abbildung 8:	Karl-Meyer-Straße, Gelsenkirchen-Rotthausen	29
Abbildung 9:	Motivationale Typen, eigene Darstellung.....	31
Abbildung 10:	„Marginalisierung als...“, eigene Darstellung	31
Abbildung 11:	Politische Partizipation, eigene Darstellung.....	33
Abbildung 12:	Übersicht der Organisationen, eigene Darstellung	35
Abbildung 13:	Hamburg-Steilshoop	36
Abbildung 14:	Gelsenkirchen-Scholven	39
Abbildung 15:	Strategien der Organisationen, eigene Darstellung.....	44
Abbildung 16:	Empfehlungen für Organisationen und staatliche Akteure, eigene Darstellung	45

Anhang: Befragungsmaterial

Leitfaden Engagierte-Interviews

Allgemein: Vorstellung, Thema, Anonymität, Dauer, Aufzeichnung, keine richtigen/falschen Antworten, Einverständniserklärung, Zusendung Mitschnitt?

Motivation:

- Was machen Sie in Ihrer Organisation? (Themen, Aufgaben, Stunden pro Woche)
- Narrativ: Wie kam es dazu, dass Sie sich (politisch) engagieren? (Nutzen, Spaß, Bürgerrecht, Anerkennung, biografische Faktoren, Kontakte, politische Erfolge)
 - Was verstehen Sie unter Politik/politischem Engagement?
 - Ggf. Interesse über notwendigen Handlungsbedarf?
 - Äußert sich das Thema der Organisation auf spezielle Art in Ihrer Stadt/Ihrem Stadtteil?
 - Wie sind Sie auf die Engagementmöglichkeit in Gremium X aufmerksam geworden?
 - Waren/sind Sie früher/parallel in irgendeiner Form engagiert?
 - Positive/negative Erfahrungen

Ressourcen:

- Fühlen Sie sich selbst in irgendeiner Weise sozial benachteiligt (politisch, sozial, kulturell, ökonomisch)?
 - Narrativ: Wie kam es dazu? Situationen etc.
 - Inwiefern schränkt Sie das in Ihrem Alltag ein?
 - Äußert sich das Thema auf spezielle Art in Ihrer Stadt/Ihrem Stadtteil?
- Trotz Ihrer Lebenslage engagieren Sie sich. Welche Tätigkeiten übernehmen Sie besonders gerne? Warum?
- Gibt es Dinge, die Sie als notwendige Grundlage Ihres Engagements sehen würden (Ressourcen)?
- Haben Sie sich selbst durch das Engagement weiterentwickelt? (Sozialkapital, Wissen)

Einfluss:

- Wie beurteilen Sie Ihren persönlichen Einfluss innerhalb des Beteiligungsinstruments gegenüber anderen Mitgliedern [des Gremiums]; gab es Konflikte?
- Wie beurteilen Sie die Tätigkeit der Politik in dem Bereich, in dem Sie sich engagieren?
 - Werden Sie sich auch in Zukunft weiterhin engagieren? Warum?
- Haben Sie den Eindruck, politisch gehört zu werden? (persönl. Einfluss/Organisationseinfluss) Wie äußert sich das?
- Inwiefern haben sich Ihre politischen Einstellungen (Efficacy) durch das Engagement verändert?

Generalisierung:

- Sehen Sie bestimmte Hürden, die Ihr Engagement grundsätzlich erschweren? (persönlich/institutionell)
- Gibt es Dinge, die Ihr Engagement begünstigen? (persönlich/institutionell)
- Was kann man tun, um das Engagement von sozial Benachteiligten Menschen zu verbessern/auszuweiten?

Danksagung, Fragen/Anmerkungen, Ergänzungen; Fragebogen

Interviewprotokoll:

Rhetorische Besonderheiten:

Räumlicher Kontext:

Sonstiges:

Leitfaden Experteninterview

Allgemein: Vorstellung, Thema (Relevanz, warum das Gremium), ggf. Anonymität, Dauer, Aufzeichnung, Einverständniserklärung, Zusendung Mitschnitt, keine richtigen/falschen Antworten

Grundsätzliches:

- Wie kommen die Engagierten zu Ihnen (offen, spezielle Ansprache etc.)? Weshalb bleiben sie? Was wollen sie erreichen?
- Welche Rolle spielt Ihre Gruppe im Stadtteil/in der Stadt? (Funktionen für das Quartier, Schnittstellen, Kooperationen)
- Äußert sich das Thema der Organisation auf spezielle Art in Ihrer Stadt/Ihrem Stadtteil?

Charakteristik des Engagements:

- [Wir haben ja im Auftaktgespräch schon über die sozial Benachteiligten in Ihrer Organisation gesprochen. Können Sie etwas mit dem Begriff Soziale Benachteiligung anfangen?]: Wie beteiligen sich sozial Benachteiligte innerhalb der Gruppe?
- Nehmen die sozial Benachteiligten bestimmte Rollen ein (beispielsweise intro-/extrovertiert)? Welche Engagementfelder werden von den sozial Benachteiligten bevorzugt/übernommen?
- Bilden sich Gruppen? Spezifika?

Wirkung des Engagements:

- [Wie wirkt das Engagement der Benachteiligten auf andere Teilnehmende?]
- Inwiefern gibt es Konflikte? Werden diese gelöst? Spielt das Thema soziale Benachteiligung dabei eine besondere Rolle?
- Wie kann Ihre Organisation dazu beitragen, dass sich sozial benachteiligte Menschen politisch bei Ihnen engagieren können?

Entscheidungsfindung:

- Wie werden in den Gremien Entscheidungen gefällt?
- Inwieweit sollen diese im späteren politischen Prozess berücksichtigt werden? Wie gehen Politikerinnen und Politiker auf Ihre Forderungen etc. ein? Können Sie Erfolge verbuchen?

Schema der teilnehmenden Beobachtung:

Allgemeines:		Arbeitsmethode:	Ziele:
Name des Beobachters:		Diskussion	Brainstorming
Gremium:		Präsentation	Planung
Datum:		Expertenbefragung	Konfliktlösung
Dauer:		Gruppenarbeit	Networking
Ort:		Abstimmung	Mobilisierung
Anzahl Teilnehmende:		Aktion	Austausch
(interviewte) Marginalisierte:		Sonstige:	Sonstige:

Rhetorik	Allgemein	Marginalisierte	Anmerkungen
introvertiert-extrovertiert			
geringer-hoher Redeanteil			
emotional-argumentativ			
expressiv-reflexiv			
konfrontativ-konsensual			
Sonstiges:			

Rhetorik	Allgemein	Marginalisierte	Anmerkungen
Eigeninteresse-Gemeinwohlorientierung			
private-politische Problemdefinition			
konkret-abstrakt			
konsenssuchend?			
aktive Themensetzung?			
Themen:			
Sonstiges:			

Sonstiges	Allgemein	Marginalisierte	Anmerkungen
Konflikte?			
Lösungen?			
Respektvoller Umgang			
Sonstige Anmerkungen			

Anhang: Übersicht Organisationen und Befragungen

Organisation	Experteninterviews	Beobachtung
Mieterinitiative A ³⁴	<ul style="list-style-type: none"> • Experte Mieterinitiative A (20.01.2020) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzung (20.01.2020) • Sitzung (17.02.2020)
Mieterinitiative B	<ul style="list-style-type: none"> • Experte Mieterinitiative B (21.02.2020) 	<ul style="list-style-type: none"> • Mieterversammlung (26.11.2019) • Stammtisch (30.01.2020)
Stadtteilverein A	<ul style="list-style-type: none"> • Experte Stadtteilverein A (28.11.2019) 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandssitzung (06.01.2020) • Stammtisch (11.01.2020)
Stadtteilverein B	<ul style="list-style-type: none"> • Experte Stadtteilverein B (24.01.2020) 	Corona-bedingt weggefallen
Initiative gegen häusliche Gewalt	<ul style="list-style-type: none"> • Expertin Initiative gegen häusliche Gewalt (21.01.2020) 	<ul style="list-style-type: none"> • Frühstückstisch (07.02.2020)
Zivilgesellschaftliches Stadtteilforum	<ul style="list-style-type: none"> • Experte Stadtteilforum (26.02.2020) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzung (29.01.2020)
Staatlicher Stadtteilbeirat	<ul style="list-style-type: none"> • Expertin Stadtteilbeirat (21.01.2020) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzung (12.02.2020)

Organisation	Engagierteninterviews
Mieterinitiative A ³⁵	<ul style="list-style-type: none"> • Fr. Schmitz (20.01.2020)
Mieterinitiative B	<ul style="list-style-type: none"> • Hr. Janczak (21.02.2020) • Hr. Romanski (21.02.2020)
Stadtteilverein A	<ul style="list-style-type: none"> • Hr. Mazur (28.11.2019)
Stadtteilverein B	<ul style="list-style-type: none"> • Hr. Nowak (24.01.2020) • Hr. Demirci (19.02.2020)
Initiative gegen häusliche Gewalt	<ul style="list-style-type: none"> • Fr. El Sebaï (20.01.2020) • Fr. Kühnert (06.02.2020) • Fr. Anjuman (06.02.2020) • Fr. Herzog (06.02.2020)
Zivilgesellschaftliches Stadtteilforum	<ul style="list-style-type: none"> • Hr. Garcia (26.02.2020)
Staatlicher Stadtteilbeirat	<ul style="list-style-type: none"> • Hr. Habib (17.02.2020) • Fr. Vogt (17.02.2020)

³⁴ Sowohl Organisationen als auch Interviewte wurden durch Pseudonyme anonymisiert.

³⁵ Sowohl Organisationen als auch Interviewte wurden durch Pseudonyme anonymisiert.

Impressum

Die Verwendung einer Sprache frei von Diskriminierung einzelner Geschlechter ist dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. ein wichtiges Anliegen. Der vhw präferiert hierfür die Verwendung weiblicher und männlicher Schreibweisen sowie neutraler Ausdrucksformen.

Herausgeber:

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin

Auftragnehmer:

Prof. Dr. Norbert Kersting und Jan Kaßner, M.A.
unter der Mitarbeit von Linda Rütters und Lara Fregin
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Wissenschaftliche Begleitung:

Steffen Jähn und Dr. Thomas Kuder, beide vhw e. V.

Gestaltung / Druck:

Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim

Bildnachweise Titelbild (von rechts nach links):

Foto 1: © Frank Middendorf – stock.adobe.com

Foto 2: © wellphoto – stock.adobe

ISBN: 978-3-87941-811-4

Berlin, im Februar 2021